So wird's besser!

Unser Plan für Niedersachsen

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022

So wird's besser!

Unser Plan für Niedersachsen

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022

Inhalt

Präambel 4

Endlich machen – Einladung zu einer Politik für heute, morgen und übermorgen 4

1. Wir gestalten Niedersachsen – ökologisch und sozial 8

1.1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen 8

1.2 Energiewende gestalten 14

1.3 Mobil in Niedersachsen 23

1.4 Innovatives Niedersachsen: Für einen ökologischen und sozialen, innovativen und digitalen Wirtschaftsstandort 37

1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen 54

1.6 Für eine andere Agrarpolitik 60

1.7 Moorschutz ist Klima- und Artenschutz 76

1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen 78

1.9 Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten 85

2. Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren 90

2.1 Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden 90

2.2 Für die Artenvielfalt 95

2.3 Atomkraft – teuer und gefährlich 104

3. Wir gestalten Niedersachsen – chancengerecht und solidarisch 107

3.1 Gute Kinderbetreuung im ganzen Land 107
3.2 Grüne Politik macht Schule 110
3.3 Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden 124
3.4 Wissenschaft gestaltet Zukunft 128
3.5 Erwachsenenbildung stärken 135
3.6 Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter 137
3.7 Gesundheit und Pflege 144

4. Lebenswertes Niedersachsen: Vielfalt schafft Zusammenhalt 159

4.1 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen 159
4.2 Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen 165
4.3 Für eine vielfältige Gesellschaft 176
4.4 Gleichstellung und Feminismus 182
4.5 Niedersachsens Kultur und Medien: Vielfalt erhalten 186
4.6 Niedersachsen engagiert sich 191
4.7 Niedersachsen in Europa und der Welt 195

5. Solides Fundament für Niedersachsen 197

5.1 Nachhaltig haushalten 197
5.2 Wo die Zukunft zu Hause ist: Für starke Kommunen in Niedersachsen 202
5.3 Niedersachsen zeitgemäß, effektiv und bürgernah 207

Impressum 212

Präambel

Endlich machen – Einladung zu einer Politik für heute, morgen und übermorgen

Liebe Wähler*innen,
Sie haben es in der Hand. Am 9. Oktober entscheiden Sie darüber, in welche Richtung Niedersachsen steuert und ob unser Land den Stillstand überwindet und die Herausforderungen der aktuellen Krisen endlich besser bewältigt.

Politik und Gesellschaft stehen vor den wohl größten Herausforderungen seit der Gründung des Landes. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt für Unsicherheit, Energiekrise und steigende Preise. Die gesundheitlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie sind noch lange nicht bewältigt. Die Folgen der Klimakrise sind sichtbar und spürbar – nicht nur in unseren Wäldern und Böden. Auch das Artensterben bedroht unsere Lebensgrundlagen. Bezahlbarer Wohnraum schwindet, der soziale Zusammenhalt ist bedroht. Die Digitalisierung durchdringt fast alle Lebensbereiche. Aufgrund des demographischen Wandels fehlen zunehmend Fachkräfte. Vieles in Niedersachsen verändert sich gerade rasant.

Es kommt jetzt vor allem auf eines an: eine Politik des Machens. Wir brauchen eine Landesregierung, die entschlossen und weitsichtig Politik macht. Wir GRÜNEN möchten der Antrieb der nächsten Landesregierung sein und ihre Politik als positive Kraft prägen.

Die derzeitige Landesregierung aus SPD und CDU setzt mit ihrer Stillstandspolitik aufs Spiel, was unser Land ausmacht. Aufschieben und Nichtstun kostet uns alle am Ende mehr.

Das Bremsen der Landesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien fällt uns jetzt dramatisch auf die Füße. Es war falsch, sich so lange von fossiler Energie aus autokratischen Staaten abhängig zu machen – sowohl für das Klima als auch für die Versorgungssicherheit. Die Preise für fossile Energie explodieren, treiben die Inflation an und gefährden Wohlstand und Wertschöpfung im Land. Besonders Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden unter dieser

falschen Energiestrategie und benötigen schnelle Hilfen. Die Coronapolitik der Landesregierung hat endgültig gezeigt, dass Familien, Kinder und Jugendliche in Niedersachsen bislang keine Priorität haben. Das werden wir ändern.

Niedersachsen hat eine bessere Regierung verdient. Mit diesem Programm legen wir einen Plan vor, wie wir Niedersachsen besser machen. Wie wir die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch abwenden und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Es ist ein Programm für Lebensqualität, für Vorsorge und Freiheit, für Sicherheit und Gerechtigkeit. Es geht um die Grundlagen des guten Lebens: heute, morgen und übermorgen.

Wir laden Sie ein, diese Politik zu unterstützen und mit beiden Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wählen. Denn es macht einen Unterschied, wer unser Land regiert. Wir möchten mit Ihnen den Aufbruch organisieren und ein Jahrzehnt der Erneuerung und der Investitionen in unsere Zukunft einläuten.

Wir wollen unser Land so schnell wie möglich klimaneutral machen und die erneuerbaren Energien massiv ausbauen. Wir wollen die Wertschöpfung im Land durch die Transformation unserer Wirtschaft nachhaltig sichern, die Potenziale von Wissenschaft, Innovation und Digitalisierung nutzen, die Bildung modernisieren und in unsere Daseinsvorsorge investieren – von Krankenhäusern bis Katastrophenschutz.

Im Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft und im Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz liegen große Chancen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die notwendigen Mittel für diese Zukunftsinvestitionen wollen wir mit dem Niedersachsenfonds bereitstellen. Dem Fachkräftemangel werden wir mit einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive begegnen. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass Arbeit in Niedersachsen fair entlohnt wird.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Grundlagen für nachhaltigen und klimagerechten Wohlstand in Niedersachsen schaffen. Wir wollen Niedersachsen stark machen für eine Zukunft, in der auch unsere Kinder und Enkel gut, frei und sicher leben können: mit sauberer Energieversorgung und intakter Natur, mit zukunftsfähiger und klimaneutraler Wirtschaft und Landwirtschaft, mit nachhaltiger und flexibler Mobilität und dem Ziel einer bezahlbaren landesweiten Mobilitätsgarantie, mit Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft und mit besseren Chancen, mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe in unserem vielfältigen Land – in den Städten und ländlichen Gemeinden.

Wir wollen Sicherheit in unsicheren Zeiten geben. Deshalb investieren wir in den sozialen Zusammenhalt: mit einer Landesgesellschaft für Klima und Wohnen in bezahlbaren Wohnraum und in gut ausgestattete Kitas, Schulen und Hochschulen. Deshalb verbessern wir die Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen. Deshalb sorgen wir für faires Arbeiten und Wohnen für alle Menschen im Land. Deshalb stehen wir für eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss: weder vor Armut oder Krankheit noch vor Diskriminierung, Rassismus oder Gewalt.

Gemeinsam mit allen Demokrat*innen stellen wir uns Angriffen auf unsere Gesellschaft entgegen. Wir unterstützen diejenigen, die sich gegen Verschwörungserzählungen, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus einsetzen und für Menschlichkeit, Zusammenhalt und Freiheit in einer offenen, vielfältigen Gesellschaft einstehen.

Begegnung und Dialog sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Wir wollen deshalb wieder mehr Orte schaffen, an denen sich unterschiedliche Menschen begegnen und gemeinsam Zeit verbringen können und investieren daher in soziale und kulturelle Infrastruktur.

Niedersachsen ist gesellschaftlich und wirtschaftlich eng verbunden mit seinen Nachbarn, Europa und der ganzen Welt. Wir setzen auf engere europäische Zusammenarbeit und globale Gerechtigkeit – gerade in Zeiten, in denen wir auf brutalste Weise vor Augen geführt bekommen, wie fragil Friede und Freiheit sind.

Wir stehen für eine andere politische Kultur: Der Wandel gelingt dann, wenn alle mitmachen können und wenn wir unser Handeln und unsere Ziele transparent erklären. Der Austausch und Dialog mit der Zivilgesellschaft ist für uns elementar: mit Gewerkschaften und Unternehmen, mit Handwerk und Industrie, mit der Landwirtschaft, mit Umwelt- und Sozialverbänden und der Wissenschaft. Deshalb haben wir auch unser Wahlprogramm im Austausch entwickelt. Wir stehen für die Offenheit und Bereitschaft, von anderen zu lernen.

Unser Land und Sie, die Menschen in Niedersachsen, bringen alles mit, um die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anzugehen. Dafür braucht es eine Regierung, die einen politischen Aufbruch für Niedersachsen organisiert. Wir GRÜNEN sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Niedersachsen kann so viel mehr. Zeigen wir gemeinsam, was unser Land kann. Gestalten wir die Politik endlich zukunftsfähig und erhalten so, was Niedersachsen ausmacht und den Menschen am Herzen liegt.

Endlich machen.

Deshalb am 9. Oktober mit beiden Stimmen GRÜN wählen!

1. Wir gestalten Niedersachsen – ökologisch + sozial

1.1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die menschengemachte Klimakrise. Auch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine bestärkt viele Menschen, den Ausstieg aus der Abhängigkeit von dreckigen Importen von Öl, Gas und Kohle aus Menschenrechte verachtenden Regimen zu beschleunigen. Wir wollen Niedersachsen mit erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den 1,5-Grad-Pfad bringen. Zu lange war auch Niedersachsen Zentrum der Zusammenarbeit mit Putin und damit auch stark abhängig von russischen Rohstoffen. Wir unterstützen daher nach Kräften die Position der Bundesregierung, die Importabhängigkeit von Russland schnellstmöglich zu beenden. Mit einer klimaneutralen Energieversorgung gewinnen wir mehr Freiheit, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit und werden damit unserer Verantwortung gegenüber heutigen und kommenden Generationen gerecht. Die Maßgabe für eine klimagerechte Politik ist für uns das CO_2-Budget, das uns noch zur Verfügung steht – und das umso schneller schrumpft, je langsamer und zögerlicher Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Das Klimabudget wollen wir analog den Zahlen des Sachverständigenrates für Umweltfragen berechnen. Wir GRÜNEN haben vor, die Treibhausgasemissionen in Niedersachsen so schnell wie möglich zu senken und Niedersachsen

auf den Weg zu bringen, bis 2035 klimaneutral zu sein bzw. die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu bringen. Denn je früher und schneller wir handeln, umso mehr Folgekosten und Fehlinvestitionen in fossile Infrastruktur vermeiden wir. Wir werden die Klimamaßnahmen, die in unserer Hand liegen, umsetzen. Uns ist klar, dass das Ziel der Klimaneutralität ohne entsprechende begleitende Maßnahmen auf Bundes- und Europaebene nicht erreichbar ist. Daher fordern wir auch dort Klimaentscheidungen vehement ein und unterstützen sie. Wir begrüßen den neuen Klimakurs, den die Bundesregierung angekündigt hat.

Eine ambitionierte und klug durchgeführte Klimaschutzpolitik birgt viele Chancen für mehr Lebensqualität: Saubere Luft statt Schadstoffe, günstige Energie, eine Mobilität für alle durch einen gut ausgebauten Zug-, Bus-, Rad- und Fußverkehr, mehr ökologisch und regional produzierte Lebensmittel, eine tierschutzgerechtere und umweltbewusste Landwirtschaft sowie faire Einkommen für Landwirt*innen und die direkte Teilhabe von Bürger*innen an der Energiewende statt Gewinne einiger weniger fossiler Großkonzerne sind dabei nur einige Punkte. Klimaschutz ist so viel mehr als reine Technik: Er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer gesunden Erde. Gerade für Niedersachsen als windreiches Küstenland bietet die Energiewende darüber hinaus viele Standortvorteile für die lokale Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die wir heben wollen. Wir machen Niedersachsen zum Klimaschutzland Nummer eins und wollen auch in der Wirtschaft bei den Arbeitsplätzen bei Wind, Sonne, Wärmepumpen und Energieeffizienz ökologisch und sozial führend sein. Dazu gehört auch eine Fachkräfteoffensive.

Die Klimaziele sind durch die letzten Jahre der Klimaverweigerung der SPD-CDU-Landesregierung sowie einer 16 Jahre lang CDU-geführten Bundesregierung extrem schwer zu erreichen. Weil CDU und SPD in den letzten Jahren die Energiewende und den Klimaschutz blockiert haben, müssen wir die nötigen Maßnahmen jetzt noch ambitionierter umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Klimaschutz massiv den Rücken gestärkt. In seiner Begründung macht es in seiner historischen Klimaentscheidung klar, dass die Politik gerade auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit endlich angemessen handeln muss. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Denn jeder Monat des Nichthandelns macht umso größere Anstrengungen in der Zukunft nötig.

Ambitioniertes Klimagesetz für Niedersachsen

Die Klimaziele im niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an. Bis 2026 ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 45 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren und bis 2030 um mindestens 80 Prozent, um dann bis 2035 die Netto-Null-Emissionen in Niedersachsen zu erreichen. Dazu werden wir auch konkrete, nachprüfbare jährliche Zwischenziele und Klimamaßnahmen für alle Sektoren aufstellen – z. B. für die Energiewirtschaft, die Industrie, den Verkehr, den Gebäudebereich, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Kreislauf- bzw. Abfallwirtschaft. Mit einer jährlichen öffentlichen Klimabilanz etablieren wir ein nachprüfbares Treibhausgas-Monitoring. Die Klimaziele und Zwischenschritte koppeln wir an das CO_2-Restbudget. Denn für den Klimaschutz sind nicht bloße Jahreszahlen, sondern die real entstandenen Treibhausgasemissionen entscheidend. Je langsamer jetzt die Reduktion der Klimaemissionen vorangeht, desto weniger CO_2-Budget steht uns später zur Verfügung und desto schneller müssen wir in ein paar Jahren klimaneutral werden. Wir packen Klimaschutz daher jetzt an, anstatt ihn in die Zukunft zu vertagen.

Die Landesverwaltung geht voran und wird bis 2030 klimaneutral. Dazu beschleunigen wir die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude und stellen auf klimafreundliche Beschaffung um. Auch die Stromproduktion in Niedersachsen wollen wir bis 2030 möglichst vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Bis 2035 wollen wir den klimaneutralen Umbau der Wärmeversorgung, Mobilität und Industrie so weit vorantreiben, dass die Energieversorgung zu 100 Prozent erneuerbar ist. Wir setzen ehrgeizige Ziele für die Dekarbonisierung der Industrie. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen angesichts in der Zukunft zu erwartender hoher CO_2-Preise weltweit. Alle Klimaziele und die nötigen konkreten Maßnahmen verankern wir auch im Landesklimagesetz.

Entscheidungen klimasicher machen – mit Klimavorbehalt und Klimacheck

Als Erstes werden wir unser Klimaschutz-Sofortprogramm mit konkreten Maßnahmen umsetzen. Nur wenn endlich alle neuen Gesetze und Verordnungen mit dem Klimaschutz vereinbar sind, sind unsere Klimaziele erreichbar. Daher schaffen wir einen wirksamen Klimavorbehalt. Durch einen Klimacheck prognostizieren wir, welche Emissionssenkung oder -erhöhung

mit einer politischen Entscheidung verbunden ist. Sollten Erhöhungen prognostiziert sein, müssen zwingend Alternativen geprüft werden; das für Klimaschutz zuständige Ministerium erhält ein Vetorecht. Außerdem führen wir Sanktionen und eine Pflicht zum Nachsteuern der Maßnahmen durch das jeweilige Ministerium ein. Dies orientiert sich an landeseigenen, sektorspezifischen Klimazielen, die wir jährlich prüfen. Auch für alle bestehenden und zukünftigen Förderprogramme des Landes sowie den Landeshaushalt führen wir einen Klimacheck ein. Klimaschutz und der Schutz der Biodiversität sind zusammenzudenken und gleichrangig zu bewältigen. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen. Bei klimarelevanten Förderungen schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO_2-Einsparungen erzielen. Für die öffentlichen Haushalte, die öffentliche Beschaffung, Gesetzesinitiativen und Verwaltungshandeln führen wir einen CO_2-Schattenpreis nach Maßgabe des Umweltbundesamtes ein, der mit den Jahren weiter steigt. So bilden wir die ansonsten unsichtbaren Klimakosten für Gesellschaft und Umwelt ab, stärken klimaneutrale Alternativen und schaffen eine zukunfts- und klimaverträgliche Entscheidungsgrundlage. Analog führen wir den CO_2-Schattenpreis auch bei klimarelevanten Entscheidungen von landeseigenen Unternehmen ein. In Unternehmen mit Landesbeteiligung wirken wir darauf hin.

Wir richten einen Klimarat ein, der die Landesregierung berät und jährlich in Form von Klimaberichten zusätzliche Maßnahmen vorschlägt. Dabei sollen Praktiker*innen aus dem Handwerk einbezogen werden. Im niedersächsischen Klima- und Energiewendebericht werden konkrete Regierungsvorhaben pro Sektor definiert. Die wissenschaftlich notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Zwischenziele werden Grundlage des Regierungshandelns.

Gelder aus klimaschädlichen Anlagen abziehen

Auch in der Finanzpolitik treiben wir die Klimawende voran. Die Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Anlagen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, entziehen wir die Landesgelder (Divestment) und investieren diese stattdessen in Anlagen mit positiver Wirkung für den Klimaschutz. Bei allen landeseigenen Unternehmen sowie Unternehmen, bei denen das Land bedeutender Anteilseigner ist, bringen wir dies ebenfalls voran.

Klimaschutz in den Kommunen verankern

Zur Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen braucht es auch die entsprechenden Strukturen. Daher bauen wir den Klimaschutz in der Landesverwaltung und bei den Kommunen aus. Die Kommunen sind dabei wichtige Akteurinnen für den Klimaschutz. Damit Kommunen noch besser agieren und ihre Klimaziele schneller umsetzen können, stärken wir den Klimaschutz als Pflichtaufgabe der Kommunen, die sie in eigener Zuständigkeit umsetzen. Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und braucht eine entsprechende finanzielle Ausstattung sowie ein entsprechendes Wissen in der Verwaltung. Wir wollen flächendeckend das Amt einer*eines hauptamtlichen kommunalen Klimaschutzbeauftragten schaffen. Die*der Klimaschutzbeauftragte setzt sich für die Erreichung der Klimaziele ein und erhält ein Initiativ-, Antrags- und Widerspruchsrecht zu allen Planungen und Vorhaben der Kommune mit Klimarelevanz. Wir prüfen die rechtliche Umsetzbarkeit von neuen kommunalen Klimaschutzinstrumenten wie beispielsweise einer Klimaabgabe oder eines Klimabeitrags. Daneben wollen wir sicherstellen, dass auch Entschuldungskommunen genügend Spielraum haben, um wichtige Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen.

Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Mit dem Niedersachsenfonds (vgl. *5.1 Nachhaltig haushalten)* und der neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima (vgl. *1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen)* wollen wir Klimaschutzanstrengungen in den Kommunen etwa bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützen und beschleunigen. Wir prüfen, wie es rechtlich umsetzbar ist, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange ausreichend berücksichtigt wurden. Das Land bietet den Kommunen entsprechende Beratung an. Wir unterstützen die Kommunen dabei, regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Außerdem wollen wir die Rekommunalisierung von Mittelspannungsnetzen unterstützen, z. B. über Gemeindewerke und Energiegenossenschaften. Die ab 2022 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu verpflichtenden öffentlichen Klimaberichten. Diese sollen Kommunen jährlich statt alle drei Jahre erstellen und veröffentlichen. Neben ihren eigenen Energieverbräuchen müssen die Kommunen in den Berichten die lokalen Treibhausgasemissionen sowie ihre geplanten und umgesetzten Klimamaßnahmen samt kalkulierter Emissionssenkung und Zeitplanung

darlegen. So schaffen wir Transparenz bei der Berücksichtigung von Klimaschutz bei der Verkehrsplanung, bei der Sanierung öffentlicher Gebäude, bei der Quartiersentwicklung und vielem mehr. Analog zum Klimacheck auf Landesebene wollen wir möglichst eine Pflicht einführen, bei kommunalem Verwaltungshandeln und politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene die Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen und den Klimaschutz zu prüfen und zu berücksichtigen. Dazu unterstützen wir die Kommunen u. a. mit Musterberechnungen.

Für das Klima Planungen beschleunigen

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien, bei der Energieeffizienz, beim Netzausbau und bei vielem mehr deutlich schneller werden. Dafür sind Transparenz und eine intensive Beteiligung von Bürger*innen und Verbänden zu Beginn von Planungen nötig – und nicht erst am Ende. Für den Turbo bei der Planung brauchen wir eine bessere Informationsgrundlage etwa beim Artenschutzmonitoring sowie personell und fachlich gut ausgestattete Planungs-, Bau- und Genehmigungsbehörden. Hinzu kommt ein stärkeres Handeln des Landes bei der Koordinierung und Bündelung von Verfahren bei einer zuständigen Behörde. Diese ist auch Ansprechpartnerin sowohl für die Antragsteller*innen als auch für die verschiedenen Interessenvertretungen und sorgt aktiv für Beteiligung. Für den Klima- und Artenschutz müssen Genehmigungsverfahren im öffentlichen Interesse verkürzt und so weit möglich parallel und nicht hintereinander durchgeführt werden. Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren darf nicht zulasten des Arten- und Biotopschutzes erfolgen.

Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

Wir gestalten Digitalisierung so, dass sie dem Klima nützt, anstatt die Klimakrise weiter anzufachen. Digitalisierung ist ein wichtiges Werkzeug, um klimarelevante Prozesse effizienter zu gestalten. Zur Reduktion unseres Energieverbrauchs setzen wir uns für ein intelligentes Energie- und Gebäudemanagement ein, das zum Beispiel den Energieverbrauch an die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien anpasst.

Im Kampf gegen die Klimakrise sind digitale Innovationen von zentraler Bedeutung, um nachhaltige Technologien zu entwickeln, voranzutreiben und günstiger zu machen. Daten sind hier eine Schlüsselressource der Zukunft - für z. B. effizientere Logistik, ressourcenschonende Produktion und

smarte Energiesysteme. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb für eine Open-Data-Kultur ein, in der auch Daten des öffentlichen Sektors öffentlich verfügbar sind. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des Landes klimaneutral werden: von Tablets in den Schulen bis hin zur elektronischen Akte. Das gleiche gilt für die Vorhaben der Kommunen und anderer Akteur*innen, die das Land bei der Digitalisierung unterstützt. Besonders klimaintensiv sind bislang Rechenzentren. Wir bringen den Um- und Ausbau von CO_2-neutralen Rechenzentren voran, die Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit erneuerbarem Strom gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen wir uns für Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser, 5G und die nachfolgenden Mobilfunkstandards erfolgt.

1.2 Energiewende gestalten

Windenergie – das Zugpferd der Energiewende

Die Windenergie ist die stärkste Kraft unter den erneuerbaren Energien. Davon profitiert Niedersachsen als windreiches Küstenland ganz besonders. Um bis 2035 klimaneutral zu werden und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, werden wir die Ausbauzahlen schnell und deutlich erhöhen. Wir wollen den Windkraft-Ausbau der Bundesregierung unterstützen und die Netzanbindung beschleunigen. Wir wollen die Ausbauziele der Bundesregierung auf See naturschutzverträglich umsetzen; Ziel sind mindestens 30 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum Jahr 2035 und mindestens 70 Gigawatt bis zum Jahr 2045. In Niedersachsen wollen wir an Land einen wachsenden Netto- Zubau der Windenergie von mindestens zwei Gigawatt Leistung pro Jahr erreichen.

Die Windenergiebranche ist vom Zickzackkurs von CDU und SPD in Bund und Land in den vergangenen Jahren schwer gebeutelt, viele Arbeitsplätze wurden durch diese desaströse Energiepolitik zerstört. Wir wollen Planungssicherheit für die Windenergiebranche schaffen, den Markt vor Ort stärken, den niedersächsischen Technologievorsprung weiter ausbauen und qualifizierte, sichere Arbeitsplätze schaffen (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen).* Dazu bauen wir bestehende Hürden ab und nutzen alle Landeshebel, um Windgenehmigungsverfahren im Einklang mit dem Artenschutz zu beschleunigen. Die Umsetzung und die Funktionalität von Kompensationsmaßnahmen sind sicherzustellen.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, setzen wir schnellstmöglich ein landesweites Mindestflächenziel für die Windkraft von 2,5 Prozent der Landesfläche und landesweite Vorranggebiete im Landesraumordnungsprogramm um. Nadelöhre für den Ausbau der Erneuerbaren sind neben den fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit Jahren viel zu schleppend verlaufenden Planungs- und Genehmigungsverfahren, die wir beschleunigen werden (vgl. *1.9 Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten)*.

Durch klare Regelungen im Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden erhöhen wir die Rechtssicherheit und vereinfachen so das Verwaltungshandeln. Darüber hinaus richten wir eine Servicestelle ein, die bei rechtlichen Fragestellungen in Planungsverfahren unterstützt. Wir vereinfachen und beschleunigen das Repowering von Altanlagen und setzen uns dafür ein, dass dies auch bei den Altstandorten außerhalb von Windvorranggebieten erfolgen kann. Die Servicestelle soll sich künftig auch mit artenschutzrechtlichen Problemstellungen befassen und entsprechende Referate in der Servicestelle vereinen, um Lösungen und Genehmigungen im Verfahren zu beschleunigen.

Windkraft und Artenschutz gehören zusammen. Denn neben der Intensivlandwirtschaft ist der größte Beschleuniger des Artensterbens die Klimakrise. Ein schneller und deutlicher Ausbau der erneuerbaren Energien dient daher auch dem Artenschutz und dem Erhalt der Lebensräume in Niedersachsen. Um windkraftsensible Arten zu schützen und gleichzeitig Planungsabläufe deutlich zu beschleunigen, braucht es Programme für den Artenschutz und ein besseres Monitoring windsensibler Vogel- und Fledermausarten. Wir investieren in Forschung zu Windkraftsensibilität und Flugverhalten von Fledermäusen und Vögeln. Durch ein Erneuerbare-Naturschutzzentrum werden wir die naturverträgliche Energiewende stärken, indem lokale Konflikte zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Arten- und Naturschutz frühzeitig erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. Den Bau von Kleinwindkraftanlagen erleichtern wir, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.

Mit der Solarenergie-Offensive Sonnenstrom ernten

Bei der Solarenergie haben wir in Niedersachsen deutlichen Nachholbedarf. Mit unserer Solarenergie-Offensive machen wir Niedersachsen fit, um Sonnenstrom zu ernten. Dächer,

Wände und Parkplätze bieten ein großartiges Potenzial dazu. Sie verbrauchen keine zusätzliche Fläche und sind dort, wo die Menschen leben, arbeiten und somit Energie verbrauchen. Wir wollen jede Dachfläche durch eine Photovoltaik-Anlage zu einem kleinen, dezentralen Klimaschutzkraftwerk machen und dieses entsprechend fördern. Wir führen eine Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten und bei Dachsanierungen ein, sofern die Dachfläche geeignet ist. Mithilfe von Pacht- und Contracting-Modellen ermöglichen wir dies für alle Hausbesitzer*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen von Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für neue Parkplätze und andere geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir schrittweise eine Überdachungspflicht mit Photovoltaik- Modulen ein. Bei den landeseigenen Dachflächen gehen wir voran. Geeignete Dächer nutzen wir als Land entweder selbst zur solaren Stromerzeugung oder verpachten sie an Energiegenossenschaften bzw. -unternehmen. Unser Ziel ist die Nutzung aller geeigneten landeseigenen Dächer möglichst bis 2025.

Den Bedarf an Photovoltaik und Solarthermie können wir nicht allein über Solaranlagen auf Dächern decken. Für die Energiewende ist sowohl der Ausbau der Dachflächen-PV als auch der naturverträgliche und flächenschonende Freiflächen- und Agri-PV-Ausbau notwendig. Deponieflächen, Flächen an und über Landes- und Bundesstraßen, Autobahnen, Schienenwegen sowie an Industrie- und Gewerbegebiete angrenzende Flächen und Lärmschutzwände wollen wir dabei besonders schnell zur solaren Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG begrüßen wir und unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen. Wir setzen uns für den schnellen Bau von Solar-Gigawatt-Fabriken sowie die Ansiedlung von Wechselrichter- und Speicher-Herstellern in Niedersachsen ein, um die Produktion von Solarmodulen, Wechselrichtern und Speichern wieder nach Europa zu holen, die Produktionsengpässe somit zu beseitigen und die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren.

*Energie in Bürger*innenhand*

Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der alle Bürger*innen direkt teilhaben und von der sie profitieren können. Um die Akzeptanz der Windkraft zu erhöhen, werden wir die Anlagenbetreiber*innen verpflichten, betroffenen Anwohner*innen und Kommunen eine bis zu 20-prozentige Beteiligung anzubieten. Um mehr

Energiewendeprojekte in Bürger*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf einen Bürger*innen-Energiewende-Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher und helfen dabei, Anfangshürden bei der Projektplanung zu überwinden. Um innovative Projekte z. B. von Energiegenossenschaften landesweit zu verbreiten und privates Kapital zu mobilisieren, ist es nötig, regelmäßige Formate zum Austausch anzubieten. Wir stärken zudem die frühzeitige Beteiligung und Information von Bürger*innen und Kommunen und schaffen Mediationsangebote. Um Hürden für die Energiewende in Bürger*innenhand abzubauen, setzen wir uns dafür ein, die europarechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen – wie zum Beispiel die Erneuerbare-Energie-gemeinschaften einschließlich Mieter*innenstrom und Nachbarschaftsprojekten zu stärken und kleinere Energiewendeprojekte von der Ausschreibungspflicht zu befreien.

Biogas intelligent nutzen

Biogas kann einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit durch Flexibilisierung leisten. Außerdem kann neben der Stromerzeugung auch die Abwärme genutzt werden. Bestehende Biogasanlagen müssen dazu konsequent flexibilisiert werden und Anreize für eine effiziente Wärmenutzung und Inputförderung erhalten. Außerdem wird Bioenergie dort benötigt, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Dies ist zum Beispiel beim Ersatz fossiler Energieträger in Bereichen der Grundstoffindustrie der Fall. Wir wollen die Biogasproduktion auf der Basis von Rest- und Beiprodukten ausbauen und stärker die vorhandene Gülle und den Trockenkot aus der Tierhaltung nutzen. Dabei streben wir eine Reduzierung der Flächen für den Energiepflanzenanbau an.

Intelligente Netze und Speicher ausbauen

Für die Energiewende brauchen wir den Netzausbau. Dabei hat für uns die dezentrale, verbrauchsnahe Energieerzeugung Priorität. Der Umfang des geplanten notwendigen Netzaus- und -umbaus muss regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne Erdverkabelungsvarianten statt Freileitungen eingesetzt werden. Wir werden Pilotprojekte für innovative Erdverkabelung unterstützen.

Um Verbrauchs- und Erzeugungsspitzen abzufedern und eine dezentrale Stromerzeugung zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau intelligenter Stromnetze bzw. Smart Grids. So können Lasten flexibler gesteuert und konventionelle Kraftwerke schneller und

besser ersetzt werden. Wenn zeitlich flexible Energieverbräuche wie zum Beispiel das Laden von E-Autos stärker gesteuert werden, lassen sie sich wesentlich besser an die Volatilität von Wind- und Sonnenenergie anpassen. Für Verbraucher*innen muss es attraktiver sein, Strom dann zu verbrauchen, wenn er erneuerbar im Überschuss zur Verfügung steht. Ebenso muss es Verbraucher*innen unkomplizierter möglich sein, Strom ins Netz einzuspeisen und auf diese Weise stärker von der Energiewende zu profitieren. Dafür unterstützen wir die Einbauoffensive von Smart Metern und setzen uns für die Einführung von flexiblen Tarifen ein.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, treiben wir den Bau von Speichern und die Sektorenkopplung mit hohem Tempo voran. Dazu müssen die energie- und steuerpolitischen Hemmnisse des Speicherausbaus schnell und vollständig beseitigt werden. Für die Versorgungssicherheit spielen Gasspeicher als Langzeitspeicher für aus erneuerbaren Energien erzeugtes Gas eine wichtige Rolle. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mit einer nationalen Gasreserve und verpflichtenden Füllstandsvorgaben für Speicherbetreibende die Versorgungssicherheit stärkt. Um die Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung weiter zu stärken, streben wir an, Gasspeicher in die Kontrolle der öffentlichen Hand zu überführen.

Die soziale Wärmewende – bezahlbar, klimaneutral und sicher

Wir bringen den Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich voran. Unser Ziel ist es, in allen Gebäuden mit Erneuerbaren zu heizen und die teure Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu beenden. Das macht uns frei und unabhängig von teuren Heizkosten, denn die fossilen Energien werden immer teurer und die erneuerbaren Energien immer günstiger. Und jede eingesparte Energie schont unseren Geldbeutel nachhaltig. Wir wollen gezielt Haushalte mit niedrigen Einkommen entlasten. Um bis 2035 vollständig unabhängig von Erdöl und Erdgas zu sein, müssen Neubauten mindestens klimaneutral sein und die energetische Gebäudesanierungsrate im Bestand muss deutlich erhöht werden. An der fehlenden Technik scheitert die Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, oberflächennaher Geothermie, Infrarottechnologie, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Wärmenetzen können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des Energieverbrauchs unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Zusätzlich setzen wir mit der Wärmewende vermehrt auf die Förderung und Anwendung von

Pyrolyseverfahren zur Klärschlammbehandlung. Neue öffentliche Gebäude bauen wir mit 100 Prozent erneuerbarer Wärme – mindestens klimaneutral, möglichst klimapositiv. Dabei sollten Bauweisen, die eine möglichst niedrige graue Gesamtenergiebilanz aufweisen, zum Einsatz kommen. Auch bei umfassenden Sanierungen im Bestand gehen wir als Land voran und legen hohe Effizienzstandards sowie den Solarausbau auf dem Dach fest. Diese Mindestgrundsätze gelten auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und Nichtwohngebäuden. Für den Gebäudebestand führen wir mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz verpflichtende Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder Sanierung ein. Alle Förderungen von Sanierung und Umrüstung von Heizungsanlagen sollen auf CO_2-Neutralität ausgerichtet sein. Dies koppeln wir mit unserem Förderprogramm zur Wärmewende besonders für Haushalte mit geringem Einkommen (vgl. *1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen)*. Die Wärmewende braucht Fachkräfte im Handwerk, aber auch Ingenieur*innen, Raum- und Umweltplaner*innen und viele mehr. Gemeinsam mit dem Handwerk, den Hochschulen und den berufsbildenden Schulen bringen wir eine Fachkräfteinitiative für die Energie- und Wärmewende auf den Weg (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen)*.

Um für Niedersachsen auch die Potenziale der Tiefengeothermie zu nutzen, unterstützen wir Modellprojekte. Bestehende Bohrlöcher der Erdöl- und Erdgasindustrie können für eine geothermische Nutzung in Frage kommen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die fossile Industrie Verursacherhaftung für Altlasten und Langfristrisiken übernehmen muss. Bestehende Bohrlöcher sollen nach Möglichkeit für die Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden.

Wir setzen auf eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung und deren schnelle Umsetzung – dies ist entscheidend für die Wärmewende vor Ort. Dazu gehört auch die Kühlung im Sommer. So können wir die CO_2-Emissionen der Wärmenetze senken und Abwärme stärker nutzen. Die Wärmenetzbetreiber unterstützen wir beim Umstieg auf klimaneutrale Nah- und Fernwärmeerzeugung. Industrielle Abwärme ist kostbare Energie, die wir innerhalb und außerhalb der Betriebe z. B. durch das Einspeisen in Nah- und Fernwärmenetze nutzen wollen. Durch die Einführung geeigneter Grenzwerte für Abluft- und Abwassertemperaturen forcieren wir die Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung. Damit kommunale Verwaltungen ein Grundgerüst haben, um vor Ort Quartiersplanungen anzugehen, bauen wir auf Landesebene

die Bereitstellung von Daten u. a. zur Wärmeplanung, für die Quartiersentwicklung und für kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen öffentlich zugänglichen Energieatlas aus. Wir wollen den Ausbau der Kapazitäten für die Fertigung moderner Wärmepumpen in Niedersachsen stärker fördern, um die Produktionskapazitäten deutlich zu erhöhen und fossile Heizungssysteme schneller abzulösen.

Energiekosten vermeiden

Die beste Energie ist die, die gar nicht erst gebraucht wird. Daher gehen Einsparung und Effizienz von Energieverbrauch immer vor Ersatz. Mit dem Niedersachsen-Fonds (vgl. *5.1 Nachhaltig haushalten)* und der Landesgesellschaft Wohnen und Klima (vgl. *1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen)* geben wir daher vor allem Anreize zur Einsparung und Vermeidung von Energie. Wir wollen, dass die sparsamsten und effizientesten Geräte, Fahrzeuge und Gebäude aus Niedersachsen kommen und berücksichtigen bei unseren Förderprogrammen daher besonders Energieeffizienz und Energievermeidung.

Bislang viel zu wenig Beachtung gefunden hat die sogenannte graue Energie, also die Energie, die in den Bau oder die Herstellung von Gebäuden oder Produkten geflossen ist, und bei neuen Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus oft bereits die Hälfte der Energie ausmacht. Baumaterialien wie Beton sind sehr klimaintensiv, daher machen wir Niedersachsen mit einer Recyclingoffensive und einem Sanierungsvorrang fit für die Bauwende. Wir streben die Verwendung von recycelten, upgecycelten und nachwachsenden Baustoffen und einen Vorrang der Sanierung vor Neubau an (vgl. *1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen)*.

Grüner Wasserstoff als niedersächsischer Standortvorteil

Grüner Wasserstoff ist ein unabdingbares Element der Energiewende. Durch die hohen Energieverluste bei der Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff wird er jedoch auch auf absehbare Zeit teuer und wenig verfügbar sein. Deswegen muss grüner Wasserstoff vorrangig für all jene Anwendungsfelder vorgesehen werden, die nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden können, wie die Chemie- und Stahlindustrie, aber auch den Schiffs- und Flugverkehr. Die Beimischung von Wasserstoff in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze oder die Umstellung der PKW-Flotte auf Wasserstoff ergibt klimapolitisch keinen Sinn und würde nur die Wasserstoffknappheit für die Industrie vergrößern.

Ohne erneuerbaren grünen Strom gibt es keinen grünen Wasserstoff. Jede Wasserstoffstrategie muss daher an einen entsprechend hohen Ausbau der erneuerbaren Energien und an eine Energieeffizienzstrategie, die die Nutzung „überschüssigen" Stroms ermöglicht, gekoppelt sein, um das Abschalten und Abregeln von Windkraft- und PV-Anlagen oder das Abfackeln von Biogas zu verhindern. Wir wollen Niedersachsen zum grünen Industrieland Nummer 1 machen und beim Ausbau der Erneuerbaren sowie der Wasserstoffherstellung vorangehen (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen)*.

Um darüber hinaus bestehende Bedarfe zu decken, muss bei einem Import von Wasserstoff sichergestellt sein, dass dieser auch wirklich grün ist. Wir unterstützen aus Niedersachsen den Einsatz der Bundesregierung für eine europaweite, transparente und sichere Zertifizierung. Der gleiche Fehler wie beim Erdgas darf nicht beim grünem Wasserstoff wiederholt werden – wir wollen keine gefährliche Abhängigkeit von Unrechtsstaaten wie Russland oder Saudi-Arabien. Daher setzen wir auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stärkung von Energiepartnerschaften innerhalb der Europäischen Union (EU) sowie mit weiteren demokratisch geführten Staaten unter Beachtung der Menschenrechte und auf Augenhöhe. Wilhelmshaven wollen wir zu einem Standort für Import, Speicherung und Regasifizierung von grün produziertem Wasserstoff und anderen grünen Energieträgern machen. Unabhängig davon zielen wir auf eine möglichst hohe niedersächsische Eigenversorgung unter Berücksichtigung der Mitversorgung angrenzender Bundesländer wie Bremen und Hamburg. Grünem Wasserstoff kommt langfristig auch die Rolle zu, die Energieüberschüsse des Sommers in den energiehungrigen Winter zu transferieren.

Ausstiegsplan für die Nutzung von Erdöl und Erdgas – fossile Rohstoffe im Boden lassen

Wir beenden die Abhängigkeit von fossilen Energien, indem wir nicht nur aus der Kohle-, sondern auch aus der Erdgas- und Erdölnutzung aussteigen. Erdgas ist dabei kein klimafreundlicher Brückenkraftstoff, sondern selbst Klimakiller. Die Klimawirkung von Methan, Hauptbestandteil von Erdgas, ist dabei je nach Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO_2. Damit haben sogar kleine Mengen einen riesigen Treibhauseffekt. Hinzu kommt beim Abfackeln von Bohrlöchern der Austritt von krebserregendem Benzol, das im Verdacht steht, die erhöhte Krebsrate im Raum Rotenburg zu verursachen. Im Sinne der Vorsorge

gilt es, den Austritt von Benzol zu verhindern.

Niedersachsen ist bei der Förderung klimaschädlichen Erdgases Spitzenreiter. 96 Prozent der deutschen Erdgasförderung und rund ein Drittel der deutschen Erdölförderung finden in Niedersachsen statt. Klar ist: Wollen wir das Klima schützen, müssen wir in ein paar Jahren auch aus der Förderung von Erdgas und Erdöl ausgestiegen sein. Wir wollen den Ausstieg daher proaktiv begleiten und mit Blick auf die Versorgungssicherheit möglichst frühzeitig Planungssicherheit schaffen. Auch für den Schutz unserer Umwelt und der Anwohner*innen ist ein klarer Ausstiegsplan aus der Öl- und Gasförderung und eine Ablösung des Bundesberggesetzes durch ein Ausstiegsgesetz unabdingbar. Dies zeigen u. a. die riesige Leckage giftigen Lagerstättenwassers in Emlichheim und die regelmäßig vorkommenden förderinduzierten Erdbeben in den Förderregionen. Als kurzfristige erste Maßnahme schließen wir in Niedersachsen Erdgas- und Erdölvorhaben in Schutzgebieten gesetzlich klar aus. Aufgrund der Umwelt- und Klimarisiken wollen wir keine neuen Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen mehr erteilen und ein mit den Klimazielen verbundenes schnelles Ende der Erdgas- und Erdölförderung erreichen. In Bezug auf die aktuell noch laufenden Förderungen nutzen wir alle Landesspielräume für hohe Sicherheitsauflagen und deren Kontrolle. Wir setzen uns für ein dauerhaftes und bundesweites Verbot von Fracking in jeder Form und für jede Gesteinsart ein. Das Verursacherprinzip stärken wir auch bei der Erdöl- und Erdgasförderung und erhöhen daher die Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein verpflichtendes, dauerhaftes und unabhängiges Monitoring der Gasleitungen ein, um klimaschädliche Methanleckagen einzudämmen.

Jeder Euro, der heute noch fossile Infrastrukturen finanziert, verzögert eine ambitionierte Energiewende und bedeutet unnötige Kosten. Dies trifft grundsätzlich auf die Planungen zum Bau von Flüssigerdgas-Importterminals (LNG-Terminals) an der niedersächsischen Küste zu. Niedersachsen und Deutschland werden in den nächsten Jahren auch den Erdgasverbrauch deutlich absenken müssen. Nur so werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern und können uns vor hohen Energiepreisen schützen. Wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine wollen wir die Abhängigkeit von russischem Pipeline-Gas schnell beenden. Vordringlich ist für uns deshalb, die Anstrengungen zum Ausstieg

aus den fossilen Energien, die Energie- und Wärmewende sowie mehr Energieeinsparung und -energieeffizienz mit maximal gesteigertem Engagement und Mitteleinsatz voranzutreiben. Daneben wird z. B. für Heizungen oder die industrielle Prozesswärme noch vorübergehend (und in kontinuierlich abnehmender Menge) fossiles Gas nötig sein. Um dieses aus anderen Quellen zu erhalten, setzen wir primär auf die Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn, die über eigene Förderung oder über Flüssiggaskapazitäten verfügen. Um restliche verbleibende Bedarfe zu decken, reichen aus unserer Sicht schwimmende LNG-Terminals an der deutschen Küste aus. Neue permanente fossile Infrastruktur lehnen wir ab. Schwimmende LNG-Terminals, die aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage zum kurzfristigen Ersatz von russischem Pipeline-Gas beitragen sollen, müssen eine an der Einhaltung der Klimaziele gebundene befristete Betriebsgenehmigung erhalten. Mit den schwimmenden Terminals verbundene feste Infrastruktur muss zudem Greengas-ready sein. Umwelt- und Naturschutzregeln sowie die Beteiligung der anerkannten Umweltverbände müssen sichergestellt werden.

1.3 Mobil in Niedersachsen

Mobilität ist für uns ein Grundrecht und Grundlage für ein gutes, selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle Menschen in Stadt und Land schnell, sicher und bequem ans Ziel kommen. Niedersachsen soll zum Vorreiter nachhaltiger und sozial gerechter Mobilität werden. Wir wollen die Freiheit von Treibstoffen aus fossilen Energieträgern, fördern die freie Wahl der Verkehrsmittel und setzen auf die Chancen der Digitalisierung.

Auch aufgrund der enormen wirtschaftlichen Bedeutung der Mobilitäts- und Energiewirtschaft in Niedersachsen wollen wir unser Bundesland als Modell für die Verbindung von Verkehrs-, Antriebs- und Energiewende entwickeln. Diese Sektorenkopplung schafft die Voraussetzung, dass die Menschen in Niedersachsen sich klimafreundlich, sicher und bequem in einer multimodalen Verkehrswelt bewegen können. Wir wollen unsere Verkehrspolitik an den unterschiedlichen Bedingungen und Mobilitätsbedürfnissen in den urbanen, suburbanen und ländlichen Gebieten ausrichten.

Wir gestalten einen attraktiven ÖPNV und streben eine Mobilitätsgarantie mit verbindlichen Standards an. Im

ländlichen Raum wollen wir ÖPNV neu und innovativ denken: ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV, Ridepooling-Dienstleistungen sowie online und über eine kostenlose Rufnummer buchbare Rufbusse können dort Bahn und Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen dafür, dass Anschlüsse zuverlässig und Umsteigezeiten kurzgehalten werden. Zur besseren Berücksichtigung des Schienenpersonennahverkehrs streben wir eine bessere Beteiligung der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) bei Infrastrukturmaßnahmen der Deutschen Bahn an. Mit attraktiven Angeboten wollen wir den Nahverkehr günstiger und attraktiver machen. Wir streben an, dass Fahrradfahren sicherer und bequemer und Niedersachsen damit zum echten Fahrradland wird. Dazu gehören gut ausgebaute Radwege, ausreichend sichere Radabstellplätze und ein unkomplizierter Fahrradverleih. Damit das Kombinieren verschiedener Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert, werden wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Wir setzen uns für eine kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr der Bahn ein. Zahlreiche Mobilitätsstationen sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharing-Angebote verknüpfen.

In unseren Städten und Dörfern wollen wir den Raum neu aufteilen und damit mehr Flächen für den Rad- und Fußverkehr und für Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen. Wir machen klimafreundliche Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger Autofahrten nötig werden. Wir unterstützen die niedersächsischen Kommunen bei der Einführung von Tempo 30 und anderen verkehrsberuhigenden Maßnahmen. Für uns GRÜNE ist die Teilhabe aller Menschen ein Grundrecht. Dies beinhaltet auch die Teilhabe junger Menschen in ländlichen Räumen an Kultur, darunter auch Klub- und Discobesuche. Um die Wege dorthin bezahlbar und sicher zu machen, unterstützen wir Modellprojekte für „Disco-Mobilität“.

Klimaneutral mobil: Das Ziel klar vor Augen

Die amtierende Landesregierung aus SPD und CDU nimmt ihre selbstgesteckten Klimaziele nicht ernst und verfehlt sie: Die Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs in Niedersachsen nimmt stetig zu; der PKW-Bestand auf unseren Straßen wächst und die Emissionen im Verkehrssektor sind auch in Niedersachsen annähernd unverändert geblieben. Wir wollen im Zusammenspiel mit der EU, der Bundes- und der kommunalen Ebene die Verkehrswende einleiten

und alles tun, was notwendig ist, damit Niedersachsen seinen fairen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel leistet. Mit einem kontrollierbaren CO_2-Budget und verbindlichen Reduktionszielen für den Verkehrssektor in Niedersachsen stellen wir im engen Zusammenspiel mit der Ampelkoalition im Bund sicher, dass unsere Bemühungen zur CO_2-Reduktion erfolgreich sind. Durch kluge Siedlungsplanung und Digitalisierung werden wir das Verkehrsaufkommen reduzieren und die klimaschonende individuelle Mobilität verbessern (vgl. S. 85 *Klimaschonende Siedlungsentwicklung).*

Die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr sowie Sharing-Dienste) wollen wir stark erhöhen. Den Autoverkehr reduzieren wir maßgeblich. Darüber hinaus verlagern wir einen möglichst hohen Anteil der in Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und Wasserwege im Einklang mit den Bewirtschaftungszielen der Wasserrahmenrichtlinie. Mit einem wirksamen Klimagesetz mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen im Verkehrssektor setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche Mobilität.

Garantiert mobil – die Mobilitätsgarantie für Niedersachsen

Immer mehr Straßen, die Stilllegung von Bahnstrecken und ein häufig kaum über den Schüler*innenverkehr hinausgehender Busverkehr haben dafür gesorgt, dass Mobilität in Niedersachsen viel zu oft vom eigenen Auto abhängig ist. Auf diese Weise werden immer mehr Menschen in ihren gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Wenn in den Tagesrandzeiten, am Wochenende oder in den Ferien das Nahverkehrsangebot stark ausgedünnt ist oder ganz fehlt, ist der ÖPNV keine Alternative zum eigenen Auto. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit einer Mobilitätsgarantie für Niedersachsen perspektivisch Mobilität für alle gewährleisten – unabhängig von Wohnort, Alter, Behinderung und Einkommen. Unsere Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Menschen in Niedersachsen mit dem Nahverkehr mobil sein können. Ziel ist, dass jeder Ort von früh morgens bis nachts mindestens in einem stündlichen Takt angebunden werden soll. Dort, wo Linienverbindungen weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sind, setzen wir auf tariflich in den ÖPNV integrierte Bedarfsverkehre, um die Bürger*innen abzuholen. Sämtliche Angebote der Mobilitätsgarantie sollen verkehrsträgerübergreifend tariflich in den ÖPNV integriert sein. Damit

Niedersachsen Vorreiter wird, erproben wir dies über Modellprojekte in einzelnen Regionen, um es sukzessive aufs ganze Land auszuweiten.

Sauber und mobil durch Stadt und Land: Mobilitätswende praktisch vor Ort

Die Alltagsmobilität muss dort organisiert werden, wo Menschen wohnen, arbeiten und leben. Kommunen nehmen eine Schlüsselrolle dabei ein, die Verkehrswende vor Ort umzusetzen – denn niemand kennt die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen so gut wie sie selbst. Wir werden Begegnung und Aufenthalt auf den Straßen gleichberechtigt neben den fließenden Verkehr stellen und das niedersächsische Straßengesetz dementsprechend anpassen. Wir sorgen dafür, dass ein gutes ÖPNV-Angebot im ganzen Land besteht und dass Kommunen dabei unterstützt werden, die konkrete Ausgestaltung des Angebots entsprechend der Bedürfnisse ihrer Einwohner*innen zu realisieren. Verbindliche Ziele und Maßnahmen, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen und eine Mobilität ohne Auto günstig und komfortabel sicherzustellen, sollen ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaberichte werden. Wir wollen Kommunen noch mehr Gestaltungsspielräume geben und rechtliche Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen eine Nahverkehrsabgabe einführen, die sie dazu nutzen können, den ÖPNV zu stärken.

Grundlage für einen starken ÖPNV: eine solide Finanzierung

Wir werden das weitestgehend veraltete Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) novellieren und an den Anforderungen einer notwendigen Mobilitätswende vor Ort ausrichten. Wir wollen mehr Geld ins System geben und dieses fair nach transparenten Kriterien verteilen. Das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) dient der Förderung von Kommunen beim Bau von Straßen und Radwegen sowie Investitionen in den ÖPNV – und braucht dringend ein Update. Wir richten es bedarfsgerecht neu aus, nehmen den Fußverkehr auf, weiten Fördertatbestände aus und setzen Prioritäten so, dass die Mittel zu 75 Prozent in den Umweltverbund fließen. Besonders klimafreundliche Projekte werden wir honorieren und dazu die Höhe des Fördersatzes an die CO_2-Wirkung koppeln. Mit der NGVFG-Novelle stellen wir auch bei der Busbeschaffung auf klimaneutrale Antriebe um. Anders als die Große Koalition bisher bemühen wir uns für die Realisierung der Verkehrswende aktiv um die vom Bund zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Gemeinde-

verkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und die höheren in Aussicht gestellten Regionalisierungsmittel.

Niedersachsen ist am Zug: Infrastrukturoffensive für die Schiene

Etwa jeder 10. Regionalzug in Niedersachsen ist verspätet – ein Zustand, der endlich beendet werden muss. Wir vergrößern die Kapazitäten im Regionalbahnverkehr in den nächsten Jahren massiv, bieten höhere Taktungen an und steigern die Zuverlässigkeit. Dazu nutzen wir gezielt die in Aussicht gestellten höheren Regionalisierungsmittel des Bundes und steigern die Investitionen des Landes für den Nahverkehr. Für einen qualitätsorientierten Kapazitätsausbau werden wir die erweiterten Fördermöglichkeiten des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes konsequent nutzen. Wir stehen zum Deutschlandtakt und sehen die Erforderlichkeit des Bahnnetzausbaus. Um die Leistungsfähigkeit des Schienennetzes weiter zu steigern, soll das Land eine führende Rolle beim Rollout der digitalen Zugsicherungstechnik ETCS einnehmen. Wir richten die Vergabekriterien des Landes an der Erreichung dieses Zieles aus und nutzen die Gelder aus dem GVFG-Bundesprogramm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken, um zügig weitere Strecken zu elektrifizieren.

Mehr als 100 Bahnstrecken und viele hunderte Bahnkilometer wurden in Niedersachsen in den letzten 60 Jahren stillgelegt. Viele dieser Bahnstrecken existieren bis heute und können verhältnismäßig leicht reaktiviert werden, um insbesondere die Mobilität in ländlichen Räumen zu verbessern. 2013 hat die Landesregierung unter grüner Beteiligung den Reaktivierungsprozess stillgelegter Bahnstrecken für den Personennahverkehr auf den Weg gebracht, den die aktuelle SPD/CDU-Regierung seitdem kräftig bremst. Wir GRÜNEN werden wieder aktiv Strecken zur Bundesförderung anmelden sowie mit einer landeseigenen Konzeption, die wir gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln, den Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen wir die stark ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Machbarkeitsstudien zur Reaktivierung von Bahnstrecken in Auftrag zu geben. Die Landesnahverkehrsgesellschaft werden wir zur Unterstützung von Reaktivierungen und Neuinbetriebnahmen von Strecken und Haltepunkten aus Regionalisierungsmitteln neu ausrichten. Da, wo trotz stärkerer Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte eine Reaktivierung nicht förderfähig ist,

sorgen wir mit Schnellbuslinien für gute Anbindung.

Mit dem Niedersachsentakt sorgen wir für Verlässlichkeit und kurze Umsteigezeiten

Durch einen Niedersachsentakt stimmen wir GRÜNEN den Regionalverkehr gezielt mit dem geplanten Deutschlandtakt des Fernverkehrs ab, sodass Umsteigezeiten künftig für alle kürzer werden. Regionalbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung müssen in den Deutschlandtakt integriert werden. Die Vergabeverfahren für den schienengebundenen Nahverkehr entwickeln wir stetig weiter und stellen in allen Bereichen sicher, dass Verlässlichkeit und Qualität entscheidende Auswahlkriterien sind und unzureichende Leistungserfüllung der Verkehrsunternehmen wirksam sanktioniert wird. Auch in Niedersachsen zeichnet sich ein Trend ab, dass große internationale und primär gewinnorientierte Unternehmen eine immer wichtigere Rolle auf dem Markt spielen. Mangelnde lokale Verankerung und starke Fokussierung auf Gewinne führte in letzter Zeit immer wieder zu Qualitätseinbußen. Wir werden die lokal verankerten Eisenbahnunternehmen stärken. Perspektivisch wollen wir analog der landeseigenen Bahn in Hessen ein solches Modell auch für Niedersachsen ergebnisoffen prüfen.

Dem Lokführer*innenmangel werden wir GRÜNEN durch eine niedersächsische Ausbildungsoffensive entgegenwirken und bei neuen Zielgruppen für den Beruf werben. Gleichzeitig wollen wir Modellprojekte für den Einsatz automatisierter Züge unterstützen und darauf hinarbeiten, automatisierte Züge sicher im täglichen Betrieb einzusetzen. Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu erweitern und leere 1.-Klasse-Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.-Klasse-Abteilen zu vermeiden, wollen wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen. Wir sorgen für eine moderne Ausstattung der Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN, Steckdosen und Fahrgastinformationen. Die Möglichkeiten für die Fahrradmitnahme wollen wir erhöhen und wir streben eine faire zeitlich einheitliche Tarifgestaltung an. Zur Stärkung des kombinierten Bahn- und Fahrradverkehrs schaffen wir mehr Fahrradstellplätze und dazugehörige Infrastruktur an den Bahnhöfen. Park-and-Ride- sowie Bike-and-Ride-Angebote entwickeln wir gemeinsam mit den Kommunen weiter und denken dabei auch die Ladeinfrastruktur für Pedelecs und Elektrofahrzeuge mit.

Bezahlbare Mobilität ohne Tarifdschungel ist möglich

Wir wollen, dass man sich in ganz Niedersachsen mit Bus und Bahn nach

dem Prinzip „Eine Fahrt, eine Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür planen wir perspektivisch, die Tarif- und Vertriebsstruktur landesweit zu vereinheitlichen. Wir setzen uns für ein Umweltticket als ein bezahlbares und landesweit gültiges Tarifangebot im Monats- oder Jahresabo ein – ergänzend zu den regionalen Angeboten. Wir unterstützen das Prinzip der „Eine App für alles“-Auskunft, die die Buchung sämtlicher Mobilitätsdienstleistungen vereinfacht. Die Schaffung der nötigen öffentlichen Schnittstellen bringen wir voran, indem wir dafür sorgen, dass alle Mobilitätsdienstleister in Niedersachsen Daten vollständig, interoperabel, barriere- und kostenfrei zur Verfügung stellen.

Jugendliche in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg zur Schule oder Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die Dienststellen der Freiwilligendienste soll nichts zusätzlich kosten. Die Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler*innen der Sekundarstufe II und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis von 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende, Schüler*innen, Menschen mit geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365-Euro-Ticket haben, wollen wir ein landesweit gültiges kostengünstiges Klimaticket anbieten.

Barrierefreiheit im ÖPNV ausbauen

Wir wollen dafür sorgen, dass Busse und Bahnen umfassend und flächendeckend barrierefrei werden. Zur Unterstützung der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger verankern wir im NNVG, dass das Land Mittel bereitstellt, die ausschließlich für die Herstellung von Barrierefreiheit im ÖPNV verwendet werden. Auch die kommunalen Nahverkehrspläne müssen entsprechend der Ziele der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden.

Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr

Alle 15 Minuten verunglückt in Niedersachsen ein Mensch im Straßenverkehr und alle vier Stunden handelt es sich dabei um ein Kind. Hauptursache für schwere Verkehrsunfälle bleiben nicht angepasste Geschwindigkeiten. Ein besonders hohes Risiko für Unfälle haben oft die Schwächsten: unter anderem Kinder, Senior*innen, Fußgänger*innen und Radfahrende. Wir verfolgen die Vision Zero: Niemand soll im Straßenverkehr sterben. Klar ist: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen nicht sinken. Daher setzen wir uns weiterhin gemeinsam mit vielen Bürger*innen auf Bundesebene

für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesländer die Freiheit bekommen, Tempo 80 auf Landstraßen und 30 km/h innerorts als Höchstgeschwindigkeit einzuführen. Die Entscheidungsspielräume zur Umsetzung von Tempolimits, die die Bundesregierung den Ländern in Aussicht gestellt hat, nutzen wir konsequent zur Geschwindigkeitsreduktion und Unfallprävention. Damit Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und so schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen, unterstützen wir die Gemeinden und Landkreise bei der Ausarbeitung von Verkehrskonzepten, die insbesondere die Sicherheit von Kindern in den Blick nehmen. Der Einbau bzw. die Nachrüstung von Abbiegeassistenten in LKW ist uns ein wichtiges Anliegen. Insbesondere bei Straßenumbauten, aber auch für Bestandsstraßen unterstützen wir Kommunen bei einer unabhängigen Beurteilung der Verkehrssicherheit und den daraus resultierenden Baumaßnahmen.

Damit sich was dreht: Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 machen

Rund die Hälfte der Wege, die in Deutschland mit dem Auto zurückgelegt werden, sind kürzer als fünf Kilometer. Strecken also, die die meisten auch gut mit dem Rad bewältigen könnten. In Niedersachsen pendeln täglich rund 3,7 Millionen Berufstätige zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Mehr als 61 Prozent tun dies mit dem Auto und nur 15 Prozent mit dem Rad. Dabei würde rund die Hälfte der Pendler*innen häufiger das Fahrrad nutzen, wenn es ein qualitativ gutes und sicheres Radwegenetz gäbe. Der Fokus rot-schwarzer Verkehrspolitik lag bis jetzt allerdings auf dem Auto. Nicht selten wurden gar für das Fahrrad vorgesehene Mittel für den Straßenbau zweckentfremdet. Wir treten ein für ein klares Bekenntnis zur Fahrradpolitik als einem Baustein zur Mobilitätswende. Mit einer fahrradfreundlichen Infrastruktur und mehr Sicherheit für Radfahrer*innen wollen wir mehr Menschen vom Radfahren überzeugen. Damit die aktive Mobilität endlich den notwendigen Stellenwert in der Landespolitik bekommt, richten wir die Verkehrsverwaltung neu aus und stärken sie so, dass die Förderung des Umweltverbundes endlich mit dem nötigen Nachdruck realisiert werden kann.

Ein großer Teil der Radwegeverbindungen, die Menschen täglich nutzen, liegt innerhalb von Kommunen oder in der Verantwortung von Landkreisen. Das wichtigste landesseitige Förder-

programm zum Bau von Radverkehrsanlagen in den Kommunen ist die Förderung nach dem Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG). Förderbedingungen, Fördertatbestände und Fördersummen decken sich jedoch nicht immer mit dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen. Das werden wir ändern, indem wir die Bagatellklausel anpassen, die Fördertatbestände ausweiten und die zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen: Von den für kommunalen Straßenbau verfügbaren 75 Millionen Euro sollen in einem ersten Schritt mindestens 20 Millionen Euro für Radwegeprojekte verwendet werden. Perspektivisch ist unser Ziel, dass 80 Prozent dieser Mittel in den Bau von Radverkehrsanlagen fließen. Außerdem soll kommunaler Straßenbau nur noch dann gefördert werden, wenn ausreichend Raum für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in den Planungen berücksichtigt wird. Damit einzelne Radverkehrsprojekte nicht im luftleeren Raum entstehen, sorgen wir dafür, dass die Kommunen als Teil ihrer Klimaschutzplanungen Fahrradmobilitätskonzepte erstellen. Dabei unterstützen wir sie. Die Vergabe von Fördermitteln im Radverkehrsbereich binden wir an ein aktuelles Radverkehrskonzept und die Einhaltung von Standards.

Wie bereits in vielen anderen Bundesländern geschehen, arbeiten wir auch in Niedersachsen am Aufbau eines flächendeckenden Radverkehrsnetzes – damit es im ganzen Land gute Wege für den Radverkehr gibt, die nicht an der Landkreisgrenze enden. Radwege sollen zuerst da gebaut werden, wo sie der Verkehrswende am meisten Schub verleihen: Deshalb werden wir die Kommunen und Regionen dabei unterstützen, ihre Radverkehrsnetze zu vervollständigen und mit den Nachbarkommunen zu verknüpfen. Wir wollen landesseitig eine systematische Vorrangplanung, um bestimmte, über kommunale Grenzen hinaus bedeutsame Radwegeverbindungen besser zu fördern und beschleunigt umzusetzen. Damit eine baulastträgerübergreifende Radwegeplanung möglich wird, wollen wir für diese Aufgabe die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stärken. Wichtige Lückenschlüsse und Verbindungen im Radverkehrsnetz schaffen neben straßenbegleitenden Radwegen auch sichere Fahrradstraßen, Radschnellwege, verkehrsberuhigte Ortsdurchfahrten und der Ausbau von multifunktionalen Wirtschaftswegen zu Pendlerradrouten. Wir gehen seitens des Landes voran und initiieren entlang von Landstraßen 1.000 km Fahrradweg. Damit senken wir den Anteil der Landstraßen ohne begleitenden Radweg erheblich. Die

Mittel für Ausbau und Sanierung von Radwegen an Landesstraßen wollen wir deutlich erhöhen und gerecht im Land verteilen. Neue Landesstraßen wollen wir nur in Ausnahmefällen bauen und dabei immer auch gleich das Radverkehrsnetz ausbauen. Gegenüber der Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, dass der Radwegeanteil an Bundesstraßen deutlich erhöht wird. Radschnellwege beschleunigen die Fahrtzeiten in hohem Maße. Unser Ziel ist, dass das Land Niedersachsen den Bau von Radschnellverbindungen auch als eigene Landesaufgabe versteht und gemeinsam mit den Kommunen neue Radschnellwege plant und baut. Um diesen Ausbau der Radinfrastruktur realisieren zu können, wird das Fachpersonal beim Land deutlich aufgestockt und die Kommunen bei der Umsetzung stärker unterstützt. Wir nutzen die massiven Fördermittel für den Radverkehr aus dem Klimaschutzprogramm des Bundes. So kommt Niedersachsen an sein Ziel, Fahrradland Nr. 1 zu werden.

Wir fördern die Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern. Dazu erweitern wir das bisherige Landesförderprogramm für gewerbliche und private Nutzer*innen und bauen es aus. Leihrad- und Leihlastenradangebote wollen wir als ergänzenden Teil der Nahverkehre fördern. Dafür verbinden wir Buchungssysteme mit dem Nahverkehr und schaffen Möglichkeiten, Leihradsysteme in das Tarifsystem zu integrieren. Unseren Landesbeschäftigten stellen wir noch mehr Diensträder zur Verfügung und machen allen Landesbediensteten ein Angebot zum Leasen eines Jobrads.

Gut zu Fuß

Ob zu Fuß, mit Kinderwagen oder im Rollstuhl – alle Niedersächs*innen sind im Alltag auf gute Fußwege angewiesen: Gehen hält gesund, hebt die Stimmung und viel begangene Straßen beleben unsere Städte und Gemeinden. In der Verkehrs- und Stadtplanung spielt der Fußverkehr allerdings meist nur eine untergeordnete Rolle. Das ändern wir und sorgen dafür, dass Fußgänger*innen und Rollstuhlfahrer*innen sowie Menschen mit Behinderungen sicher ans Ziel kommen. Unser Ziel ist, dass der öffentliche Raum persönliche Begegnungen und Freiraum ermöglicht. Raumkonflikte dürfen nicht immer nur zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen ausgetragen werden. Der gesamte Verkehrsraum muss neu aufgeteilt werden. Diese Aufgabe müssen vor allem Kommunen vor Ort bewältigen – dabei unterstützen wir sie. Die Fördermöglichkeiten für Projekte, die der Stärkung des Fußverkehrs dienen, wollen wir mit zusätzlichen Mitteln im

Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten. Wir unterstützen Initiativen dabei, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z. B. für Nachbarschaftsfeste, Aktionen, Kultur, Kleinkunst, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-Radwege und vieles mehr. Den Kommunen ermöglichen wir die dauerhafte Umnutzung von Straßenraum und unterstützen sie bei der rechtssicheren Umsetzung. Der Raum in unseren Städten ist begrenzt und begehrt: Mit Autos, die im Schnitt 23 Stunden am Tag stehen und viel Platz in Anspruch nehmen, nutzen wir diesen Raum ineffizient. Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen dafür, die Zahl der Autos deutlich zu reduzieren und gute Alternativen zu bieten, damit die Bürger*innen in Niedersachsen mobiler werden.

Straßenneubau runterfahren, Straßenverkehr dekarbonisieren

Zur Verkehrswende gehört auch, dass wir die Abhängigkeit vom motorisierten Straßenverkehr nicht vorantreiben und die ökologische Krise anheizen, indem wir immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab – ebenso verfehlte Großprojekte wie die Elbbrücke bei Neu Darchau. Wir unterstützen ausdrücklich das klimaneutrale Zukunftskonzept des Elbfährebetreibers (Wischhafen-Glückstadt). Im Straßenbau gilt für uns die Maxime: Die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt hat Vorrang gegenüber dem Neubau. Die Gelder aus dem NGVFG für den Straßenbau werden wir daher prioritär für den Erhalt von Straßen nutzen. Den Neubau von Straßen als Fortführung einer falschen Verkehrspolitik lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir sind uns bewusst, dass selbst bei größter Anstrengung für eine Verkehrsverlagerung auf Bus, Bahn und Fahrrad der PKW weiterhin einen relevanten Anteil im Mobilitätsmix haben wird. Um den notwendigen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel zu leisten, treiben wir die Dekarbonisierung des Autos konsequent voran. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen steckt in einer Sackgasse. Deshalb braucht es jetzt eine echte Ladesäulen-Offensive, die sowohl öffentliche als auch private Ladestationen umfasst und die Automobilindustrie mit in die Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis 2030 in Niedersachsen 100.000 öffentliche, barrierearme und für alle Geschlechter sicher zugängliche Ladepunkte überwiegend in Parkhäusern, Tiefgaragen und auf Parkplätzen geschaffen werden. Den Fuhrpark der Landesregierung stellen wir klimaschonend

auf und verankern Anforderungen für alternative Antriebe für die Dienstfahrzeuge in den Beschaffungsrichtlinien.

Die Zukunft fährt elektrisch. Die amtierende Landesregierung hat trotz bester Voraussetzungen die Chancen der Verbindung von Energie-, Verkehrs- und Antriebswende sträflich ignoriert. Wir brauchen dafür so schnell wie möglich eine Strategie mit dem zentralen Ziel einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs im Verkehrssektor. Gebraucht wird ein intelligentes Ladesystem, das einen Beitrag zur Netzstabilität und zur Speicherung leistet. Zur Verbindung von Energie- und Antriebswende gehört für uns eine Initiative zum Aufbau von PV-Anlagen im Verkehrsraum. So sollen möglichst viele Parkplätze mit PV-Anlagen überdacht werden und auch im Umfeld von Straßen PV-Anlagen installiert werden. Der (alte) Vorschlag des Umbaus von Autobahnen zu Energiealleen soll neu geprüft werden. Die Landesregierung muss sich beim Umstieg auf Elektromobilität vorbildlich verhalten. Der Einsatz von vollelektrischen Fahrzeugen soll innerhalb der nächsten fünf Jahre zum Regelfall werden.

Güterverkehr: Verladen und dekarbonisieren

Immer mehr Güter werden auf immer mehr LKW durch Niedersachsen transportiert – der Anteil an LKW mit klimafreundlichen Antrieben hingegen bleibt gering. LKW belasten unsere Straßen stärker als PKW und sind wesentlich für die Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verantwortlich. Der Anteil der Schiene am gesamten Güterverkehrsaufkommen ist noch immer viel zu gering: Nicht einmal 20 Prozent aller Güter werden auf der Schiene transportiert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein Mangel an verfügbaren Trassen, mangelnde Flexibilität, massive Verspätungen und überhöhte Trassenpreise sorgen dafür, dass der Schienengüterverkehr für viele Transportwege nicht wettbewerbsfähig ist. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass ein möglichst hoher Anteil des Güterverkehrs schnell von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Dafür hat insbesondere das niedersächsische Hinterland der Seehäfen eine herausgehobene Bedeutung. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Ausbau der Schieneninfrastruktur schnell vorangetrieben wird – insbesondere der Ausbau der überlasteten Nord-Süd-Achse (Hamburg-Hannover), die für den Seehafenhinterlandverkehr von besonderer Bedeutung ist. Damit das Projekt den

Erfordernissen der Verkehrswende gerecht wird, muss es sowohl die Bedarfe einer Güterverkehrsverlagerung berücksichtigen als auch das berechtigte Interesse der Region nach erweitertem Lärmschutz und Verbesserungen im Nahverkehr. Wir wollen Gleisanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen, mit Umschlagplätzen für LKW kombinieren sowie neue Zentren für den kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten fördern.

Klimagerechte und zukunftsorientierte Luftfahrt

Die klimaschädliche Wirkung des Luftverkehrs ist immens und muss maßgeblich reduziert werden. Eine Verringerung der Treibhausgasemissionen des Luftverkehrs wird mittelfristig ohne Einschränkungen der Starts und Landungen nicht möglich sein. Die Luftfahrt muss sich am Ziel einer Klimaneutralität ausrichten. Niedersachsen wird seinen Beitrag dazu leisten und die Politik sowie Landesförderungen in den entsprechenden Bereichen anpassen. Luftfahrt muss grundsätzlich umwelt- und sozialverträglich sein: Dies schließt Beschäftigte, Fluggäste und Anwohner*innen ein.

Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen von Flughäfen leben können. Gesundheitsschädigende Lärm- und Schadstoffbelastungen müssen deutlich reduziert werden. Das gilt auch und insbesondere für Belastungen durch Nachtfluglärm, den wir durch eine ausgeweitete Nachtruhe erheblich reduzieren wollen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen der Luftfahrt ein. Zeitliche und räumliche Begrenzungen von Starts und Landungen zugunsten der Anwohner*innen müssen ermöglicht werden.

Energie- und Hafenwirtschaft zusammen denken

Wir sehen große Chancen in der Energiedrehscheibe Nordwest, die viele maritime Arbeitsplätze schaffen und erhalten sowie regionale Wertschöpfung bringen kann. Der Import von grünen Gasen stärkt die Nutzung von erneuerbaren Energien, die gesamte Hafenwirtschaft an der Nordsee, aber auch im Binnenland. Wir fordern einen weiteren Ausbau von Offshore-Windenergieanlagen und entsprechender Infrastruktur – im Einklang mit der Natur und den örtlichen Gegebenheiten. Für eine nachhaltige Hafenwirtschaft setzen wir uns für die Umsetzung einer Green-Harbour-Strategie und einer nord-länderübergreifenden Hafenkooperation ein. Ziel ist eine zukunftsfähige Hinterlandanbindung per Schiene.

Maritime Sicherheit und internationale Zusammenarbeit stärken

Wir wollen den Katastrophenschutz und das Havariekommando personell und finanziell stärken. Dazu gehören klare Notfallpläne für Havarien. Die Katastrophenschutzausrüstung im Küstengebiet und auf den Inseln muss deutlich verbessert werden. Außerdem fordern wir mehr Sicherheit bei Schiffsladungen und Containern sowie mehr Kontrollen der Ladungssicherung bereits im Hafen. Hier muss über die Landesregierung stärker Einfluss auf die Bundesregierung genommen werden, damit die auf internationaler Ebene eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Wir wollen die Vernetzung in den Bereich Umweltmonitoring, Forschung und Förderprogrammen der Nordseeanrainerstaaten stärken. Fossilfreie Schiffsantriebe, Mess- und Ortungssysteme sowie intelligente Schiffssteuerung sind uns besonders wichtig. Wir wollen die maritime Forschung an den Hochschulen stärken und die maritime Ausbildung laufend an die Herausforderungen anpassen.

Küsten- und Meeresschutz ernst nehmen

Der Deichschutz und der Schutz der Inseln sind wichtig für den Küstenschutz, ebenso wie ein naturschonendes Sedimentmanagement in der Nordsee. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen das Verbringen/Verklappen des Schlicksediments von den Unterhaltungsbaggerungen der Flüsse und Häfen entlang der Nordseeküste und im Binnenland. Unser Ziel ist ein nachhaltiges Sedimentmanagement, um unbelastetes Baggergut für den Küstenschutz nutzen zu können, sowie die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie. Gemeinsam mit unseren Nachbarländern müssen die Generalpläne Küstenschutz mit Blick auf die Klimafolgen weiterentwickelt und umgesetzt werden. Das Weltnaturerbe Wattenmeer ist einzigartig und besonders wichtig für die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Deswegen müssen wir den Meeresschutz endlich ernst nehmen und den schon lange geforderten Meeresmüll-Fonds einrichten. Wir wollen keinen Plastikmüll in unseren Flüssen, Seen, in der Nordsee und in den Häfen. Unser Ziel ist es, durch vielfältige Aktivitäten und Projekte den Meeresmüll zu reduzieren und die Munitionsaltlasten, die Zeitbomben im Meer sind, zu bergen. Zukünftig wollen wir verstärkt Flussauen als CO_2-Speicher und für den Hochwasserschutz schaffen.

1.4 Innovatives Niedersachsen: Für einen ökologischen und sozialen, innovativen und digitalen Wirtschaftsstandort

Niedersachsens Wirtschaft voranbringen: Klimaneutral und zukunftsfähig

Ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften, das von industrieller Wertschöpfung getragen ist, leistet einen zentralen Beitrag dazu, dass Transformation bezahlbar wird, gute Arbeitsplätze geschaffen werden, Einkommensungleichheit abgebaut wird und mehr Lebenschancen entstehen. Wir haben eine Vision für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Wir wollen unser Land zu einem Vorreiter machen, das seiner Klima- und Ressourcenverantwortung gerecht wird. Eine grüne Wirtschaftspolitik berücksichtigt die planetaren Grenzen und ermöglicht die Teilhabe von vielen Menschen am wirtschaftlichen Erfolg.

Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen steht damit vor mehreren historischen Herausforderungen: Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen, wird es gelingen, Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen sowie klimagerechten Wohlstand zu gestalten. Wohlstand umfasst dabei für uns auch Aspekte wie Gesundheit, den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten, gleiche Bildungs- und Teilhabechancen und darf nicht zulasten anderer Menschen und Generationen gehen. Viel zu lange haben CDU- und SPD-geführte Regierungen in Bund und Land versucht, etwa der für Niedersachsen besonders wichtigen Automobilindustrie zu ermöglichen, weiterhin auf Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren zu setzen, obwohl dieser Antrieb keine Zukunft hat. Das Beharren auf dem Status quo verbaut die Chancen von morgen: Wir GRÜNEN wollen, dass Niedersachsen vom Land der Verbrennungsmotoren zum Vorreiter der klimagerechten Mobilität wird.

Gleiches gilt für die zweite zentrale Herausforderung für die Wirtschaft unseres Landes: die Digitalisierung. Der Zugang zu schnellem und leistungsfähigem Internet entscheidet schon heute über die Chancen von Unternehmen. Unser Ziel ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des Landes. Der Abbau von überflüssiger Bürokratie und die Beschleunigung von Genehmigungen ist der Koalition aus SPD und CDU nicht gelungen. Im Gegenteil wurde durch unklare Zuständigkeiten, Kompetenzstreit, Misstrauen und fehlende

Ansprechpartner*innen in den Behörden eher zusätzliche Bürokratie aufgebaut und der Wirtschaftsentwicklung geschadet. Wir GRÜNEN identifizieren zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und Kontrollen, unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare Zuständigkeiten und bauen sie gemeinsam ab. Auch hier kann die Bündelung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gerade auch bei der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft helfen.

Denn viele Unternehmen und ihre Beschäftigten haben sich bereits auf den Weg gemacht und gestalten ihre Unternehmensabläufe klimaneutral und digital. Aufgabe der Politik ist es, einen klaren unbürokratischen und verlässlichen Rahmen für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit zu setzen. Wir wollen daher die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sowie die Transformation klassischer Wirtschaftsprozesse hin zu entsprechend digitalen Prozessen fördern. Dazu bedarf es einer guten öffentlichen Infrastruktur, die Unternehmen bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfs unterstützt und den Arbeitnehmer*innen die Sicherheit gibt, bei der immer wichtiger werdenden Fort- und Weiterbildung gefördert zu werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, leiten wir GRÜNEN mit den Menschen in Niedersachsen eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Digitalisierung gestalten

Die Digitalisierung ist eine der zentralen Herausforderungen für unser Land. Sie durchzieht alle Bereiche unseres Lebens und wir sehen es als unsere Aufgabe, alle Bürger*innen und Unternehmen auf diesem Weg mitzunehmen. Dabei ist die Digitalisierung für uns kein Selbstzweck, sondern muss den Menschen im Land dienen. Die Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung wollen wir verbessern, um noch mehr Unternehmen, insbesondere aus dem Mittelstand, sowie öffentlichen Verwaltungen Zugang zu neuen digitalen Technologien zu ermöglichen. Eine der Grundvoraussetzungen für den digitalen Fortschritt ist die IT-Sicherheit und die persönliche Unversehrtheit im digitalen Raum. Hier bauen wir präventive Maßnahmen und Hilfe im Krisenfall aus. Flächendeckendes schnelles Internet ist essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Dass es vor allem im ländlichen Raum noch immer große Bereiche ohne schnelles Internet gibt, ist ein nicht länger hin-

nehmbares Hemmnis: So verlieren Unternehmen und z. B. auch Landwirtschaftsbetriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit und werden abgehängt. Zudem führt die damit häufig einhergehende fehlende Homeoffice-Möglichkeit für die dort lebenden Menschen dazu, dass sie sich gezwungen sehen, vom Land in die Stadt zu ziehen. Das muss sich dringend ändern und ein guter Breitbandausbau Teil der Daseinsvorsorge werden. Ziel ist es, auch die letzten weißen Flecken ans Netz zu bringen. Daher werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss und schnelles mobiles Internet gestellt werden.

In Niedersachsen müssen Land, Kommunen und Netzanbieter Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und zur Sicherstellung einer angemessenen Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den Weg zu bringen. Dazu wollen wir in Niedersachsen eine Landesnetzgesellschaft schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein ausreichender Netzausbau erreicht werden kann. Unser Ziel ist es, einen Glasfaseranschluss an jedes Haus zu bringen.

Wir wollen dafür sorgen, dass auch die öffentliche Verwaltung in der digitalen Zukunft ankommt. Auch in den Schulen wurde während Corona offensichtlich, dass großer Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung besteht. Wir wollen, dass unsere Schulen mit einer modernen Ausstattung per Glasfaser an das Internet angebunden sind und unsere Kinder fit gemacht werden für den digitalen Raum.

Den Umbau des Wirtschafts- und Industriestandorts Niedersachsen unterstützen

Unser Ziel ist es, den Industriestandort zu erhalten und weiterzuentwickeln. Fast 570.000 Menschen sind in den Industriebetrieben in ganz Niedersachsen beschäftigt. Vor allem der Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Chemie- und Metallindustrie spielen in unserem Land eine zentrale Rolle. Für die Zukunftsfähigkeit dieser Branchen und damit gute Arbeitsplätze am Industriestandort Niedersachsen weiterhin zur Verfügung stehen, muss sich vieles ändern. Die Transformation unserer niedersächsischen Industrie hin zur Klimaneutralität muss internationalen Vorbildcharakter besitzen – sowohl in ihrer Innovationskraft als auch in Fragen der Weiterentwicklung ihrer Arbeits- und Geschäftsmodelle. Durch die grüne Regierungsbeteiligung im Bund entstehen endlich neue Möglichkeiten und die notwendigen Impulse

für den Umbau der Industrie. Diese Maßnahmen werden wir in Niedersachsen durch gezielte Wirtschaftsförderung des Landes unterstützen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen gemeinsam mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten zu einer Vorreiterin für den ökologisch-sozialen Umbau entwickeln.

Für den notwendigen Umbau werden wir Fördermittel, Konjunkturprogramme und Investitionszuschüsse konsequent an den Umwelt- und Klimazielen sowie an das Ziel der Beschäftigungssicherung und des Beschäftigungsausbaus koppeln. Ein wichtiger Impulsgeber hierfür ist die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, die wir stärken und weiterentwickeln werden, damit sie dieser Funktion gerade bei der Beratung und Förderung von Unternehmen zukünftig noch besser gerecht werden kann. Bestehende Förderkulissen gilt es so umzugestalten, dass sie möglichst effektiv genutzt werden können.

Die Automobilindustrie ist tragende Säule unseres Wohlstands und steht aktuell vor gewaltigen Umbrüchen. Denn auch der Verkehrssektor wird in den nächsten Jahren seine Emissionen drastisch reduzieren müssen und mittelfristig klimaneutral sein. Wer den Weg hin zu innovativen Lösungen für klimaneutrale Mobilität beschreitet, soll dabei unterstützt werden. Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf klimaneutrale E-Autos. Das Land Niedersachsen hat seinen Einfluss im Aufsichtsrat nicht ausreichend genutzt, um den Volkswagen-Konzern rechtzeitig auf die klimapolitischen Anforderungen der neuen Mobilitätswelt und des internationalen Wettbewerbs auszurichten. Wir unterstützen den geplanten Umbau der VW-Standorte zu effizienten Produktionsstätten für E-Autos und die geplante Gigafactory für Batterien in Salzgitter. Hier gilt es zukünftig die Beteiligung des Landes an Volkswagen noch gezielter zu nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu befördern und den Umbau zu einem Mobilitätskonzern voranzutreiben. Wir wollen, dass spätestens 2030 keine Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr auf den Markt kommen. Wir unterstützen deshalb eine Strategie weg von fossilen Verbrennern und schweren SUV hin zu kleineren, leichteren und nachhaltigeren Fahrzeugen sowie die Entwicklung ganzheitlicher Mobilitätsdienstleistungen bei VW und den Zulieferern. Zudem müssen die guten Ansätze des Batterie-Recyclings, die es in Niedersachsen gibt, ausgebaut werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine neuen Fahrzeuge mit

Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen werden (vgl. *1.3 Mobil in Niedersachsen)*. Die niedersächsische Wirtschaftspolitik hat sich im Energie- und Mobilitätsbereich stark auf Russland und China ausgerichtet. Mit Blick auf die neuen geopolitischen Lagen und die Achtung der Menschenrechte ein gravierender Fehler, der zügig korrigiert werden muss. Die VW-Produktionsstandorte in China müssen dringend einem Menschenrechts-Check-up unterzogen werden. Zu allererst sollte sich das Land Niedersachsen über seinen Sitz im VW-Aufsichtsrat im Sinne der Unternehmens-Compliance für eine internationale und unabhängige Fact-Finding-Mission einsetzen. Nach den Veröffentlichungen in den Xinjiang Police Files muss sichergestellt werden, dass weder der VW-Standort in Urumqi noch seine Zulieferbetriebe Inhaftierte als Zwangsarbeiter*innen beschäftigen oder sonstigen Menschenrechtsverbrechen in China Vorschub leisten.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Durch die Umstellung auf E-Mobilität, durch Automatisierung, Digitalisierung und einen Umbau des Geschäfts kommt es auch bei VW mittelfristig zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. Auch viele mittelständische Zulieferbetriebe verlieren mit dem Aus der Verbrennungsmotoren ihr bisheriges Geschäftsfeld, sodass sich Unternehmen komplett umstellen müssen. Auf der anderen Seite steigt durch die Energie- und Verkehrswende der Bedarf an Industrie-Know-how und Fachkräften immer weiter an. Es gilt, den Strukturwandel nicht einfach geschehen zu lassen, sondern ihn aktiv zu gestalten. Durch eine aktive Industrie- und Strukturpolitik wollen wir dafür sorgen, dass die Jobs der Zukunft dahin kommen, wo Industrie und Menschen schon sind. Mit Investitionshilfen, Bürgschaften, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten wollen wir Betriebe dabei unterstützen, sich mit neuen Produkten zukunftsfähig aufzustellen. Mit finanzieller Absicherung bei Weiterbildung und einer Erhöhung der Tarifbindung wollen wir dafür sorgen, dass Beschäftigte auch im Wandel gute Arbeit haben (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachse*n).

Gerade im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es darum gehen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und auch über Niedersachsen hinaus eine Vorreiterrolle einzunehmen. Hierzu hat beispielsweise in der Stahlindustrie bereits ein Umdenken eingesetzt: hin zu energieeffizienten Verfahren und der Nutzung sauberer Energieformen. Das werden wir GRÜNEN weiter fördern und intensivieren. Eine Kernherausforderung wird es sein, diese Industrie-

zweige mit ausreichend grünem Wasserstoff zu versorgen. Hierfür werden wir die Standortvorteile Niedersachsens nutzen und den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur fördern. Dazu gehören Anlagen zur Produktion von Wasserstoff sowie die Infrastruktur zu dessen Transport (vgl. *1.2 Energiewende gestalten).* Um die Bedarfe unserer Industrie zu decken, ist in erheblichem Maße auch der Import von grünem Wasserstoff erforderlich. Hierfür besitzt Niedersachsen mit dem Jade-Weser-Port gute Voraussetzungen. Wir planen, den Standort Wilhelmshaven zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa zu entwickeln.

Eine CO_2-neutrale Industrie wird mindestens für eine Übergangszeit einen Außenschutz brauchen, um sie vor Wettbewerbsnachteilen, z. B. durch den Import von mit klimaschädlicher Kohle produziertem Stahl, zu schützen. Daher unterstützen wir GRÜNEN den von der EU-Kommission in ihrem Programm Fit for 55 geplanten Grenzausgleichsmechanismus.

Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Die Orientierung der Unternehmen zu einer nachhaltigen Produktion, weniger Energieverbrauch, zukunftsfähigen Produkten und zu einer ebenfalls zukunftsfähigen, digital unterstützten Produktion muss vom Land mit Beratungsangeboten und Investitionszuschüssen begleitet und unterstützt werden. Denn gerade die vielen kleineren Unternehmen sind mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen häufig damit überfordert, in ihrem Betrieb ein umfassendes nachhaltiges Wirtschaften zu etablieren.

Niedersachsen als attraktiver Standort für Industrie und Wirtschaft

Wir GRÜNEN stehen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Für Gründer*innen und Unternehmer*innen, für das Handwerk und die Industrie. Wir sorgen für die passenden Rahmenbedingungen – schnelles Internet, bezahlbaren und grünen Strom – und machen eine Politik, die dabei unterstützt, Fachkräfte aus- und weiterzubilden.

Transformation aktiv gestalten – ein Zukunftsfonds für die Transformation der Industrie

Damit der Umbruch der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität gelingt, müssen Bund, Land, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen daran arbeiten und ihre ganze Kraft und Expertise einbringen. Wir wollen einen Transformationsgipfel organisieren, der die Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten mit den Bedarfen und Planungen der Wirtschaft zusam-

menbringt. Während VW mit eigenen Akademien und viel Kapital Umbruchprozesse auch eigenständig organisieren kann und vor allem darauf angewiesen ist, dass der Staat die Schaffung benötigter Infrastruktur für beispielsweise die Energieversorgung vorantreibt, sind gerade kleinere Unternehmen auch auf Angebote zur Weiterqualifikation oder Unterstützung bei der Organisation des Umbruchs angewiesen. Hier wollen wir, dass der Staat im Dialog mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten aktiv vorangeht und klärt, wie dieser Umbruch gemeinsam gelingen kann. Die zentrale Herausforderung der klimaneutralen Ausrichtung unserer Wirtschaft und insbesondere unserer Industrie wird in den nächsten Jahren massiv Fahrt aufnehmen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen als Industrieland erhalten und nachhaltig ausbauen: mit starken Unternehmen, die hochwertige Produkte herstellen und gute Arbeitsplätze bieten. Hier ist das Land auch deshalb in der Pflicht, weil politische Fehlanreize eine absehbar notwendige Neuausrichtung in vielen Unternehmen verzögert haben – etwa das viel zu lange Festhalten von SPD und CDU am Verbrennungsmotor. Nun ist der Handlungsdruck gewaltig.

Für die Einführung klimaneutraler Prozesse und nachhaltiger Geschäftsmodelle brauchen Industrieunternehmen in Niedersachsen in den kommenden Jahren große Mengen Kapital und gut ausgebildete Fachkräfte. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Neugründungen stehen vor der Herausforderung, neben Fremdkapital (Krediten) auch die erforderliche Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um mehrjährige Transformationsprozesse zu meistern.

Aus diesem Grund wollen wir in den kommenden Jahren einen groß angelegten Zukunftsfonds Niedersachsen schaffen, um in die sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft zu investieren. Der Fonds soll nach marktüblichen Konditionen eine stille Beteiligung an Unternehmen ermöglichen, die ihre Produktionsweise zukunftsfähig, klimagerecht und nachhaltig umgestalten und Neugründungen mit einem besonders nachhaltigen Geschäftsmodell durch Wagniskapital fördern. Dabei denken wir den Zukunftsfonds von Beginn an zusammen mit anderen Fördermöglichkeiten wie Krediten und Zuschüssen.

Für die Anschubfinanzierung des Zukunftsfonds wollen wir öffentliches Geld einsetzen. Mittelfristig wird sich der Zukunftsfonds aus seiner Investitionstätigkeit heraus selbst tragen.

Klimaschutz braucht Handwerk – Fachkräfteinitiative für den ökologisch-sozialen Wandel

Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, trägt entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres Landes bei und stärkt regionale Wertschöpfungsketten. Ob die energetische Sanierung unserer Häuser, die Installation von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien, der Bau dringend benötigter Wohnungen oder der Ausbau der digitalen Infrastruktur: Nichts geht ohne das Handwerk. Eine zentrale Herausforderung für die Branche ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen im Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden. Zentrales Element bei der Fachkräftesicherung ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große Ausbildungs- und Umschulungsinitiative. Wichtig ist uns dabei, diesen Bereich attraktiver zu machen und Teilvergütungskonzepte für Auszubildende in Handwerksberufen auszubauen. Dazu wollen wir auch die Bildungsstätten des Handwerks stärken (vgl. *3.3 Gute Ausbildung und 3.4 Wissenschaft gestaltet Zukunft).*

Neben der Gewinnung von Auszubildenden muss es zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Handwerk gelingen, die Mitarbeiter*innen in stärkerem Maße im erlernten Beruf zu halten. Aktuell wandern rund zwei Drittel der im Handwerk ausgebildeten Mitarbeiter*innen in andere Bereiche ab. Wesentlicher Grund dafür ist die im Vergleich zur Industrie niedrige Bezahlung. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Tarifbindung auch im Handwerk: Unter grüner Regierungsbeteiligung in Niedersachsen haben wir bereits erreicht, dass die Tariftreue Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Wir setzen uns für eine Stärkung der Tarifbindung im Handwerk ein (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen).* Um Frauen im Handwerk zu stärken, setzen wir uns für eine Reform des Mutterschutzes für Selbstständige und die schnelle Umsetzung der EU-Richtlinie 2010/41 zum Mutterschutz für Selbstständige ein.

Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede*r vierte Betriebsinhaber*in über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die Beratung und Unterstützung verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmedarlehen über die N-Bank

zur Verfügung stellen. Gleiches gilt für die Förderung von Existenzgründungen und Start-ups (vgl. S. 45 *Start-ups gezielt fördern)*. Um die Übernahme des Betriebes durch Mitarbeiter*innen zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau der Mitarbeiter*innenbeteiligung als Instrument der Unternehmensnachfolge ein.

Das Rückgrat unserer Wirtschaft wertschätzen

Nicht nur Industriebetriebe, sondern auch die Unternehmer*innen, Gründer*innen und Selbstständigen in Handwerk, Start-ups und unzähligen KMU (kleinen und mittleren Unternehmen) sowie deren Beschäftigte sind unser Motor in der niedersächsischen Wirtschaft und verdienen Anerkennung und Wertschätzung.

Umbau der Energieversorgung schafft Arbeit

Wir GRÜNEN wollen die Energiewende gestalten, den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben und damit zugleich neue Geschäftsmodelle und gute Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen. Schon heute arbeiten über 50.000 Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau der Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze. Für die Projektierung der Anlagen, in der Installation, im Vertrieb, der Forschung und Entwicklung sowie der Wartung und für den laufenden kaufmännischen und technischen Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz, bei Herstellung und Einbau von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die Energiewende Tausende neue Arbeitsplätze. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bau-, Wärme- und Verkehrswende sind Jobmotoren. Wir GRÜNEN werden diese Entwicklung konsequent vorantreiben und dabei die Arbeitnehmer*innen beim Erwerb neuer oder zusätzlicher Qualifikationen unterstützen.

Start-ups gezielt fördern

Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer*innenwelle. Aktuell ist Niedersachsen bei den Unternehmensgründungen im Vergleich der Bundesländer bestenfalls Mittelmaß. Das ändern wir GRÜNEN. In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung entlasten wir Gründer*innen insbesondere in der Aufbauphase. Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Informationen, Beratung und die Möglichkeit zur Anmeldung an einer zentralen Anlaufstelle erhalten. Das Gründer*innenstipendium der N-Bank wollen wir ausbauen: Bisher wurden über einen Zeitraum von

höchstens acht Monaten maximal 2.000 Euro pro Monat gewährt – das reicht jedoch nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt in der Gründungsphase zu sichern. Durch Gründungen möchten wir mehr Menschen Aufstiegschancen ermöglichen und diese am wirtschaftlichen Erfolg partizipieren lassen. Durch die gezielte Stärkung von Förderprogrammen für Gründerinnen unterstützen wir Frauen beim Gründen. Unser Ziel ist mindestens eine Verdoppelung der Gründerinnen in der nächsten Legislaturperiode. Die materielle Unterstützung wollen wir durch immaterielle Beratung ergänzen: Gründer*innen sollten im ganzen Land auf einen Pool aus Beratungsdienstleistern zugreifen können. In den ersten drei Jahren einer Neugründung in Niedersachsen sollen Jungunternehmer*innen bis zu 20 Stunden Beratung kostenfrei aus einem Pool an Rechtsanwält*innen, Webdesigner*innen, Entwickler*innen, Steuerfachleuten und Unternehmensberater*innen auf Kosten des Landes beanspruchen dürfen. So wollen wir gezielt auch junge innovative Unternehmen außerhalb der Ballungsräume erreichen und fördern.

Gemeinsam mit den Hochschulen sorgen wir zudem dafür, dass neue Erkenntnisse und Ideen gezielt in Geschäftsideen umgesetzt werden können: durch einen Ausbau des Transfers und eine Stärkung der Gründungsberatung. Dafür wollen wir Gründungszentren als Anlaufstelle für Studierende, Start-ups und Investor*innen an den Hochschulen etablieren. Um die Lücken bei der Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, werden wir einen Kapitalfonds für nachhaltige und innovative Gründungen schaffen. Wir wollen privates Wagniskapital aktivieren, mit dem auch größere Investitionen abgesichert werden können, z. B. in den Bereichen Greentech, künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Kommunikations- und Biotechnologie. Zusätzlich werden wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten Teilhaberschaft des Landes anbieten. Wir setzen uns dafür ein, Vergabeverfahren zu vereinfachen, um insbesondere Start-ups die Beteiligung zu erleichtern. Dabei müssen grundsätzlich eine tarifliche Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet sein. Auch betriebliche Mitbestimmung soll von Anfang an fester Teil der öffentlichen Start-up-Förderung sein.

Nachhaltigen Tourismus fördern

Der Tourismus hat für die niedersächsische Wirtschaft eine große Bedeutung und trägt in einem nicht uner-

heblichen Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Fast 300.000 Menschen sind landesweit direkt oder indirekt in dieser Branche beschäftigt – mehr als in der Automobilindustrie. Der immer stärker ins Bewusstsein rückende Klimawandel und die Erfahrungen aus der Coronapandemie haben die touristische Nachfrage nach Urlaubsreisen innerhalb Deutschlands noch verstärkt. Zusammen mit den allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie Nachhaltigkeit, Inklusion, Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität bietet dies Chancen für die niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden. Ob die landschaftliche Vielfalt des Weserberglandes, die besondere Geologie des Osnabrücker Hügellandes, die kulturelle Landpartie im Wendland, das Grüne Band oder der einzigartige Naturraum des Niedersächsischen Wattenmeeres: Die naturräumlichen Besonderheiten der Regionen unseres Landes wollen wir noch stärker herausstellen sowie für nachhaltigen und naturnahen Tourismus nutzbar machen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. Hierfür ist eine solide und konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich. Neben der Stärkung der Wirtschaft in den Tourismusregionen ist es das Ziel einer nachhaltigen Tourismusentwicklung, die Infrastruktur in den Tourismusregionen wie die naturräumlichen Eigenarten und Besonderheiten zu erhalten und auszubauen. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir die aktuellen Fördermechanismen evaluieren und entsprechend anpassen. Das Campen außerhalb ausgewiesener Campingplätze mit Erlaubnis der Eigentümer*innen wollen wir vereinfachen.

Der Tourismus muss endlich auch im Parlament und in der Landesregierung in einer seiner Bedeutung angemessenen Weise vertreten werden. Wir treten für eine solide und verlässliche finanzielle Förderung der Tourismusregionen und deren Beratung bei der Etablierung einer nachhaltigen touristischen Entwicklung ein.

Lebendige Innenstädte als Orte der Vielfalt gestalten

Beschleunigt durch die Coronapandemie gerät der stationäre Einzelhandel zunehmend durch den rasant wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere Innenstädte, die stark vom Einzelhandel geprägt sind, geraten dadurch zunehmend in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das Bestehende lediglich zu konservieren, werden auch hier nicht

funktionieren. Unsere Kommunen und der stationäre Einzelhandel stehen vor der Herausforderung, die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu steigern, um so einen real erlebbaren Mehrwert zu schaffen, der das Einkaufen in der Innenstadt attraktiv macht. Wir GRÜNEN werden die Kommunen dabei unterstützen, ihre Innenstädte mit gemischten Nutzungen aus Gastronomie, Freizeit, Begegnung, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten (vgl. S. 86 *Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume).* Auch im Interesse der abhängig Beschäftigten werden wir allerdings keine weitere Aufweichung der Sonntagsruhe durch zusätzliche Ladenöffnungen zulassen.

Kultur- und Kreativwirtschaft stärken

Die Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens beschäftigte vor der Pandemie über 100.000 Menschen, die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren Impulsen auch wirtschaftliche Innovationen anregen und Wertschöpfung erbringen. Damit gehörte sie zu den leistungsstärksten und personalintensivsten Branchen Niedersachsens. Die Coronapandemie hat jedoch gerade diese Branche besonders heftig getroffen und viele Arbeitsplätze vernichtet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur*innen der Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte sowie die Gründung von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen und gemeinsam mit den Kommunen diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder stärken. Nur so kann die kulturelle Landschaft in Niedersachsen wieder zu dem werden, was sie vor der Pandemie war (vgl. *4.5 Niedersachsens Kultur und Medien: Vielfalt erhalten).*

Medienstandort Niedersachsen beleben

Niedersachsen ist ein Medienstandort mit hohem Entwicklungspotenzial. Das gilt sowohl für die Filmproduktion als auch die wachsende Games-Branche. Leider vernachlässigt die Landesregierung jedoch diesen wichtigen Wirtschaftszweig mit hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert eine stärkere Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. Eine ARD-Produktion wie die „Roten Rosen" in Lüneburg bringt nicht nur enorme Beschäftigungseffekte in der Region, sondern stärkt auch den Tourismusstandort – ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder Ostfriesland. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen aus Niedersachsen ermöglichen und

die Filmförderung weiter verstetigen. Mit drei Milliarden Spieler*innen weltweit wird auch die Gaming-Szene immer mehr zum Wirtschaftsfaktor. Dieser Markt wird für 2018 allein in Deutschland auf knapp fünf Milliarden Euro geschätzt. Ein Großteil dieses Geldes wird heute im Ausland verdient. Laut Prognosen wird dieser Markt auch in Zukunft weiter stark wachsen. Daher verdient die kreative Computerspieleentwicklung mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen mehr Aufmerksamkeit der Landesregierung und sollte durch einen eigenen Fördertopf und konkrete Ansprechpartner*innen gestärkt werden.

Die Förderung der E-Sports geht mit einer engeren Begleitung der Entwicklungen in der E-Sports-Szene einher. So entstehen auch Potenziale für IT-Branche und Kreativwirtschaft. Spieleentwicklung wirkt nicht nur in kulturelle Bereiche hinein, sondern ist ein wichtiger Treiber von Innovation und Digitalisierung. Deswegen müssen wir die Voraussetzungen für eine lokale Spieleentwicklung schaffen und die Forschung und Lehre in diesem Bereich stärken. Studiengänge mit Games-Bezug können in enger Vernetzung mit der E-Sports-Branche entstehen und gleichzeitig einen Impuls für die Entwicklung von IT-Sicherheit und Künstlicher Intelligenz geben.

Frauen in der Wirtschaft fördern

In den letzten Jahren sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für die Unternehmen und die Fachkräftegewinnung von Vorteil, sondern auch für die Frauen selbst – so können sie selbstbestimmt leben und eine Absicherung für das Alter aufbauen. Dabei sorgen wir aber dafür, dass Frauenerwerbstätigkeit in Zukunft weniger zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen wird, sondern Haus- und Sorgearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird (vgl. *4.4 Gleichstellung und Feminismus)*. Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen Frau und Beruf unterstützt das Land Frauen, die in das Berufsleben (zurück) wollen. Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft insbesondere in Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale Herausforderung für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die Teilhabe am Familienleben, die Bewältigung der Hausarbeit und ausreichend Freizeit ermöglicht werden. Die Aufsichts- und Verwaltungsräte, die das Land bei

seinen Beteiligungen besetzen darf, planen wir paritätisch zu besetzen. Bei Unternehmen mit Landesbeteiligung werden wir unseren Einfluss dafür einsetzen, um diese Parität zu erreichen. Außerdem sind Migrantinnen und Frauen mit Behinderung oft in zweifacher Hinsicht benachteiligt, wenn es darum geht, eine qualifikationsgerechte und angemessen bezahlte Beschäftigung zu finden. Daher wollen wir ihre Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Wir unterstützen Unternehmen, öffentliche Verwaltung und Verbände dabei, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen, denn davon profitieren wir als gesamte Gesellschaft.

Die Chancen der niedersächsischen Häfen nutzen

Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Jede weitere Vertiefung der Weser, der Elbe und der Ems wird daher strikt abgelehnt, da sie nicht nur überflüssig und unwirtschaftlich, sondern vor dem Hintergrund des rasant fortschreitenden Klimawandels wegen der verheerenden Folgen nicht mehr zu verantworten ist. Die durch frühere Flussvertiefungen verursachten Schäden, z. B. die Versalzung der Grabenwassersysteme in der Wesermarsch, die Verschlickung von Stränden sowie von Siel-, Kutter- und Sportboothäfen müssen von Land und Bund ausgeglichen werden. Die Kosten dürfen nicht wie bisher auf die Geschädigten abgewälzt werden. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass die Hafenkonkurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als auch Steuerzahler*innen unnötig belastet, endlich zugunsten eines norddeutschen Hafenkonzepts beendet wird. Den Standort Wilhelmshaven entwickeln wir zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa. Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, Elektrolyseanlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff am Standort Wilhelmshaven zu realisieren und diesen über das bereits vorhandene Leitungsnetz zu den Verbrauchsschwerpunkten zu transportieren. Am Standort Cuxhaven werden wir gezielt die Chancen des weiteren Ausbaus der Offshore-Windkraft nutzen. Nachdem die Pläne zur Errichtung eines Offshore-Basishafens in Bremerhaven gescheitert sind, kommt Cuxhaven für die Wiederbelebung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eine große Bedeutung zu. Diese Chance für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Hafenstandortes Cuxhaven wollen wir nutzen.

Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die Bahnanbindung weiter verbessert werden. Um den Bahnknotenpunkt Bremen zu entlasten, wollen wir alle geeigneten Strecken für den Hinterlandverkehr aus Wilhelmshaven wie z. B. auch Quakenbrück – Rheine sichern. Die Elektrifizierung der Strecke Oldenburg – Osnabrück wollen wir vorantreiben. Neben den niedersächsischen Seehäfen verfügen auch unsere Binnenhäfen über erhebliche Potenziale zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die umwelt- und klimafreundlichen Verkehrsträger Schiff und Schiene. Diese Potenziale wollen wir nutzen – durch den gezielten Ausbau unserer Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs (vgl. *1.3 Mobil in Niedersachsen)*. Wir sehen das Land in der Verantwortung, sich nicht nur um die für den Güterverkehr wichtigen Häfen zu kümmern, sondern auch die kleinen Kutterhäfen für die küstennahe Fischerei zu erhalten. Sie sind Teil der Landeskultur und bedeutsam für den Tourismus. Gleiches gilt für die Häfen, über welche der Verkehr von und zu den ostfriesischen Inseln abgewickelt wird.

Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Sozialwirtschaft stärken

Mit einer älter werdenden Gesellschaft sind positive Aspekte wie eine stetig steigende Lebenserwartung verbunden, aber auch zahlreiche Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen. Die industrielle Gesundheitswirtschaft und der Life-Science-Bereich sind schon heute ein wichtiger Jobmotor in Niedersachsen. Für die Entwicklung neuer Verfahren und innovativer Produkte im Bereich der Gesundheitstechnik setzen wir auf eine verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. *3.4 Wissenschaft gestaltet Zukunft)*.

Wirtschaftsfaktor Daseinsvorsorge – für starke kommunale Unternehmen

Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein Fundament des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Mit rund 275.000 Beschäftigten werden jährlich knapp 120 Milliarden Euro erwirtschaftet und 12 Milliarden Euro investiert. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, auch für die Daseinsvorsorge sind kommunale Unternehmen wichtig: für sauberes Trinkwasser, moderne und effektive Bildungsangebote, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie für den Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und Energieversorgung. Wir GRÜNEN wollen, dass

die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind und bleiben. Dazu gehören auch kommunale Krankenhäuser. Diese Aufgabenfelder nicht dem Gewinnstreben zu unterwerfen und sie demokratisch zu kontrollieren, ist ein hohes Gut und wichtig für die Qualität der Leistung.

Deshalb erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsoge und der nachhaltigen Entwicklung zu betätigen. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die beispielsweise ihre Stromversorgung mit kommunalen Versorgungsbetrieben gewährleisten oder ihre Krankenhäuser rekommunalisieren wollen, auch finanziell. Mit einem Rekommunalisierungsfonds, auf den sich Kommunen bewerben können, wollen wir insbesondere finanzschwache Kommunen dabei unterstützen, Leistungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand zu holen, wo dies bisher nicht möglich war. Zudem unterstützen wir die kommunalen Wasserversorger in ihrem Bemühen, die Bürger*innen mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser kostengünstig zu versorgen. Deshalb werden wir einen Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen im Wassergesetz verankern. Angesichts der Klimakrise wird es zudem erforderlich sein, dass regionale Wasserversorger neue Trinkwassergewinnungsgebiete erschließen und die Entnahmen aus den bestehenden Gewinnungsgebieten anpassen. Wir GRÜNEN werden sie dabei unterstützen, indem wir die Genehmigungsverfahren für derartige Vorhaben beschleunigen und Vorgaben einheitlich und verlässlich gestalten.

Raus aus der Wegwerfgesellschaft – Kreislaufwirtschaft stärken

Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen und Ressourcen schonen. Während auf der einen Seite immer weiter Abfall produziert wird, werden auf der anderen Seite viele Stoffe immer knapper. Wir GRÜNEN wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft – für das Klima, die Umwelt und unsere Lebensqualität. Daher wollen wir die Reparatur und Langlebigkeit insbesondere für Elektrogeräte unterstützen. Mit einer starken Kreislaufwirtschaft, in der wir ressourcensparend mit unseren Rohstoffen umgehen und jeder Stoff wiederverwertet wird, verringern wir zudem die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wo der Import kurz- und mittelfristig nicht zu vermeiden ist, setzen wir uns unter anderem für zertifizierte Lieferketten und damit für ökologische, soziale und Menschenrechtsstandards ein.

Die Coronapandemie hat dazu geführt, dass in Privathaushalten sogar noch mehr Abfälle anfallen als zuvor. Wir stoppen diese Ressourcenverschwendung und streben als Ziel Zero Waste an. Dazu unterstützen wir Zero-Waste-Projekte, die Umsetzung von Konzepten für plastikfreie Kommunen, Mehrwegkonzepte für den Liefer- und Versandhandel und prüfen die Umsetzung eines niedersachsenweiten To-Go-Mehrwegsystems für die Außer-Haus-Verpflegung. Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Produkte so hergestellt werden, dass sie lange nutzbar, reparierbar und einfach recycelbar sind. Unnötige Verpackungen sollen der Vergangenheit angehören. Dazu begrüßen wir auch die Ankündigung der neuen Bundesregierung, höhere Recycling-Quoten, einheitliche Standards für recyceltes Plastik und verbindliche Anteile von Rezyklaten in Verpackungen festzuschreiben. Außerdem unterstützen wir die Gründung von Repair-Werkstätten und -Cafés, damit Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft. Wir unterstützen kommunale Modellprojekte zur Sauberhaltung der Städte und der Landschaft (Minimierung des Litterings). Bis zur Umsetzung des Zero-Waste-Ziels wird es notwendig sein, auch weiterhin Abfälle auf Deponien einlagern. Um eine gerechte und umweltverträgliche Verteilung von Deponiestandorten in Niedersachsen zu erreichen, setzen wir eine Arbeitsgruppe mit den Kommunen ein.

Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken

Durch den Ausbau der Kreislaufwirtschaft stärken wir nachhaltige Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen. Dies kommt den von Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen Räumen zugute, verhindert das Abwandern von Gewinnen und schafft mehr Unabhängigkeit und Stabilität gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen. Gute Beispiele gibt es bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt*innen vor Ort ihre Produkte verkaufen. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN fördern die regionale Wertschöpfung durch Modellprojekte, die regionale Kreisläufe etablieren oder stärken. Dadurch schaffen wir regionale Verbundenheit und sichere Arbeitsplätze, die wir in überregionalen Strukturen und Netzwerken verankern.

Wirtschaftlichen Erfolg umfassend bilanzieren

Die klassischen volkswirtschaftlichen Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt bzw. dessen Wachstum sind nicht in der Lage, die ökonomische Situation unseres Landes umfassend abzubilden. Es müssen weitere Kenngrößen wie der Ressourcenverbrauch, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft hinzukommen. Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, der abbildet, inwieweit Unternehmen dem Gemeinwohl dienen. Dazu wollen wir Gemeinwohlbilanz-Pilotprojekte als niedersächsisches Markenzeichen etablieren. Die Projekte sollen sowohl Unternehmen mit Landesbeteiligung als auch kleine und mittelständische Betriebe sowie Kommunen umfassen. Ziel ist es, den positiven wie auch negativen Einfluss der unternehmerischen Tätigkeit auf Gesellschaft und Umwelt zu erfassen und sichtbar zu machen. Mithilfe dieser Transparenz und Vergleichbarkeit mit anderen Unternehmen schaffen wir eine gute Grundlage für ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln bezogen auf Umwelt und Gesellschaft. Dies steigert die Attraktivität der Unternehmen für Arbeitnehmer*innen und stärkt den Standortfaktor. Darüber hinaus wollen wir private Unternehmen bei Bedarf finanziell dabei unterstützen, ihre Gemeinwohlorientierung zu bilanzieren. Die dafür notwendigen Indikatoren stellen wir auf wissenschaftlich fundierter Grundlage auf.

1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen

Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Die klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft muss auch eine soziale sein. Wir begnügen uns nicht damit, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern, sondern haben das Ziel, diese zu beenden. Die Grundpfeiler grüner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei Arbeitslosigkeit, Teilhabe für alle und eine starke Daseinsvorsorge. In der Arbeit soll der Mensch seine Ziele verwirklichen können, mit anderen kollaborieren und damit in einem sozialen Zusammenhang agieren. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen und damit die Chance zu haben, für sich selbst zu sorgen.

Gute Arbeit im Wandel absichern

Gute Arbeit ist von höchster Bedeutung, um Menschen vor Armut zu schützen und ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. Doch Menschen mit Migrationsgeschichte sind häufiger von schlechter Bezahlung, Armut, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie dem Umgehen der Kranken- und Sozialversicherungspflicht ein Ende setzen. Wir GRÜNEN wollen den Wohlstand erhalten und ausbauen. Arbeit ist hierbei ein wichtiger Baustein, da sie Teilhabe, Selbstverwirklichung und das gemeinsame Vorangehen bedeutet. Alle arbeitenden Menschen müssen am Wohlstand teilhaben dürfen, ganz gleich ob sie einer bezahlten, ehrenamtlichen oder familiären Arbeit nachgehen. Sie alle tragen ihren Teil zum Gelingen der Gesellschaft bei.

Der ökologisch-soziale Umbau, also die Abkehr von fossiler Energie, eine umfassende Verkehrs- und Agrarwende sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge schaffen neue Arbeitsplätze, führen in einigen Branchen aber auch zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für diesen Wandel brauchen wir eine strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, aus dem regelmäßig Maßnahmenvorschläge zur verbesserten Sozialverträglichkeit des Transformationsprozesses abgeleitet werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Tarifbindung und Mitbestimmung in allen niedersächsischen Unternehmen selbstverständlich sind. Für betriebliche Innovations- und Transferprozesse schaffen wir Beratungsmöglichkeiten, die die Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Wir wirken darauf hin, dass in Betrieben Transformationsausschüsse eingerichtet und tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen werden. Wir sind überzeugt, dass Arbeit nie ausgehen wird. Durch Automatisierung besteht die Chance zur breiten Flexibilisierung der Erwerbsarbeitszeit. Die freigesetzte Zeit lässt sich in anderen Feldern einsetzen wie etwa der ehrenamtlichen Arbeit für das Gemeinwesen. Wir möchten den Arbeitnehmer*innen ermöglichen, ihrer Arbeit so selbstreguliert und selbstbestimmt wie möglich nachgehen zu können und das Einbringen der eigenen geistigen Fähigkeiten zu fördern.

Landesweite Weiterbildungsstrategie umsetzen

Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein erfülltes und wertschätzendes

Berufsleben der Beschäftigten, stärken die Innovationskraft der Wirtschaft und ermöglichen Resilienz in Zeiten des Strukturwandels. Gerade in Transformationsprozessen ändern sich Qualifikationsanforderungen im Laufe des Berufslebens immer schneller – der Bedarf an Weiterbildungsangeboten steigt. Bisher bieten jedoch nur knapp die Hälfte der Betriebe überhaupt Weiterbildungsmöglichkeiten an und erreichen damit nur rund 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir GRÜNEN wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und ihre Kompetenzen regelmäßig erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Wir streben daher ein Weiterbildungsgesetz an, mit dem der Anspruch geschaffen wird, dass Beschäftigte für die Zeit einer Weiterbildungsmaßnahme mit Rückkehrrecht von der Arbeit freigestellt und angemessen entlohnt werden. Wir werden insbesondere die Beratung geringqualifizierter Beschäftigter sowe kleiner und mittelständischer Betriebe ausbauen (vgl. *3.3 Gute Ausbildung und 3.5 Erwachsenenbildung stärken).*

Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen

Mehr als 200.000 Menschen in Niedersachsen sind arbeitslos. Zudem wurden immer mehr Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Arbeitslosigkeit führt bei den Betroffenen zu leeren Geldbeuteln, sozialem Ausschluss und Perspektivlosigkeit – was wiederum den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie gefährdet. Von einer Realisierung des Menschenrechts auf Arbeit sind wir meilenweit entfernt. Gleichzeitig fehlt es in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen an Personal. Insbesondere die sozial-ökologisch Transformation wird aber nur funktionieren, wenn wir alle vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen einbeziehen. Es wird Zeit für eine aktivere Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Durch ein Recht auf Weiterbildung und den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen gehen wir GRÜNEN Arbeitslosigkeit gezielt an.

Mit einem Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir darüber hinaus Betroffene auf ihrem Weg in die Beschäftigung begleiten. Wir unterstützen gemeinnützige Träger und Kommunen dabei, Langzeitarbeitslose einzustellen, indem wir die laut Teilhabechancengesetz vorgesehenen Eigenanteile der Lohnkosten für sie übernehmen. Es gibt einen dringenden Bedarf an besseren Beratungsleistungen für arbeitslose Menschen unabhängig vom Jobcenter. Die vorhandenen Initiativen sind chronisch unterfinanziert – und vielerorts gibt es überhaupt keine Angebote.

Das wollen wir ändern und die Finanzierung der unabhängigen Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort absichern.

Armut spürbar reduzieren

Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und den Kommunen wollen wir gute Arbeit stärken und Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung und sorgen für mehr Tarifbindung. Wir drängen den Niedriglohnsektor zurück, unterstützen Arbeitslose und Benachteiligte auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und qualifizieren die Fachkräfte für den inklusiven Arbeitsmarkt von morgen. Wir schaffen Perspektiven für alle Altersgruppen, insbesondere für Jugendliche, ermöglichen den kostenlosen Zugang zu Mieter*innen-, Schuldner*innen- und Verbraucher*innen-insolvenzberatung und vereinfachen Teilhabe für Menschen mit wenig Geld. Unser Ziel ist, Ungleichheiten abzubauen sowie die soziale, kulturelle und politische Teilhabe und ein Leben ohne Existenzängste zu ermöglichen. Wir orientieren uns dabei an Reformszenarien wie dem Grundeinkommen als Perspektive und unterstützen wissenschaftlich begleitete Feldforschung zur Wirksamkeit und Finanzierbarkeit. Dazu kann die Evaluation eines niedersächsischen Modellprojekts beitragen.

Den Niedriglohnsektor austrocknen – Tarifbindung stärken

Rund 20 Prozent der Deutschen arbeiten im Niedriglohnsektor – zu einem Lohn, der ihnen weder ein Leben in Würde noch eine ausreichende Absicherung für das Alter ermöglicht. Deswegen ist ein wichtiger Schritt, dass die neue Bundesregierung den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Dabei sind Tarifverträge der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen: Wer in Niedersachsen nach Tarif bezahlt wird, hat jedes Jahr fast 4.000 Euro mehr im Portemonnaie als nicht-tarifgebundene Beschäftigte. Zusätzlich vermindern Tarifflucht und Lohndumping die öffentlichen Einnahmen: Sie führen zu jährlichen Mindereinnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungsbeiträgen und drei Milliarden Euro bei der Einkommensteuer. Allein für die niedersächsischen Kommunen bedeutet das 443 Millionen Euro an Steuermindereinnahmen. Wir GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, für

eine Ausweitung der Tarifbindung in Niedersachsen sorgen und uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesetzlich gestärkt wird.

Einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten

Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem Menschen mit und ohne

Behinderung selbstverständlich gemeinsam arbeiten. Wir begrüßen, dass auch die Ampelkoalition im Bund daran arbeiten will, die Segregation auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und hierfür ein großes Bündel an Maßnahmen plant. Aber auch das Land Niedersachsen kann einen Beitrag leisten. Die Landesbehörden müssen als Vorbild vorangehen und deutlich mehr Menschen mit anerkannter schwerer Behinderung beschäftigen. Zudem werden wir GRÜNEN die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter als Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stärker berücksichtigen. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe ein. Gleichzeitig wollen wir die Hürden für Unternehmen senken, die Menschen mit Behinderung einstellen. Die Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe, also Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 bis 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen, werden wir verbessern. Wir stärken Beratung und Förderung von Menschen mit Behinderung beim Berufseinstieg und treiben dazu auch die Evaluierung der Bedarfsermittlung der einzelnen Trägerorganisationen voran. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das System der Werkstätten deutlich durchlässiger wird. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Zwänge dazu führen, dass die Werkstätten vor allem von den Mitarbeiter*innen abhängig sind, die die besten Chancen auf einen Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt hätten. Wir arbeiten darauf hin, dass Menschen mit Behinderung ein Recht auf einen Arbeitsplatz in inklusiven Unternehmen haben. Weiterhin stehen wir denen, die den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt nicht gehen, bei der Realisierung von guten Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen zur Seite. Die Arbeit der Selbstvertretungen in den Werkstatträten unterstützen wir und werden ihre rechtlichen Kompetenzen zur Mitbestimmung weiter ausbauen.

Tariftreue und Vergabe

Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt- und Sozialstandards gelten.

Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb werden wir bei öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue und einen Vergabemindestlohn (mindestens auf dem Niveau von Berlin und Brandenburg) sowie die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich festschreiben und kontrollieren. Wir wollen die bürokratischen Hürden für die Vergabs senken, um mehr kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen zu ermöglichen. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit guter Unternehmensführung verbinden (vgl. *5.3 Niedersachsen zeitgemäß, effektiv und bürgernah).*

Standards besser kontrollieren

Wir werden die gesetzlichen Vorgaben und Standards für gute Arbeit durchsetzen. Dafür müssen sie auch ausreichend kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden. Das ist in Niedersachsen bisher leider die Ausnahme: Die Besichtigungsquote aller Betriebe lag 2020 lediglich bei 0,6 Prozent. Grund dafür ist die schlechte Personalausstattung, mit der das Land deutlich hinter den Forderungen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückbleibt. Es brauchte erst die Coronapandemie, um Aufmerksamkeit auf die vielfach menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der niedersächsischen Fleischindustrie zu lenken. Dies unterstreicht, wie wichtig verstärkte und unangekündigte Kontrollen sind. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der Fleisch- und zunehmend auch der Logistikbranche werden wir weiter fördern. Mit einer klaren Aufgabenregelung und mehr Personal versetzen wir die Gewerbeaufsichtsämter in die Lage, Kontrollen vor Ort in ausreichender Zahl durchzuführen. Unser Ziel für einen effektiven Schutz der Arbeitnehmer*innen ist eine Kontrollmindestquote von fünf Prozent bis 2026, wie es die Regelungen der EU vorschreiben. Wir sorgen dafür, dass innerhalb von zehn Jahren jeder Betrieb in Niedersachsen mindestens einmal geprüft wird.

Auf Mitbestimmung setzen

Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes Erfolgsmodell. So hat sich gezeigt: In mitbestimmten Betrieben sind die Arbeitsbedingungen besser und die Produktivität ist höher. Trotzdem werden immer wieder Mitbestimmungsakteur*innen von Arbeitgeber*innen unter Druck gesetzt – zu viele Betriebe

in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Gewerkschaften und Betriebsräten endlich die nötige Rückendeckung geben. Daher begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung künftig als Offizialdelikt einordnen will. Durch Kompetenzaufbau bei Polizei und Rechtsbehörden sorgen wir dafür, dass Delikte dieser Art zügig und kompetent verfolgt werden.

In Niedersachsen gibt es weiterhin weniger gesetzliche Feiertage als in vielen anderen Bundesländern. Wir wollen mindestens einen weiteren weltlichen Feiertag einführen. Hierfür gibt es viele hervorragende Vorschläge, die bedeutende historische Daten und wichtige politische Werte repräsentieren. Der Internationale Frauentag am 8. März steht für den Kampf, der seit vielen Jahrhunderten von Frauen für die Gleichberechtigung in der Gesellschaft geführt wird und der noch immer nicht abgeschlossen ist. Der 8. Mai als Tag des Kriegsendes für das Ende der NS-Diktatur und damit die Begründung unserer Demokratie in Deutschland und der 9. Mai als Europatag für das große Friedensprojekt und die europäische Gemeinschaft. Zugleich sollte das Feiertagsgesetz auch die konfessionelle Vielfalt besser abbilden. Hierüber wollen wir in den kommenden Jahren die Debatte führen.

Schuldner- und Insolvenzberatung stärken

Niedrige Löhne, eine Grundsicherung unter dem Existenzminimum sowie unplanbare und einschneidende Änderungen der Lebensumstände können zu privater Überschuldung führen: Die laufenden Einkünfte können die Zahlungsverpflichtungen dann nicht mehr decken. Viele Menschen brauchen in dieser Situation Unterstützung. Wir wollen deshalb für ein Recht auf kostenlose Schuldner*innenberatung sorgen – mit offenem Zugang für alle Ratsuchenden. Die Arbeit der zahlreichen Schuldner*innen- und Insolvenzberatungsstellen in Niedersachsen wollen wir auf eine stabile Finanzierungsbasis stellen.

1.6 Für eine andere Agrarpolitik

Unsere Landwirt*innen leisten mit ihrer täglichen Arbeit einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag zur Ernährungssicherheit. Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Niedersachsens. Landwirtschaft prägt unser Landschaftsbild,

den Zustand unseres Wassers, unserer Böden und unseres Klimas sowie die wirtschaftliche und soziale Struktur unserer ländlichen Räume. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit ihrer starken Weltmarktorientierung hat die Landwirtschaftsbetriebe in die fatale Spirale des Wachsens oder Weichens gezwungen. Ihre Zahl hat sich seither auf etwa ein Fünftel verringert und viele aktive Bäuer*innen können trotz harter Arbeit an sieben Tagen in der Woche nur schwer ein angemessenes Einkommen erzielen. Unsere hochspezialisierten Landwirtschaftsbetriebe sind den ständigen Krisen der noch nicht einmal kostendeckenden Getreide-, Milch- oder Schweinepreise des Weltmarktes ausgeliefert. Auch die Umwelt leidet unter der intensiven landwirtschaftlichen Produktion: Unser Grundwasser ist in großen Teilen des Landes zu stark mit Nitrat und Pestiziden belastet, die einst abwechslungsreiche Kulturlandschaft ist zur Agrarsteppe degeneriert, in der selbst robuste Tier- und Pflanzenarten immer weniger Lebensraum finden.

Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und tiergerecht arbeitet – für gute Lebensmittel von artenreichen Feldern, Wiesen und Weiden sowie von gesunden Tieren. Hergestellt von Bäuer*innen, die damit ein gutes Einkommen erzielen. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen. Die Zahl der Betriebe, die sich umorientiert haben hin zu diversifizierten Betriebsstrukturen, bleibt jedoch gering. Es fehlen vielerorts wertschöpfende lokale und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Aber immer mehr Landwirt*innen sind entschlossen, diesen Weg zu gehen. Wir geben ihnen Rückenwind und bringen gemeinsam die Agrar- und Tierhaltungswende voran. Die Umwidmung der Direktzahlungen hin zur Honorierung von Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft ist ein zentraler Baustein zur Finanzierung der Agrarwende. Wir halten an der europäischen Farm-to-Fork-Strategie fest, um die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten.

Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise

Landwirtschaft hat zuallererst die Aufgabe, ausreichend Lebensmittel für alle Einkommensschichten in guter Qualität zu produzieren. Durch Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine wird eine Verknappung vor allem des weltweit verfügbaren Getreides erwartet. Im Lichte der aktuellen Krisen wird deutlich, wie wichtig Ernährungssouveränität und -sicherheit sind – regional, europäisch und welt-

weit. Bei uns in Niedersachsen, in Deutschland und der EU ist die Ernährungsversorgung durch einen hohen Selbstversorgungsgrad und hohe Kaufkraft grundsätzlich gesichert, obwohl Engpässe bei einzelnen Produkten auch bei uns auftreten können. Weltweit aber stehen Millionen Menschen in ärmeren Staaten vor einer humanitären Katastrophe. Darauf müssen wir jetzt in kürzester Frist mit ernsthaften Strategien reagieren statt mit Scheindebatten wie dem Aussetzen der Flächenstilllegung in der EU, das keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der Welternährung hat. Dabei ist es zwingend, die aktuellen Krisen gemeinsam zu betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Angesichts der Klimakrise und des Artensterbens ist es das falsche Signal, die ökologische Wende der Landwirtschaft auszusetzen. Gemeinsam mit dem grün geführten Bundeslandwirtschaftsministerium treiben wir die Ökologisierung der Landwirtschaft und die Umsetzung des Green Deals konsequent voran und machen unsere heimische Landwirtschaft krisenfest. Die wichtigsten Ziele dabei sind: die landwirtschaftlichen Rohstoffe effizient zu nutzen (z. B. durch die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung), Flächenkonkurrenzen aufzulösen (z. B. durch die Kombination von Landnutzung und Energieerzeugung durch Agri-PV-Anlagen), Importabhängigkeiten zu reduzieren (z. B. durch Stärkung des Anbaus von pflanzlichen Proteinen aus heimischen Anbau), um die Wertschöpfung in ländlichen Regionen sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu fördern.

Zur Sicherung weltweiter Ernährungssouveränität setzen wir uns dafür ein, die regionalen Agrarmärkte in allen Weltregionen kurz- und langfristig zu stärken. Dazu gehören auf internationaler und europäischer Ebene Maßnahmen wie die Freigabe von Saatgut als Gemeingut und die Verschärfung der EU-Finanzmarktrichtlinie zur Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation. Wichtiges Instrument zur Stärkung lokaler Agrarmärkte ist aber auch die Reduzierung unseres Fleischexports, der beispielsweise bei Geflügel nach Afrika in den letzten zehn Jahren um 3.000 Prozent gestiegen ist. Die dortigen Kleinbauern können damit nicht konkurrieren. So vernichtet unsere Massentierhaltung lokale bäuerliche Existenzen vor Ort und schwächt die Ernährungssouveränität. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Erträge wiederum – insbesondere in Lateinamerika und Südostasien – gehen nicht auf die dortigen Teller, sondern werden bei uns in Deutschland bzw. Niedersachsen verfüttert oder verheizt. Global gehen allein neun Prozent der

Erntemenge aus der Pflanzenproduktion in Bioethanol und fünf Prozent in Biodiesel. Hier müssen wir gegensteuern. Deshalb fordern wir kurzfristig, die Beimischungspflicht von Biotreibstoffen in Benzin und Diesel EU-weit aufzugeben.

Import von Futtermitteln reduzieren, den Anbau pflanzlicher Proteine fördern und neue Märkte erschließen

Auf Dauer können wir es uns nicht erlauben, knapp 60 Prozent unserer Feldfrüchte in der klimaschädlichen intensiven Tierhaltung zu verwenden. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt überdeutlich die hohe Abhängigkeit unserer niedersächsischen Tierhaltung von Futtermittelimporten und die stetig zunehmenden Konkurrenzen zwischen Trog und Teller. Weltweit und auch bei uns in Deutschland wird die Mehrheit der Getreideernte nicht gegessen, sondern verfüttert. Wir müssen unseren hohen Konsum tierischer Produkte in den Industrieländern verringern, die Reduzierung der Tierhaltung voranbringen und die regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr Lebensmittel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei uns angebaut werden. Mit den Futtermitteln importieren wir zudem Nährstoffe, die in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem hohen Nitratgehalt in unserem Grundwasser führen. Wir GRÜNEN wollen den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen als Futtermittel verstärkt fördern. Ferner wollen wir die Forschung der Ernährungswirtschaft im Wachstumsmarkt pflanzlicher Proteine unterstützen. Während wir bei Schweinefleisch einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100 Prozent haben, liegen wir bei Obst und Gemüse mit 20 Prozent bzw. 38 Prozent deutlich darunter – Tendenz fallend. Hier bestehen große Potenziale: Durch passgenaue Förderangebote stärken wir die pflanzliche Erzeugung sowie den Obst- und Gemüseanbau. Dabei nehmen wir zudem neue Ansätze wie die Solidarische Landwirtschaft in den Blick – auch dies dient unserer Ernährungssouveränität.

Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft

Wir GRÜNEN gehen die multiplen Krisen gemeinsam an: Ambitionierter Klima- und Biodiversitätsschutz in unserer heimischen Landwirtschaft stärkt immer auch unsere langfristige Ernährungssicherheit. Unsere Landwirtschaft ist nämlich zugleich Leidtragende wie Mitverursacherin der Klimakrise: Die Freisetzung von Treibhausgasen aus entwässerten Mooren, bei hoher Stickstoffdüngung und durch die Tierhaltung machen in

Niedersachsen einen hohen Anteil am menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen aus. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft bereits jetzt massiv von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Dürren und Hitzeperioden, eine jahreszeitliche Verschiebung der Niederschläge, Starkregenereignisse, aber auch die klimabedingte Ausbreitung von Pflanzenschädlingen wirken sich auf die Erträge aus. Dem Boden kommt sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Klimafolgenanpassung eine entscheidende Rolle zu. Der Aufbau von Humus bindet Kohlenstoff im Boden und schafft gleichzeitig eine höhere Speicherkapazität für Feuchtigkeit. Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau stärken, wollen wir besonders fördern. In Niedersachsen wurde Jahrhunderte lang dem Moor Land abgerungen, um es landwirtschaftlich zu nutzen – mit fatalen Auswirkungen für das Klima und die biologische Vielfalt. Aus der ackerbaulichen Nutzung von Moorflächen wollen wir aussteigen und eine standortangepasste extensive Grünlandnutzung mit hohen Wasserständen oder auch neue klimaschonende Methoden wie Paludikulturen fördern, sodass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich speichern (vgl. *1.7 Moorschutz ist Klimaschutz).* Zudem setzen wir uns dafür ein, Dauergrünland zu erhalten und wiederherzustellen, denn Grünland bindet im Vergleich zur ackerbaulichen Nutzung deutlich mehr Kohlenstoff.

Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir deutlich senken: durch eine Reduzierung der Stickstoffdüngung, einen Ausstieg aus der Massentierhaltung, effektivere Kontrollen der ordnungsgemäßen Düngung und eine Stärkung des Ökolandbaus. Ökologische Betriebe düngen weniger, erzeugen humushaltigere Böden und verzichten weitgehend auf den Import von Futtermitteln wie Soja. Dadurch sind sie deutlich klimafreundlicher als konventionelle Betriebe.
Die für große Schweineställe bereits geltende Pflicht zum Einbau eines Abluftfilters wollen wir auf große Geflügelställe ausweiten.

Über die Vermeidung von Treibhausgasemissionen hinaus verfolgen wir das Ziel, unsere Landwirtschaft dabei zu unterstützen, sich bestmöglich an die bereits unabwendbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Grundsätzlich sind breiter aufgestellte Betriebe in Krisen widerstandsfähiger als spezialisierte Betriebe. Zur Klimafolgenanpassung gehört z. B. die Förderung des Anbaus trockenresistenter Kulturen sowie von Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion, genau wie die Nutzung

besonders erosionsgefährdeter Standorte als Grünland und die Anlage von Windschutzgehölzen.

Das Wassermanagement in der Landwirtschaft muss sich an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen. Gemeinsam mit Landwirt*innen bringen wir Maßnahmen auf den Weg, die dazu beitragen, dass Wasser möglichst in der Fläche gehalten wird, ausreichend Versickerungsflächen zu Verfügung stehen und Möglichkeiten zur Wasserhaltung ausgebaut werden. Die Nutzung von Grauwasser in der Landwirtschaft und wassersparende Beregnungstechniken werden wir stärken (vgl. *2.1 Sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Böden)*.

Für eine flächengebundene Tierhaltung

Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser kann ein bedarfsgerechter und grundwasserschonender Einsatz der anfallenden Exkremente vor Ort und ohne „Gülletourismus“ über weite Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil Niedersachsens viel zu hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre Tierbestände zu reduzieren und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für Stallbauvorhaben stärker an der Haltung auszurichten und die Landwirtschaft dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen. Gleichzeitig wollen wir ein Förderprogramm auflegen, das auf freiwilliger Basis eine Diversifizierung der Betriebe durch dauerhafte (Teil-)Um- und Ausstiege aus der Tierhaltung auf andere landwirtschaftliche Betriebszweige ermöglicht, sofern damit kein Einstieg in andere Intensivtierhaltungsformen verbunden ist.

Sinkende Nachfrage, Tierseuchen und Schlachtstau – die niedersächsische Tierhaltung steht unter Druck. Die Verbraucher*innen und der Handel fragen neben günstiger Massenware zunehmend Produkte mit höheren Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen Wertschöpfungskette nach – von der Erzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe. Der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden stehen im engen Zusammenhang mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der Tierdichte in der Region. Daher planen wir, die Beiträge zur Tierseuchenkasse entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen und die Prävention bei der Tierseuchen-

bekämpfung zu stärken. Dazu wollen wir sach- und tiergerechte Maßnahmen, um die Schäden für die Tiere sowie die Tierhalter*innen so gering wie möglich zu halten. Es darf nicht sein, dass bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur Tierseuchenkasse Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der Massentierhaltung ausgehen.

Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft fördern

Nicht zuletzt durch das Agieren des CDU-geführten Bundeslandwirtschaftsministeriums ist es leider auch für die neue EU-Förderperiode nicht gelungen, die Agrarförderung gezielt so auszurichten, dass Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft honoriert werden. Der größte Teil der Fördermittel wird noch immer pauschal für die Bewirtschaftung der Fläche gezahlt. Davon profitieren vor allem Großbetriebe und Flächeneigentümer*innen. Gleichwohl gibt es Verbesserungen: Aus dem Budget für die Flächenprämien werden zumindest Teile nach ökologischen Vorgaben (sogenannten Eco-Schemes) vergeben. Wir wollen die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen. Unsere Tierhalter*innen unterstützen wir durch die Förderung von mehr Tierschutz und bei der Vermarktung dieser Produkte auf regionalen Märkten, um alle Wertschöpfungsstufen erschließen zu können.

Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben werden. Denn Hecken sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Arten und tragen damit zum Erhalt der Biodiversität bei – sie haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz sowie für ein günstiges Mikroklima. Auch Feldrandstreifen sind wichtige Landschaftselemente. Daher wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege aus der landwirtschaftlichen Nutzung umzusetzen. Die durch die neue Bundesregierung vereinbarte Evaluation der neuen EU-Förderung muss von Niedersachsen intensiv begleitet werden, um möglichst schnell eine wirkliche Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zu erreichen. Für uns ist eine Gemeinwohlprämie, die das Erfüllen gesellschaftlicher Notwendigkeiten honoriert, der richtige Ansatz.

Den Pestizideinsatz reduzieren

Der Pestizideinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu hoch. Zunehmende Funde von Pestiziden und ihrer Abbauprodukte im Trinkwasser lassen alle Alarmglocken schrillen. Wir GRÜNEN wollen den Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Durch das von uns GRÜNEN gemeinsam mit den Umweltverbänden vorangetriebene Volksbegehren Artenvielfalt gelang es, im Niedersächsischen Weg die Erarbeitung einer Pestizidreduktionsstrategie zu vereinbaren. Das CDU-geführte Landwirtschaftsministerium verschleppt diese jedoch seither. Wir GRÜNEN werden diese Strategie erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen umsetzen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine flächendeckende Ausweitung des *FINKA-Projektes (Förderung von Insekten im Ackerbau)* ein. Es fördert die engere Kooperation von konventionell wirtschaftenden Betrieben mit ökologisch wirtschaftenden Nachbarhöfen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, den Glyphosateinsatz bis spätestens Ende 2023 zu verbieten und die Beschränkungen zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten auch auf Wasserschutzgebiete auszuweiten. Weiterhin setzen wir uns im Bund für die Einführung einer Pestizidabgabe und auf europäischer Ebene für strengere Zulassungsverfahren ein.

Wirksame Kontrollen sicherstellen

Die besten Gesetze und Verordnungen nutzen in der Regel wenig, wenn sie nicht ausreichend kontrolliert werden. Wir GRÜNEN werden die Kontrollen neu ordnen. Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Umweltauflagen wie beispielsweise Dünge- und Pflanzenschutzrecht planen wir von der Landwirtschaftskammer, die als Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen. Damit stärken wir die Trennung von berufsständischer Selbstverwaltung und hoheitlicher Aufgabenwahrnehmung. Die Gebührensätze für Lebensmittel- und Futterkontrollen sowie im weiterverarbeitenden Gewerbe wollen wir europarechtskonform neu regeln, um mehr Gerechtigkeit herzustellen und insbesondere kleine handwerkliche Betriebe zu entlasten.

Bienen schützen – vielfältige Agrarlandschaften fördern

Die Honigbiene ist eines unserer wichtigsten Nutztiere und steht stellvertretend für viele hundert Insektenarten unter den Bestäubern. Ihr Schutz

hat für uns GRÜNE eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand unserer Landschaft. Heute finden sie in der Stadt vielfältigere Nahrung als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten. Bei der Förderung von Blühstreifen haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung einen Extrabonus für von Imker*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Der Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonikotinoide, gefährdet Bienen, Hummeln und andere Insekten. Deshalb lehnen wir Notfallzulassungen für diese Stoffgruppe, auch für den Zuckerrübenanbau, konsequent ab. Wir wollen die Imkerei in Niedersachsen fördern und die Imkervereine bei ihren erfolgreichen Schulungsangeboten unterstützen. Einen verpflichtenden Imkereiführerschein halten wir jedoch für kontraproduktiv. Zum Schutz der Insektenfauna wollen wir eine Verbesserung der Ernteverfahren fördern.

GRÜNE wollen Grünland erhalten

Niedersachsen verfügt über weitumfassende Grünlandregionen, die es nach jahrelangem Rückgang zu erhalten gilt. Grünland, insbesondere extensiv bewirtschaftet, bindet nicht nur mehr Kohlenstoff im Boden als Ackerflächen, sondern verringert auch stärker den Eintrag von Phosphat ins Grundwasser und in Oberflächengewässer. Grünland ist auch von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt. Wir fordern daher eine Weideprämie. Das in der grünen Regierungszeit auf den Weg gebrachte Weidemilchprogramm, bei dem Milch von Kühen mit Weidehaltung höherpreisig vermarktet wird, bauen wir gezielt aus und weiten sie auf Milchprodukte wie Joghurt oder Käse aus. Außerdem setzen wir uns für ein neues Förderprogramm Extensive Tierhaltung auf Moorböden ein und wollen die Kennzeichnung von Weidefleisch unterstützen. Wir setzen zudem auf ein Konzept der flexiblen Milchmengenregulierung, wie vom Bund Deutscher Milchviehhalter gefordert. Zum Schutz unserer massiv bestandsbedrohten Wiesenvögel werden wir das Wiesenvogelschutzprogramm durch eine deutlich verbesserte Honorierung wirksamer Maßnahmen zum Wiesenvogelschutz qualitativ aufwerten.

Bauernland in Bauernhand

Boden ist ein unersetzlicher und unvermehrbarer Produktionsfaktor für die Landwirtschaft. Er spielt für die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale Rolle. Die Konkurrenz von Finanzinvestor*innen

sowie steigende Pachten stellen die Landwirt*innen vor Ort vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche Bodeneigentümer*innen sind die großen Gewinner*innen auf dem Bodenmarkt – aktive Landwirt*innen sind die Verlierer*innen. Das werden wir GRÜNEN ändern. Mit einem Agrarstrukturgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe sowie Genossenschaften, die landwirtschaftliche Nutzflächen an Biobetriebe verpachten, ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber außerlandwirtschaftlichen Investor*innen haben. Wir führen eine wirksame Preisbremse ein. Um die außerfamiliäre Hofübergabe zu erleichtern, werden wir ein Existenzgründungsprogramm für (zukünftige) Landwirt*innen etablieren.

Ökologische Landwirtschaft stärken

Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und ökologischer auszurichten. Unser Leitbild ist der ökologische Landbau, denn die ökologische Wirtschaftsweise trägt durch ihren Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und Pestizide zum Schutz des Bodens, des Grundwassers und der Arten bei. Zudem ist der Ökolandbau deutlich klimaschonender, setzt hohe Tierhaltungsstandards um und trägt durch seinen gegenüber konventionell wirtschaftenden Betrieben häufig höheren Personalbedarf zu Arbeit und Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Deshalb setzen wir den Niedersächsischen Weg konsequent um, der eine Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens zehn Prozent bis 2025 und mindestens 15 Prozent bis 2030 vorsieht. Da Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil von aktuell 5,2 Prozent hat, ist das ein ambitioniertes Ziel. Die Förderung der Betriebe soll insbesondere in den ersten beiden Jahren der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als bio vermarktet werden können, ausgewertet werden. Auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und Vermarktung der ökologischen Lebensmittel wollen wir GRÜNEN deutlich verbessern. Die Umstellung z. B. der Milchkuhhaltung auf bio ist schließlich nur dann attraktiv, wenn auch eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten für tierhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe.

Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische Landwirtschaft gedeckt werden. Hier ist viel Potenzial. Neben dem Ausbau der Vermarktung bestehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bio-

produkten. Hier muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in Einrichtungen des Landes auf bio umstellen. Ein Niedersächsisches Biosiegel kann dabei hilfreich sein.

Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir einen Aktionsplan Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an konventionelle Landwirt*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu motivieren. Auch den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern wir. Pachtflächen öffentlicher Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die ökologische Ausrichtung der Ausbildung stärken wir auch in den Berufs- und Hochschulen weiter. In der agrarwissenschaftlichen Forschung und im Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren Stellenwert haben. Mit attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien für den Ökolandbau verbreitern wir das Wissen über die ökologische Landwirtschaft.

Keine Gentechnik auf unseren Äckern

Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und wird es auch bleiben. Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit einer Eiweißstrategie, die gezielt auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu reduzieren. Mit uns GRÜNEN bleibt Niedersachsen nicht nur auf dem Acker gentechnikfrei, denn die Förderung von kommerzieller Forschung zur grünen Gentechnik mit öffentlichen Mitteln lehnen wir ebenfalls ab.

Die Blaue Landwirtschaft – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten

Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus Aquakulturen – und das ist gut so, denn Wildbestände sind zu einem Großteil überfischt. Bei Aquakulturen wie Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend. Die Förderung der regionalen Erzeugung und Vermarktung führen wir fort. Die Fischwirtschaft aber muss sich an die aktuellen wasserwirtschaftlichen Ziele anpassen und noch ökologischer ausgerichtet werden: Die Schädigung wertvoller Naturräume durch belastete Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße Haltungssysteme müssen der Vergangenheit angehören. Wir

GRÜNEN wollen die europäischen Fischereifördermittel gezielt zum Ausbau ökologisch nachhaltiger und innovativer Aquakulturen nutzen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme, in denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird sowie Futtermittel, die weitestgehend frei von Fischmehl und -öl sowie von importiertem Soja sind. Eine tiergerechte Haltung über geringere Besatzdichten ist dabei für uns ebenso ein Muss wie der Verzicht auf umweltschädigende Chemikalien und Antibiotika. Die traditionelle Teichwirtschaft, die auch ökologisch hochwertige Biotope schafft, gilt es ebenso zu erhalten und zu fördern wie die wenigen Flussfischereien.

Nachhaltige Fischereipolitik

Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl die Muschel- und Krabbenfischer*innen als auch große Teile der Hochseefischerei ihre Nachhaltigkeit vom Marine Stewardship Council (MSC) überprüfen und zertifizieren. Sie nehmen an Umweltprogrammen wie *Fishing for Litter* teil und beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Dabei werden sie durch eine Fischereiförderung, die auf hohe Umweltstandards setzt, unterstützt. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Gleichzeitig setzen wir uns auch im Bund für einen wirkungsvollen Meeresschutz ein. Wir GRÜNEN wollen darüber hinaus den Stellenwert der Küstenfischerei durch ein politisches Konzept mit klaren Zielsetzungen stärken. Nicht zuletzt durch die bereits von uns GRÜNEN angeschobene Förderung der Erzeugergemeinschaft der Krabbenfischer konnten wieder weitgehend auskömmliche Preise erzielt werden. Um frische Krabben als hochwertiges regionales Produkt zu für die Fischer*innen auskömmlichen Preisen vermarkten zu können, wollen wir GRÜNEN die Krabbenschälung vor Ort unterstützen. Somit kann auf die klimaschädlichen Transporte zu den Pulstationen in Marokko verzichtet werden. Mit dieser Zielsetzung werden wir neue Technologien wie z. B. die Ultraschallschälung in den niedersächsischen Kutterhäfen stärken. Als Land Niedersachsen werden wir uns konsequent weiter intensiv in die Zukunftskommission Fischerei einbringen, um die traditionsreiche Küstenfischerei ökologisch und ökonomisch langfristig zu stärken und die regionale Lebensmittelversorgung sowie den touristischen Mehrwert für unsere Küstenregion zu erhalten. Wir wollen die Fischbestände sichern und aufbauen. Küstenfischer*innen wollen wir bei der Modernisierung ihrer Flotte, der Umrüstung auf schonende

Fangmethoden und klimaschonende Antriebe unterstützen. Da zahlreiche Kutterhäfen als Folge früherer Flussvertiefungen verschlicken, werden wir GRÜNEN uns dafür einsetzen, dass kleine Kutterhäfen erreichbar bleiben. Als Nordseeanrainer*innen setzen wir uns auch im Bund für einen wirkungsvollen Meeresschutz ein. Das dient auch der Fischereiwirtschaft.

Für konsequenten Tierschutz

Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz. Wir stehen für mehr Tiergesundheit und tiergerechte Haltungsformen von Heim- und Nutztieren in Niedersachsen. Ställe und Haltung müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden – und nicht umgekehrt. Deshalb haben wir GRÜNEN gemeinsam mit dem Lebensmittelhandel dafür gesorgt, dass die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen beendet wurde. Damit den Schweinen nicht der Schwanz abgeschnitten wird, haben wir eine Ringelschwanzprämie eingeführt, die viele Nachahmer*innen fand und auch von der CDU-Landwirtschaftsministerin fortgeführt wurde. Unkupierte Schnäbel und Ringelschwänze sind schließlich die besten Indikatoren für das Tierwohl und gelingen nur mit guter Tierbetreuung. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die betäubungslosen Eingriffe beendet und verboten werden. Es gibt zahlreiche weitere tierschutzpolitische Herausforderungen, die wir angehen werden, um an erfolgreiche grüne Politik zum Wohle der Tiere in Niedersachsen anzuknüpfen. Dazu stärken wir die Veterinärämter der Landkreise.

Nach 25 Jahren Tierschutz in der Verfassung des Landes Niedersachsen und 20 Jahren im Grundgesetz ist es Zeit, dass die Nutztierhaltung dem gerecht wird. Nach langwierigen und zähen Verhandlungen ist es den Grünen-Landwirtschaftsminister*innen 2021 endlich gelungen, beim Bund ein Auslaufen der Fixierung von Sauen in Gittern (Kastenständen) zumindest perspektivisch zu erreichen. Die für den Umbau bereitstehenden Fördermittel reichen aber bei weitem nicht aus. Wir werden uns gegenüber dem Bund für wirksame Finanzierungsinstrumente zum Umbau der Tierhaltung einsetzen, Mittel für niedersächsische Betriebe stärker verfügbar machen und um zielgerichtete Landesförderinstrumente ergänzen.

Wir GRÜNEN fordern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese müssen an den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart ausgerichtet und durch eine Fort- und Weiterbildung ergänzt werden. Wir begrüßen, dass

die Ampelkoalition im Bund endlich obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren für tiergerechtere Ställe einführt und die Vorschriften zum Schutz vor Stallbränden verschärft. Ein weiteres Tierschutzproblem in der Tierhaltung besteht noch immer: Niedersächsische Mastschweine und Mastrinder werden viel zu häufig auf Vollspaltenböden gehalten. Das ist mit dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen dies ab und werden eine Haltung mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich beenden. In der Milchwirtschaft stärken wir die muttergebundene Kälberaufzucht, denn Mutter-Kalb-Haltung ist besonders tiergerecht.

Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr kritisch und werden Entwicklungen fördern, die auf die Ausprägung von Merkmalen für tiergerechte Haltung zielen, wie beispielsweise das freie Abferkeln. Das bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wurde bisher nicht ausreichend umgesetzt und ist unvollständig. Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen wir das Qualzuchtverbot in der Nutztierhaltung umsetzen. Das Ziel der neuen Bundesregierung, das Qualzuchtverbot zu konkretisieren, unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen.

Den Antibiotikaeinsatz reduzieren

Noch immer werden in der Tiermast zu viele Antibiotika eingesetzt. Das ist gefährlich für unsere Gesundheit, weil sich Krankheitserreger an Antibiotika gewöhnen und resistent werden. Solche resistenten Keime stecken dann im Fleisch, sie gelangen über die Gülle oder den Geflügelkot in die Umwelt und landen letztlich im menschlichen Körper. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung eine schlagkräftige Überwachungseinheit beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) eingerichtet und den Antibiotikaeinsatz damit deutlich reduziert. Die rot-schwarze Regierung hat diese erfolgreiche Einheit zerschlagen und die Überwachungsaufgabe bei den Landkreisen angesiedelt, denen dafür Personal und häufig auch das Know-how fehlt. Deshalb werden wir GRÜNEN an die erfolgreiche Strategie von 2014 anknüpfen und die dringend erforderliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wieder zu einer Landesaufgabe machen. Besonders beunruhigend ist, dass vor allem in der Geflügelhaltung vermehrt sogenannte Reserve-

antibiotika eingesetzt werden, die üblicherweise in der Humanmedizin genutzt werden, wenn andere Mittel nicht mehr ausreichend wirksam sind. Deshalb muss es sowohl um eine quantitative als auch um eine qualitative Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs gehen. Wir können es uns nicht leisten, durch die Auswüchse der Massentierhaltung auch noch diese Präparate als wirksame Therapeutika zu verlieren. Deshalb treten wir GRÜNEN für ein Verbot von Reserveantibiotika in der Tiermast ein.

Schluss mit langen Tiertransporten

Viel zu viele Tiere werden jährlich lebend über zum Teil lange Distanzen transportiert. Vor allem Transporte von Jungrindern in den Nahen Osten und nach Nordafrika haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundesebene dafür ein, Transporte von Tieren – auch von angeblichen Zuchttieren – ins außereuropäische Ausland mit Transportzeiten von über acht Stunden grundsätzlich zu verbieten. Sämtliche Tiertransporte sind von der Erstverladung bis zur letzten Entladung grundsätzlich auf insgesamt acht Stunden zu begrenzen. Transporte über sechs Stunden müssen grundsätzlich von eine*r zweiten Fahrer*in begleitet werden. Auch innerhalb Deutschlands und der EU planen wir, so die Standards bei Tiertransporten zu verbessern. Dazu wollen wir GRÜNEN außerdem den innerdeutschen Transport zu Schlacht- und Maststätten einschließlich der Wartezeit vor der Abladung am Schlachthof auf maximal vier Stunden begrenzen. Um Verstöße wirksam zu ahnden, setzen wir uns für eine Verschärfung des Strafrahmens und eine Ausweitung der Kontrollen ein. Ein Transport auf nicht zertifizierten Routen muss umgehend untersagt werden.

Mobiles Schlachten, Weideschuss oder dezentrale Schlachteinrichtungen helfen, unnötige Tiertransporte zu verhindern – diese Techniken möchten wir zukünftig gezielt fördern. Die derzeitigen Betäubungs- und Schlachtmethoden stellen wir auf den Prüfstand. Um Fehlbetäubungen im Schlachthof zu verhindern, muss qualifiziertes Personal eingesetzt werden, das zudem mehr Zeit erhält, um die einzelne Betäubung durchzuführen. Daneben gilt es, weniger belastende Betäubungsarten zu entwickeln und die qualvolle Betäubung mit CO_2 zu beenden, wie dies auch die EU fordert. Unser Ziel ist, dass Großbetriebe in Zukunft vom Land kontrolliert werden und die Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird.

Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben

Wir GRÜNEN wollen weitestgehend auf Tierversuche verzichten. Daher treiben wir Alternativen voran und prüfen den vollständigen Verzicht auf Tierversuche in der Hochschullehre. Die Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden entwickeln, werden wir erhöhen und einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben. Wir GRÜNEN werden den Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken. Dazu wollen wir die zuständigen Gremien paritätisch mit Tierschützer*innen besetzen und die Kontrollen ausbauen. Die EU-Tierversuchsrichtlinie gilt es in Niedersachsen konsequent umzusetzen.

Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand – für einen sensiblen Umgang mit Wildtieren

Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein. Um das Katzenelend zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch eine landesweite Kastrationsverordnung regeln und mit Förderprogrammen des Landes begleiten. Die von der Ampelkoalition im Bund angekündigte Identitätsprüfung für den Onlinehandel mit Heimtieren unterstützen wir und setzen uns für ein Verbot des postalischen Versandes von Tieren ein. Hierzu und auch zur Verhinderung von illegalen Tierimporten ist ein koordiniertes Vorgehen der Länder erforderlich. Zudem wollen wir Spontankäufe durch eine stärkere Kontrolle von Tierbörsen sowie den nichtgewerblichen Handel reduzieren.

Der internationale Wildtierhandel gefährdet den Artenschutz und erhöht das Risiko von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten. Die zunehmende Haltung von exotischen Tieren stellt Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor Herausforderungen: Nicht selten sind Halter*innen mit dem Tier überfordert und es landet dann im Tierheim. Wir GRÜNEN werden die Halter*innen von exotischen Tieren frühzeitig mit Hilfe eines Sachkundenachweises dazu befähigen, ihre Tiere so artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung verbundenen Herausforderungen und Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere, insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir setzen uns für eine Positivliste mit für die Haltung in Menschenhand geeigneten Tierarten ein und werden Strategien entwickeln, um das private Horten von übermäßig vielen Tieren (Animal Hoarding) einzudämmen. Wir treiben die Weiterentwicklung der niedersäch-

sischen Gefahrtierverordnung voran und richten eine zentrale Datei für exotische Wildtiere ein, auf die sowohl Veterinär- als auch Naturschutzbehörden Zugriff haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein, dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so tiergerecht wie möglich gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem werden wir Tiergärten so unterstützen, dass sie auch als Auffangstationen für beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten dienen können. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Daher begrüßen wir das Vorhaben der neuen Bundesregierung, eine Positivliste für Wildtiere einzuführen, die nach einer Übergangsfrist noch in Zirkussen gehalten werden dürfen. Für unsere einheimischen Wildtiere wollen wir die derzeitige Jagdausübung überprüfen.

Tierheime stärken

Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch das Land und die Kommunen sichergestellt wird. Wir werden uns für die bessere Unterstützung der Arbeit von Tierheimen einsetzen und ein Förderprogramm zur baulichen Sanierung und energetischen Modernisierung von Tierheimen auflegen. Wir möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige und ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime stärken. Hierzu werden wir einen niedersächsischen Tierschutzpreis ausloben. Daneben wollen wir GRÜNEN die Mitwirkungsrechte der Tierschutzorganisationen im behördlichen Tierschutz weiter stärken und das niedersächsische Gesetz über Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen überarbeiten und weiterentwickeln. Zudem wollen wir eine Evaluierung des niedersächsischen Hundegesetzes voranbringen.

1.7 Moorschutz ist Klima- und Artenschutz

Moore entziehen als CO_2-Senken der Atmosphäre Treibhausgase, sind Lebensraum für seltene Arten und fungieren mit ihrer Schwammfunktion als natürliche Wassermanager und -filter. Doch fast alle unsere Moore sind in einem schlechten Zustand. Entwässert geben sie das in ihnen über mehrere Tausend Jahre gespeicherte CO_2 wieder frei und zersetzen sich immer weiter. Als moorreichstes Bundesland stehen wir hier in besonderer Verantwortung. Rund 11 Prozent der niedersächsischen Treibhausgasemissionen stammen aus trockengelegten Moorböden.

Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden wieder CO_2-Senken. Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz bringen wir Tempo in den Moorschutz und ermöglichen eine besonders effiziente Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in Niedersachsen. Das Aktionsprogramm Niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der Klimaemissionen aus kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und den Klimaschutz. Die Industrie nehmen wir wirksam in die Pflicht, vormalige Torfabbauflächen so zu restaurieren, dass wieder eine torfbildende Vegetation entsteht.

Die Umstellung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung auf moorerhaltende Bewirtschaftungsformen wie Paludikultur, Freiflächensolaranlagen in wiedervernässten Mooren oder extensive Beweidung unterstützen und fördern wir. Das kann auch durch eine Förderung nachhaltiger Dämmstoffe geschehen. Als Torfabbauland Nummer 1 ist für uns GRÜNE klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen werden, aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken müssen. Das Land geht dabei mit gutem Beispiel voran: Es verzichtet auf den Einsatz torfhaltiger Erden auf landeseigenen Flächen, nutzt torffreie Alternativen und achtet bei Neuanpflanzungen darauf, dass diese aus torffreier Anzucht stammen. Wir wollen den Gartenbau und die Kommunen dabei unterstützen, auf torfhaltige Erden immer mehr zu verzichten. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme.

Mit einem Programm *Gärtnern ohne Torf* für den gewerblichen Gartenbau unterstützen wir die schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im Erwerbsgartenbau. Durch das Label „Torffrei aus Niedersachsen“ schaffen wir Transparenz für Verbraucher*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie Alternativen. Innerhalb der EU und gegenüber dem Bund setzen wir uns ein für Moorschutzvereinbarungen mit den weiteren torfreichen EU-Ländern und die Einführung einer wirksamen Torfabgabe auch bei Importen. Auf diese Weise können wir Klimafolgekosten stärker einpreisen, die Torfnachfrage senken und eine bloße Verlagerung des Torfabbaus verhindern.

1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen

Gutes Wohnen ist für uns GRÜNE Grundrecht: Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und leiten die sozial-ökologische Transformation im Gebäudesektor ein. Von knappem und teurem Wohnraum in Städten und Ballungsräumen bis hin zu Leerstand in Teilen des ländlichen Raumes – die Herausforderungen sind vielfältig und unter Rot-Schwarz ist zu wenig passiert, um diese anzugehen. Es braucht den Mut, neue Ideen und Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Gutes Wohnen für alle

Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir GRÜNEN ändern. Wir schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen, modernisieren den Gebäudebestand klimagerecht und vitalisieren die Quartiere und Innenstädte. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die Stärkung des sozialen Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand als auch Milliardeninvestitionen mit dem Niedersachsen-Fonds (vgl. *5.1 Nachhaltig haushalten)* zu ermöglichen, gründen wir eine gemeinnützige Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind beim Erneuern, Bauen und Vermieten Vorreiter*innen für modernen, bezahlbaren Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren Wohnungsbaugesellschaften saniert die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand der öffentlichen Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial – vom Mietshaus bis zum Ministerium. Zudem schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch ressourcenschonendes Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Wo zwingend neu gebaut werden muss, erfolgt dies klimagerecht und flächenschonend. Wir wollen den Anteil öffentlichen Wohnraums sukzessive erhöhen. Immobilien, deren Eigentum ausschließlich der Spekulation dient, behalten wir uns vor, zu vergesellschaften.

Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken Bauträger, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial- und Mietpreisbindungen eingehen. Auch bereits bestehende Wohnungsgenossenschaften unterstützen wir weiterhin bei ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue Wohngemeinnützigkeit auf den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus:

Nach dem Vorbild anderer Bundesländer honorieren wir verstärkt ökologisches, energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten. Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit attraktiver gemacht werden. Die entsprechende Anpassung baurechtlicher Vorschriften für bestehende Gebäude im Außenbereich bzw. entwidmete Höfe treiben wir voran. Insbesondere ist Klimaschutz auch bei denkmalgeschützten Bauten stärker zu berücksichtigen, um z.B. die Installation von PV-Modulen zu erlauben oder auch die Nutzung von Wärmepumpen. Den Trend zu Schottergärten und versiegelten Flächen wollen wir umkehren. Das bestehende Verbot von Schottergärten nach der niedersächsischen Bauordnung werden wir konsequent umsetzen und stattdessen Anreize für naturnahe, insektenfreundliche Gärten geben.

*Mietpreisbremse konsequent anwenden und Mieter*innenberatung ausbauen*

Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse, wo immer im Land notwendig, angewendet werden kann und stärken die Vorkaufsrechte von Kommunen bei Immobilien- und Grundstücksveräußerungen. Immer mehr Wohnungen werden dem Mietmarkt entzogen und profitabel als Ferienwohnung oder möblierte Short-Term-Rentals genutzt – nicht nur auf den Ferieninseln. Deshalb planen wir, das Zweckentfremdungsgesetz nachzuschärfen und den Kommunen zu ermöglichen, es überall zur Anwendung zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt sind Mieter*innen ihren Vermieter*innen aufgrund des knappen Angebots an Wohnraum nicht selten ausgeliefert. Mangelnde Kenntnis der Rechtslage führt dann oft dazu, dass Vermieter*innen regelwidrig Mietpreise erhöhen, Kautionen nicht richtig verwahren oder viel zu hohe Mieten verlangen. Wir weiten die Mieter*innenberatung aus und richten eine landesweite Hotline ein, bei der Bürger*innen eine kostenlose Miet- und Mietrechtsberatung erhalten. Einen besonderen Fokus legen wir hierbei auf Fragen der Diskriminierung auf dem Mietmarkt.

Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Wohnraumschutz und wollen gutes

Wohnen für alle zum Standard machen – auch für Gemeinschaftsunterkünfte etwa für Erntehelfer*innen oder Beschäftigte in der Schlachtbranche. Die im Wohnraumschutzgesetz verankerten Standards machen wir auch für Gemeinschaftsunterkünfte verbindlich. Zusätzlich stärken wir die Wohnraumaufsicht, um eine konsequente Einhaltung des Gesetzes für menschenwürdiges Wohnen sicherzustellen. Für Menschen in Wohnungsnotfällen wollen wir Fachstellen einrichten, die sie kurzfristig vor Obdachlosigkeit schützen.

Menschen aus der Wohnungslosigkeit begleiten

Die zunehmende Wohnungsnot und die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt hat auch die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigen lassen. Mehr als zehntausend Menschen in Niedersachsen sind betroffen. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren, werden sie in einem elementaren Grundrecht beschnitten. Wir sorgen dafür, dass das Recht auf Wohnen für alle Menschen in Niedersachsen eingelöst und Obdachlosigkeit deutlich verringert wird. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen Obdachlosigkeit ist, zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Es gibt Fachstellen zur Wohnungssicherung, die tätig werden, wenn Wohnungsverlust droht. Dieses bereits vorhandene kommunale Netz muss gestärkt und weiter ausgebaut werden. Auch wollen wir dafür sorgen, dass möglichst flächendeckend Hilfsangebote greifen, um Mieter*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen zu unterstützen. Einen erfolgversprechenden Ansatz, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu begleiten, verfolgen Housing-First-Projekte. Es hat sich gezeigt, dass viele soziale Probleme erst dann gut angegangen werden können, wenn Menschen wieder in einer Wohnung leben. Mit Housing First wird Wohnungslosen eine Wohnung in Kombination mit sozialer Unterstützung angeboten. Die Betroffenen werden dann, sobald sie eine Wohnung haben, je nach Situation bei der Beantragung von Sozialleistungen und dem (Wieder-)einstieg ins Berufsleben begleitet. Mit einem Landesprogramm gegen Wohnungslosigkeit werden wir Housing-First-Projekte gezielt fördern, Obdachlosenunterkünfte und soziale Unterstützungsmaßnahmen ausbauen und die Förderung der langfristigen Mieter*innenbegleitung für Wohnungslose verbessern. Wir wollen ein Sonderprogramm Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen und Wohnungslose als Teil der sozialen Wohnraumförderung auflegen, den Ankauf von Belegrechten unterstützen und gemeinsam

mit den Kommunen dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Risiken der Vermietung von Wohnraum an Personen in besonderen Problemlagen aufgefangen werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist auch für die große Zahl von wohnungslosen Migranten*innen und Geflüchteten wichtig. Bei Unterstützungsprogrammen werden wir geschlechterspezifische Unterschiede in den Fokus nehmen und spezielle Angebote für wohnungslose Frauen schaffen, wo diese noch nicht vorhanden sind. Dies werden wir mit den Kommunen angehen.

Nachhaltig bauen und sanieren – Klimaschutzpotenziale heben

Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung der $C0_2$-Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Gebäude sind die Rohstofflager der Zukunft – Wiederverwendung und Recycling der Baumaterialien denken wir bereits im Planungsprozess mit. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss, Deponie und Rohstoffkosten sowie die Energiekosten für den Bau des Gebäudes und die Herstellung der Baumaterialien. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets Vorrang vor Abriss. Bereits beim Neubau denken wir mit, dass die Gebäude zurückgebaut oder recycelt werden können. Ziel ist eine wirkliche Kreislaufwirtschaft, die Müll erst gar nicht entstehen lässt. Wir integrieren entsprechende Auflagen zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Baustoffen und Bauprodukten in bestehende Förderprogramme, unterstützten die Kommunen bei der verpflichtenden CO_2-Bilanzierung und bringen ein Programm für den Einsatz von Recycling-Baustoffen auf den Weg. Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima- und Nachhaltigkeitsagentur weiter – mit mehr Kompetenzen auch im Bereich Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen. Wir legen einen Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf. Durch die Aufnahme der sogenannten "grauen Energie" in die Langzeitbetrachtung eines Gebäudes soll eine bessere Vergleichbarkeit zwischen Neubauten und Sanierung im Bestand erreicht werden.

Wir GRÜNEN bringen die energetische Sanierung voran. Das senkt CO_2-Emissionen und reduziert Wohnkosten. Die vorhandenen Förderinstrumente stellen wir auf den Prüfstand und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

Das Fördermittelvolumen werden wir an der Nachfrage ausrichten und die Beratung ausbauen: Jeder Person, die energetisch sanieren will, bieten wir Unterstützung an. Um die Sanierungsrate schnell und effizient zu erhöhen, stärken wir die Möglichkeiten der seriellen Sanierung. Dabei verlieren wir die ökologischen Aspekte nicht aus den Augen. Auch bei der energetischen Sanierung setzen wir auf nachwachsende bzw. baubiologisch unbedenkliche Dämmstoffe. Dämmstoffe auf Erdölbasis und nicht trennbare Verbundwerkstoffe lehnen wir für landeseigene Gebäude ab. Unsere grüne Wärmewende ist eine soziale: Wir flankieren die energetischen Sanierungen mit einem Förderprogramm zur Wärmewende, das gezielt bei unteren Einkommensgruppen ansetzt und dazu beiträgt, dass die Gesamtmieten nicht steigen. Dies bedeutet, gerade in Altbauten die stärkere energetische Sanierung oder den Austausch von Öl- und Gasheizungen gegen erneuerbare Energien so zu fördern, dass die Einsparungen bei Öl und Gas höher sind als die Mehrkosten durch die Investition. So wird vor allem an immer teurer werdenden Heizkosten gespart. Durch dieses Förderprogramm profitieren alle. Vermieter*innen bekommen ein energiesparenderes, modernes Gebäude – die Mieter*innen senken die Heizkosten und leben in einem klimaverbesserten Gebäude. Wir starten eine Fachkräfteinitiative in Niedersachsen, um langfristig für klimafreundliches Bauen und Sanieren ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung zu haben. Durch den Fokus auf Altbauten mit hohen Energieverbräuchen und einkommensschwachen Mieter*innen schützen wir wirksam das Klima und halten die Gesamtmiete mindestens stabil.

Mit der Solardachpflicht, einem Förder- und Ausbauprogramm für klimaneutrale Wärmepumpen auf Basis erneuerbarer Energien, Geothermieanlagen und Kleinwindrädern bringen wir die Energiewende in den Gebäudesektor. Besondere Synergieeffekte für Energiegewinnung, nachhaltige Gebäudekühlung und ein gesundes Stadtklima bietet die gezielte Kombination von Solar- und Gründächern, die wir besonders honorieren werden. Mieter*innen profitieren von der gebäudeeigenen Energiegewinnung durch Mieterstromangebote. Um den Anteil an erneuerbaren Energien beim Heizen auszubauen und das fossile Zeitalter auch im Heizungskeller zu beenden, bringen wir nach Vorbild Baden-Württembergs ein eigenes Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf den Weg. Mit diesem werden wir schrittweise verpflichtende Mindestquoten

für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder Sanierung einführen (vgl. *1.2 Energiewende gestalten)*. Wir wollen ebenso die Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Regenwasser-Retention vorantreiben.

Das Land als Bauherr wird mit der neuen Landesgesellschaft für Klima und Wohnen Vorreiter bei der Energiewende im Gebäudebestand sein. Wir stellen klimagerechte Standards für landeseigene Gebäude auf, sanieren diese grundsätzlich mit kreislaufgerechten Materialien und nutzen soviel erneuerbare Energien wie möglich. Nach einem festen Zeit- und Fahrplan machen wir die öffentlichen Gebäude bis 2035 klimaneutral und fangen mit der Sanierung der klimaschädlichsten Altbauten an. Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber dem Preis und legen ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des Vergaberechts zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können.

Baurecht modernisieren – Baudenkmäler erhalten

Die Landesbauordnung braucht ein Update. Wir passen sie an die Klima- und Nachhaltigkeitsziele an und entwickeln sie zu einer „Umbau-Ordnung" weiter, die die dringend notwendige Sanierung und noch bessere Nutzung von Bestandsgebäuden in den Vordergrund rückt. Das ökologische und klimaschonende Bauen, den Einsatz von alternativen Baustoffen wie Stroh und Holz und die Sanierung von Bestandsbauten stärken wir GRÜNEN – beispielsweise durch Abweichungen von Neubaurichtlinien und die Erleichterung der Zertifizierung von umweltgerechten und recycelten Baustoffen. Für den Einsatz von Recycling-Baustoffen legen wir Mindestquoten fest, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Bei Neubau und grundlegender Dachsanierung verankern wir eine Solarpflicht sowohl bei gewerblichen als auch bei privaten Gebäuden. Wir vereinfachen den Dachgeschossausbau, beispielsweise mit Blick auf die Anforderungen der Barrierefreiheit, und verbessern die Möglichkeiten zu unterschiedlichen Nutzungen auf einem Grundstück. Mischgebiete erleichtern wir und bringen so gemeinsam mit den Kommunen Modelle wie *Wohnen über dem Supermarkt* voran. Insbesondere in Großstädten, wo durch die Stärkung der autofreien Innenstädte und den Ausbau niedrigschwelliger Carsharing-Angebote immer weniger Haushalte ein eigenes Auto haben, schaffen wir

die Stellplatzvorgaben ab. Die Bauverwaltung stärken wir, um zielorientierten Vollzug zu ermöglichen und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmälern aus unterschiedlichen Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor Herausforderungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich daher zu einer Baukultur, die die Tradition und Eigenart unserer Städte und Dörfer bewahrt und zugleich deren Zukunftsfähigkeit sichert. Dies beinhaltet einen innovativen und nachhaltigen Umgang mit der historischen Bausubstanz im Sinne eines lebendigen Denkmalschutzes. Viele der in Niedersachsen unter Denkmalschutz stehenden Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches Bauen. Diese werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer Energien umstellen. Dazu wollen wir das Denkmalschutzgesetz novellieren und nehmen Barrierefreiheit sowie den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf. Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung reversibler Solaranlagen auf denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab. Zur Verringerung des Konfliktpotenzials vor Ort muss das Landesamt für Denkmalpflege finanziell so ausgestattet werden, dass es in die Lage versetzt wird, die Mitarbeiter*innen in den Unteren Denkmalschutzbehörden adäquat fortzubilden. Darüber hinaus unterstützen wir alle Initiativen, die den öffentlichen Dialog und die Partizipation in Fragen des Denkmalschutzes stärken und ein Beratungsangebot für die Sanierung historischer Gebäude zur Verfügung stellen –wie zum Beispiel Netzwerke ehrenamtlicher Berater*innen oder die Gründung von Genossenschaften.

Baukultur ist ein wichtiger Baustein für eine lebenswerte Umgebung, sei es in der Stadt oder auch auf dem Land. Gebäude und städtebauliche Strukturen schaffen Identifikation mit der gebauten Umwelt. Baukulturelle Aspekte spielen deshalb bei den Überlegungen zu Sanierung, Umbau, Umnutzung und Gestaltung eine wesentliche Rolle. Das soll sich auch in der Baugesetzgebung niederschlagen.

1.9 Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten

Was wären unsere Städte ohne ihr Umland, was die ländlichen Räume ohne die Städte? Die aktuellen Herausforderungen von Klimakrise bis zur Coronapandemie zeigen, wie wichtig es ist, die Stadt-Land-Beziehungen und regionalen Kreisläufe zu stärken. Von eng verzahnten Verkehrsverbünden, regionalen Innovationssystemen und Wirtschaftsclustern, Energie-, Kreislaufwirtschafts- und Ernährungssystemen über soziale Infrastrukturen und vernetzte Naturräume bis zu regionalen Kultur-, Erholungs- und Tourismusangeboten – das bringen wir gemeinsam mit Akteur*innen vor Ort auf den Weg.

Wir GRÜNEN denken Landesentwicklung ganzheitlich und stellen die Besonderheiten und Wechselbeziehungen aller Regionen in den Mittelpunkt. Es bedarf endlich eines echten Landesentwicklungsplans, der die verschiedenen Fachstrategien zusammenführt und Basis für regionale Handlungsstrategien sowie Planungs- und Förderinstrumente ist. Das Landesraumordnungsprogramm machen wir zu einem Gestaltungsinstrument für die ökologische Transformation und stimmen alle Planungen auf die Umwelt- und Klimaziele ab. Um den Windenergieausbau schneller voranzubringen, werden wir 2,5 Prozent der Landesfläche als geeignete Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15 Prozent der Landesfläche in ein Biotopverbundsystem überführen. Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt, wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

Klimaschonende Siedlungsentwicklung – Flächenverbrauch stoppen

Ab sofort werden wir den Flächenverbrauch bis 2030 in konkreten Schritten verbindlich auf unter drei Hektar pro Tag bringen und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null. Negative Einflüsse auf an Bauvorhaben angrenzende FFH-Gebiete müssen vermieden und ausreichende Abstände zur Bebauung festgelegt werden. Siedlungsgebiete sollen eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran. Gleichzeitig wollen wir gegen eine

weitere Zersiedlung ländlicher Räume diese Zielsetzung landesplanerisch klarer definieren und verbindlicher umsetzen.

Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der Kommunen bei der örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten zur Bevorratung, zum Verkauf und zur Verpachtung von Flächen im Sinne des Gemeinwohls. Wo möglich, räumen wir GRÜNEN den Kommunen im Rahmen unseres Grundstücksverkehrsgesetzes bessere Vorkaufsrechte für Baugrundstücke ein. Außerdem reformieren wir die Landeshaushaltsordnung und die Grundstücksveräußerungsrichtlinien, damit Grundstücke des Landes für Zwecke des geförderten Wohnungsbaus, für soziale und kulturelle Zwecke sowie für Träger öffentlicher Belange auch unter dem Marktwert verkauft werden können. Wir stärken die Flächenkreislaufwirtschaft, z. B. durch überregionale Flächenpools, intelligente Flächenzertifikatssysteme, den Einsatz von Flächen- und Leerstandsmanager*innen. Mit Modellprojekten zum generationenübergreifenden Gebäude- und Flächentausch wie „Jung kauft Alt“ oder Wohnungstauschbörsen, bringen wir flächenschonende Wohnformen voran. Zudem wirken wir damit dem Effekt entgegen, dass Erfolge der Senkung des Energieverbrauchs pro Quadratmeter durch immer größere Wohnflächen pro Person zunichtegemacht werden. Werden im Ausnahmefall neue Baugebiete ausgewiesen, müssen diese klimaneutral sein. Eine zentrale, klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung zum Beispiel mittels Solarenergie oder Geothermie muss bei der Quartiersentwicklung eingeplant werden. Städtebauliche Konzepte, die flächenschonendes Bauen und/oder Quartierssanierungen im Blick haben, wollen wir gezielt durch entsprechende Programme fördern. Auch die kreative Umnutzung bestehenden Wohnraums wollen wir unterstützen. Die Ertüchtigung bisher ungenutzter Einliegerwohnungen oder Dachgeschosse sowie die Aufteilung großer Wohnräume bieten viele Chancen, um der Wohnraumknappheit entgegenzuwirken und gleichzeitig gemeinschaftliche Wohnkonzepte, wo sinnvoll und gewünscht, zu entwickeln.

Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume

Städte sind kleine Ökosysteme mit einem Mikroklima – ein gesundes Stadtklima ist elementar für attraktive urbane Räume. Wir werden Modellprojekte zur Umsetzung von klimaneutralen Quartieren und Klimaanpassungsmaßnahmen wie Starkregenvorsorge verstärkt fördern. In verdichteten

Innenstädten schaffen wir Anreize, um Flächen zu entsiegeln, das Stadtgrün zu erhalten und bunte vielfältige Gründächer zu gestalten. Dies verbessert das Stadtklima und macht Städte attraktiver und lebenswerter (vgl. *2.1 Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden)*.

Innovative Idee zur Stadtentwicklung bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von vielfältigen Modellprojekten voran und unterstützen diese beim Best-Practice-Austausch – von Smart Cities über Schwammstädte bis zu lokalen Ökonomien. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in Innenstädten setzen wir Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für gemeinnützige Akteur*innen oder kulturelle Träger*innen und bauen bestehende Hemmnisse für diese im Baurecht ab.

Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens ermöglichen ganz neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange Wege. Neben einer guten Verkehrs- und Internetanbindung und wohnortnaher Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der Dorfentwicklung. Wir bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran, die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen bündeln. Dorfläden und -büros sowie Co-Working-Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir. Der Zusammenhalt von Nachbarschaften in Dorf und Stadtquartieren ist keine Selbstverständlichkeit. Eine gute Stadtplanung, die menschenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive Unterstützung von sozialen Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu stärken und resilienter zu machen. Wir haben vor, die Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftsinitiativen, Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteiltreffs gemeinsam mit den Kommunen zu stärken (vgl. S. 192 *Zivilgesellschaft unterstützen)*.

Innovationscluster und Modellregionen stärken die regionale Wertschöpfung und beleben ländliche Räume. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir heben wollen. Großflächige Einzelhandelsansiedlungen auf der grünen Wiese und Outlet-Center an Autobahnen hingegen lehnen wir ab. Sie ziehen Kaufkraft aus den Innenstädten und Dorfkernen ab und lösen unnötige neue Verkehrsströme aus (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen)*.

*Starke Verbraucher*innen*

Bei der Transformation zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesell-

schaft spielen Verbraucher*innen eine Schlüsselrolle. Verkehrs-, Ernährungs-, Energie- und Wärmewende, Divestment, Digitalisierung – all dies gelingt nur mit Verbraucher*innen. Eine bewusste Entscheidung der Verbraucher*innen bedarf verlässlicher Information. Erste Anlaufstelle ist unsere niedersächsische Verbraucherzentrale, die wir fit für die Themen der Zukunft machen. Wir bauen sowohl digitale Beratungsangebote als auch die Vor-Ort-Beratung in der Fläche weiter aus. Dazu testen wir auch neue Modelle wie die mobile Beratung. Das thematische Beratungsspektrum und die Marktwächterfunktion müssen entlang der aktuellen Herausforderungen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Ernährung, Energie, Finanzen und Vorsorge, Medien, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die Verbraucher*innen brauchen aber nicht nur Beratung, sie brauchen auch ein*e Anwält*in für ihre Rechte. Die Verbraucherzentrale unterstützen wir daher dabei, die Möglichkeit der neuen Europäischen Verbandsklagerichtlinie aktiv nutzen zu können und als Klägerin eine Musterfeststellungsklage zu führen.

Gutes Essen für alle

Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat das Potenzial, eine richtungsweisende, zukunftsfähige Ernährungslandschaft zu gestalten. Stadt und Land, Produzent*innen und Konsument*innen, Tradition und Moderne zusammen zu denken, ist unser grünes ernährungspolitisches Leitbild. Eine Ernährungsstrategie auf dem Papier allein reicht nicht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sie um. Dabei beziehen wir die Ernährungsräte aktiv ein, die sich in immer mehr niedersächsischen Städten und Kommunen bilden.

Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine. Wir wollen, dass es dort gutes, gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener „House of Food“ und die Berliner „Kantine Zukunft“ zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft aussehen kann – mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der Umstellung zu mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche Beratungsangebote für Kantinen von der Kita bis zum Mobilitätsunternehmen schaffen, damit diese erfolgreich auf mehr Bioprodukte umstellen. Zudem bringen wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg. Wir wollen das Angebot pflanzlicher Ernährung in Schulen und Kitas stärken (vgl. *3.2 Grüne Politik macht Schule).*

Noch immer landen zu viele Lebensmittel in der Tonne. Wir ergreifen Maßnahmen, um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Lebensmittelretter*innentüten, Nochlänger-gut-Aktionen, Überraschungstüten zu Ladenschluss zum günstigen Preis, lokale Fairteilerstationen oder Angebote der Tafeln – diese vielfältigen Ansätze bringen wir voran. Für besonders innovative Projekte loben wir einen Lebensmittelretter*innen-Preis aus. Das Containern muss endlich entkriminalisiert und das Mindesthaltbarkeitsdatum modernisiert werden. Aktuelle Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Niedersachsen. Lebensmittelverschwendung fängt häufig schon bei der Ernte an. Damit weniger Reste auf dem Feld liegen bleiben, stärken wir alternative Absatz- und Vermarktungswege für krummes Gemüse sowie Erntereste und nutzen Spielräume bei der Anwendung von Vermarktungsnormen. In der Außer-Haus-Verpflegung schaffen wir ein stärkeres Bewusstsein für das Entstehen der Lebensmittelabfälle und setzen Modellprojekte zur Reduktion um, beispielsweise in der Schulverpflegung.

Förderstrategie zur Entwicklung von Stadt und Land aus einem Guss

Die Ämter für regionale Landesentwicklung stärken wir als regionale Förderinstitutionen für die Flächen- und Strukturförderung in Niedersachsen, um so eine optimal an den regionalen Bedürfnissen orientierte Förderung zu gewährleisten. Die regionalen Programme der EU-Struktur- und Flächenfonds und die verschiedenen Landessprogramme richten wir daran aus, dass sie die sozial-ökologisch Transformation gestalten, vielfältige soziale Infrastrukturen schaffen und nachhaltige Mobilitätsangebote für alle ermöglichen. Unsere grüne Förderstrategie greift sowohl die Ziele des europäischen Green Deals als auch die von unten entwickelten Regionalen Handlungsstrategien konsequent auf. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen. In klimarelevanten Förderprogrammen schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO_2-Einsparungen erzielen. Wir stärken die Beratung für Antragsteller*innen, von den Kommunen bis zur ehrenamtlichen Initiative, vereinfachen den Antragstellungsprozess, verbessern die Möglichkeiten zur digitalen Antragstellung und entwickeln neue Instrumente zur Wirkungs- und Erfolgsmessung.

2. Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

2.1 Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden

Wasser ist Leben – sauberes Wasser ist Lebensgrundlage

„Wasser ist ein Menschenrecht – keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt und sorgsam behandelt werden muss", so formuliert es die Nationale Wasserstrategie. Doch unser Wasser steht unter Druck. Ob Nitrat oder Medikamentenreste: Immer mehr Schadstoffe belasten Grundwasser, Bäche und Flüsse. Die Klimakrise verschärft das Problem. Der Schutz unseres Grundwassers ist von zentraler Bedeutung. Statt die EU-Kommission weiterhin zu Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Umsetzung europäischer Richtlinien zu veranlassen, setzen wir uns für konsequenten Grundwasserschutz ein. Der Wasserschutz ist in den letzten Jahren massiv unterfinanziert gewesen, Fortschritt wurde kaum erreicht. Wasserschutz muss in den politischen Fokus rücken. Wir sorgen dafür, dass wir auch in Zukunft immer sauberes und bezahlbares Wasser zur Verfügung haben. Die Dürresommer haben gezeigt: Nutzungskonkurrenzen um die Ressource Wasser werden zunehmen und es muss stärker in die Vorsorge investiert werden.

Wir GRÜNEN passen daher das Niedersächsische Wassergesetz an die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an. Den Landkreisen geben wir bei Genehmigungsverfahren zu Grundwasserentnahmen die Möglichkeit eines vorsorglichen Klima-

puffers. Für die Umsetzung dieser Ziele werden wir die zuständigen Behörden und Dienste mit fachlich versiertem Personal in ausreichender Stärke ausstatten. Durch die rasante Änderung unseres Klimas müssen zur Ermittlung der nutzbaren Grundwasserressourcen aktuelle Messdaten sowie Klimaprognosen zugrunde gelegt werden. Den Einsatz moderner Effizienz- und Kreislauftechnologien befördern wir durch strengere Vorgaben für Wasserrechtsverfahren. Genehmigungen zur Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser darf es in Zukunft nur geben, wenn der Bedarf durch Effizienztechnik minimiert und das Potenzial von Alternativen wie der Nutzung von Prozess-, Regen- oder Brauchwasser ausgeschöpft ist.

Wir sorgen dafür, dass ökologische Aspekte bei der Gewässerunterhaltung berücksichtigt werden. Die Ausnahmen bei der Wasserentnahmegebühr für die Erdöl- und Erdgasindustrie, den Sand- und Kiesabbau und den Abbau von Bodenschätzen streichen wir. Mit einem Vorteilsmaßstab bei den Beiträgen zu den Wasser- und Bodenverbänden ähnlich wie in Schleswig-Holstein berücksichtigen wir den Vorteil von Laubwald- und Moorflächen für den Gewässerschutz, die Grundwasserneubildung und die Starkregenvorsorge. Den Nährstoffüberschuss bauen wir durch wirksame Düngerechtskontrollen und eine flächengebundene Tierhaltung ab (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik)*.

Wir gehen gegen die Verbreitung von Nitrat, multiresistenten Keimen, Antibiotika- und Medikamentenrückständen, Mikroplastik und weiteren Spurenstoffen in unseren Bächen, Flüssen und Seen vor. Dabei haben für uns die Bekämpfung an der Quelle und das Verursacherprinzip Priorität. Mit einer aktualisierten Antibiotika- und Medikamenten-Minderungsstrategie für Tier und Mensch führen wir die Erfolge aus grüner Regierungszeit fort. Mit einer Untersuchung zur Belastung von Böden und Gewässern mit Mikroplastik schaffen wir einen Überblick über die Ist-Situation und leiten darauf aufbauend gezielt Maßnahmen ein, um (Mikro-)Plastikeinträge zu reduzieren. Um die steigenden Kosten bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung aufzufangen, setzen wir uns für einen Verursacherfonds ein, um damit die Produktverantwortung der Medikamentenhersteller zu stärken.

Die Salzeinleitungen durch den Konzern K+S wollen wir GRÜNEN bis spätestens 2027 beenden. Unsere Weser ist kein Abwasserkanal für Millionen Tonnen Industrieabfälle. Weitere Verschiebungen der Umset-

zung der Wasserrahmenrichtlinie und der 2016 vereinbarten Absenkung der Grenzwerte an Werra und Weser sind für uns nicht akzeptabel. Wir sehen die Kaliindustrie in der Verantwortung, ihre Altlasten zu sanieren. Die Ablagerung von Bauschutt auf den Kalihalden ist nicht geeignet, Salzauswaschungen in Gewässer zu stoppen. Wir haben vor, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und Kalirückstände primär in die Bergwerke rückzuversetzen oder alternativ aufzubereiten. Die bisherige Praxis des Flutens der Bergwerke mit Süßwasser ist zu stoppen. Dafür streben wir auf Bundesebene eine entsprechende Änderung des Bundesberggesetzes und auf Landesebene der Allgemeinen Bergverordnung an.

Keine Flussvertiefung und neue Wege beim Baggergut

Die Vertiefungen von Elbe, Weser und Ems lehnen wir weiterhin ab und machen uns für ein norddeutsches Hafenkonzept stark (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen)*. Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die zu einer deutlichen Reduzierung des anfallenden Baggerguts führen. Zur Behandlung des mit Schadstoffen belasteten Baggerguts aus den norddeutschen Seehäfen – insbesondere dem Hamburger Hafen – streben wir eine Trennungs- und Verwertungsanlage an Land an. Eine Verbringung der Schlämme in das Küstenmeer muss vollständig unterbleiben, eine Verbringung in das offene Meer kann höchstens noch für eine begrenzte Übergangszeit hingenommen werden.

Lebendige und gesunde Bäche, Flüsse und Seen

Nur vier Prozent der niedersächsischen Bäche, Flüsse und Seen sind in einem guten ökologischen Zustand – dabei soll dieser nach EU-Wasserrahmenrichtlinie nach zweimaliger Fristverlängerung bis spätestens 2027 für alle Gewässer erreicht sein. Wir GRÜNEN legen mit dem Gewässerentwicklungsplan *200 wilde Bäche für Niedersachsen* ein priorisiertes Maßnahmenprogramm für die Renaturierung von Oberflächengewässern vor, um endlich Bewegung in die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu bringen. Wir werden ausreichend Mittel für diese Maßnahme zur Verfügung stellen und die Flächenakquise erleichtern. Wir schaffen außerdem klare Zuständigkeiten für die Umsetzung der ökologischen Gewässerentwicklung, insbesondere auch für die Gewässer dritter Ordnung, und entlasten die Unterhaltungsverbände von Planungs- und Finanzierungsrisiken. Bis 2023 evaluieren wir das aktuelle System und prüfen, für welche Gewässer die ökologische Gewässerentwicklung

vom Land auch in Vorbildfunktion selbst übernommen werden sollte. Wir führen darüber hinaus verbindliche Sachkundenachweise mit Schulungen für die naturverträgliche Durchführung von Unterhaltungsarbeiten an Gewässern ein. Bei unseren Förderprogrammen nutzen wir auch gezielt die Synergien zwischen Wasser- und Naturschutz und verknüpfen die Umsetzung von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie.

Die Wasserkraftnutzung muss mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und dem Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Dazu müssen bestehende Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden und dürfen nicht weiter unsere Flüsse und Bäche blockieren. Bestehende Wasserkraftanlagen müssen so ausgestattet werden, dass sie den Wanderungsbewegungen der Fische keine unüberwindbaren Hindernisse in den Weg stellen.

Klimafolgenanpassung: Zu viel und zu wenig Wasser sind zwei Seiten einer Medaille

Durch die Klimakrise werden wir in Niedersachsen in Zukunft mehr Dürresommer und Starkregenereignisse haben. Ein kluges ökologisches Wassermanagement hilft sowohl bei regenreichen als auch bei regenarmen, trockenen und heißen Tagen und ist unabdingbar für die Klimafolgenanpassung. Wir helfen dabei, unsere niedersächsischen Kommunen zu Schwammkommunen und Green Cities weiterzuentwickeln. Die Biodiversität und Begrünung unserer Kommunen, die Stärkung des Wasserrückhaltes und das natürliche Versickern durch die Begrünung von Dächern, Fassaden und öffentlichen Flächen unterstützen wir auf Landesebene mit vielfältigen bestehenden Förderangeboten, die wir bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für uns gilt das Prinzip: Grün statt Grau. Auch die Umwandlung naturferner Nadelforste zu naturnahen Laubwäldern ist ein wichtiger Beitrag zur Grundwasserneubildung. So kann genug Grundwasser neu entstehen und durch ausreichend Versickerungsflächen wird der Hochwasserschutz gestärkt. Die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden steigt und im Sommer sind die Menschen besser gegen Hitzeereignisse gewappnet. Mit Blick auf die besonders schutzbedürftigen Menschen – z. B. diejenigen ohne festen Wohnsitz – fordern wir frei zugängliche Trinkwasserquellen in Innenstädten. Eine ausreichende Starkregenvorsorge findet in den meisten Kommunen aktuell nicht statt. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erarbeitung von Starkregen-

vorsorgekonzepten und schaffen im Niedersächsischen Wassergesetz analog zu Nordrhein-Westfalen eine Finanzierungsgrundlage für die Starkregenvorsorge.

Ökologischer Hochwasserschutz dient gleichzeitig der öffentlichen Sicherheit und dem Naturschutz. Flüssen und Auen geben wir wieder mehr Raum und schaffen Durchlässigkeit. An Flüssen wie der Elbe werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern im Laufe der Legislaturperiode Gesamtkonzepte umsetzen und dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Zur Bereitstellung von Flächen für den Hochwasserschutz kann die ökologische Flurbereinigung ein geeignetes Mittel sein. Moore vernässen und restaurieren wir und geben ihnen ihre Funktion als natürliche Schwammflächen zurück (vgl. *1.7 Moorschutz ist Klimaschutz).*

Saubere Luft zum Atmen

Ohne saubere Luft können wir nicht leben. Hier zeigt sich besonders, dass Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Menschen mit geringem Einkommen können es sich oft nicht aussuchen, ob sie an vielbefahrenen Straßen oder in der Nähe von Kraftwerken leben oder arbeiten. Doch beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken oder eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben. Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit müssen flächendeckend eingehalten werden. Der Umstieg auf saubere, klimaneutrale Mobilität, die Begrünung unserer Kommunen, der Ausstieg aus der Massentierhaltung und das Erzeugen sauberer grüner Energie statt der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas machen auch unsere Luft sauberer. Wir unterstützen darüber hinaus die Kommunen bei der luftqualitätsgerechten Stadt- und Gemeindeplanung.

Unsere Böden schützen

Böden sind unsere Lebensgrundlage: Sie filtern das Wasser, regulieren unser Klima und sind die Grundlage für unsere Nahrungsmittelproduktion. Durch Versiegelung, Übernutzung und Erosion geht jedoch ständig wertvoller Boden verloren. Unser Ziel ist, den Flächenfraß zu reduzieren (vgl. *1.9 Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten).*

Landwirt*innen unterstützen wir dabei, bodenschonender und schadstoffreduzierter zu arbeiten und den Humusaufbau zu stärken (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).* Auch unsere Böden sind von Mikroplastik verschmutzt. Die Folgen der Anreicherung der kleinen Plastikteilchen sind jedoch wenig erforscht. Wir setzen uns für das Vorsorgeprinzip und daher für eine möglichst plastikarme Land- und

Bauwirtschaft ein. Dazu führen wir unter anderem ein Pfandsystem für Ackerfolien ein.

2.2 Für die Artenvielfalt

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist für unser Überleben von grundlegender Bedeutung und von Beginn an das zentrale Anliegen von uns GRÜNEN. Das Artensterben ist eine der größten ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Folgen sind gravierend und irreversibel, bereits massiv sichtbar und in ihrer Konsequenz für das Leben auf unserem Planeten nicht absehbar. Wir wollen den Reichtum unserer biologischen Vielfalt und unserer Lebensräume erhalten und schützen. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund (NABU) und dem Berufs- und Erwerbsimkerbund haben wir GRÜNEN im Frühsommer 2020 ein Volksbegehren Artenvielfalt. Jetzt! gestartet. Die breite Beteiligung niedersächsischer Bürger*innen hat deutlich gemacht: Wir müssen mehr für die Erhaltung unserer heimischen Arten und ihrer Lebensräume tun. Die rot-schwarze Landesregierung war gezwungen, die Ziele und Gesetzesvorschläge des Volksbegehrens weitgehend zu übernehmen und das Naturschutz-, Wasser- und Waldgesetz endlich zu ändern.

Leider vernachlässigen SPD und CDU die Umsetzung. Viele Förderprogramme sind noch immer nicht auf den Weg gebracht und Verordnungen für mehr Natur- und Artenschutz lassen auf sich warten. Wir GRÜNEN werden die infolge des Volksbegehrens im Niedersächsischen Weg getroffenen Vereinbarungen wirksam umsetzen, wie z. B. die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiesenvogelschutzprogramme oder ein besseres Monitoring bedrohter Arten (Rote Listen). Zudem unterstützen wir die Naturschutzbehörden dabei, ihre dadurch entstandenen neuen Aufgaben zielgerichtet wahrzunehmen. Wir werden zusätzliche Anreize zur Renaturierung von Wäldern, Mooren, aber auch artenreichem Grünland schaffen. Für bedrohte Arten legen wir besondere Schutzprogramme auf. Doch all das reicht nicht, um das Artensterben wirklich zu beenden. Wir werden deshalb das Ziel der EU, 30 Prozent der Landfläche wirksam zu schützen, schrittweise umsetzen und vor allem in den Schutzgebieten dem Naturschutz einen wirklichen Vorrang einräumen. Wir brauchen neben einer echten Naturschutzoffensive eine Agrarwende (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik)* und eine Reduzierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs (vgl. *1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen und 1.9 Stadt und Land gemeinsam zukunftsfähig gestalten)*.

Unsere Schutzgebiete wirksam schützen

Auch 30 Jahre nach Verabschiedung der europäischen FFH-Richtlinie und vier Jahre nach Verstreichen der allerletzten Nachmeldefrist sind in Niedersachsen noch immer nicht alle Schutzgebiete wirksam als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Darüber hinaus genügen zahlreiche Schutzgebiete nicht annähernd naturschutzfachlichen Mindestanforderungen. Die Schutzziele und Maßnahmen sind häufig zu vage gefasst. Ebenso häufig fehlen Maßnahmen- und Managementpläne zum Erhalt oder zur Verbesserung des Erhaltungszustandes. Niedersachsen ist damit absolutes Schlusslicht in Deutschland.

Wir GRÜNEN werden das zügig ändern und schnellstens alle noch nicht als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesenen Teile des Natura 2000-Schutzgebietsnetzes (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) sichern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass die Schutzgebietsverordnungen den naturschutzfachlichen Anforderungen tatsächlich entsprechen und dass Maßnahmen zum guten Erhalt umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Schutzgebiete im Landeswald, die von den Niedersächsischen Landesforsten verwaltet werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die für Naturschutz zuständigen Stellen ausreichend personell ausgestattet werden. Für uns GRÜNE ist entscheidend: Hinter dem Schutzgebietsschild muss die Natur tatsächlich wirksam geschützt werden – zu viel ist hier bisher Etikettenschwindel. Insbesondere in den Schutzgebieten müssen andere Nutzungsansprüche hinter dem Schutz der Natur zurückstehen. Dabei sind die Flächen im Randbereich außerhalb der Schutzgebiete und die Flächen des Biotopverbundes in den Blick zu nehmen. Dank des Volksbegehrens ist es gelungen, innerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten endlich den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide auf Grünland grundsätzlich auszuschließen. Wir wollen gemeinsam mit den Landwirtschafts- und Umweltverbänden darauf hinwirken, dass Ausnahmen weiter reduziert werden. Diese und andere Maßnahmen in der Fläche sollen wirksam von einer Landesbehörde unter Aufsicht des Umweltministeriums kontrolliert werden (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).* Auch brauchen wir ein öffentlich einsehbares landesweites Kataster der ökologischen Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen. Angesichts gravierender Rückstände bei der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen durch die Kommunen werden wir die Kontrollen verstärken. Im Rahmen der kommenden Baurechts-

novelle des Bundes setzen wir uns für eine Verbindlichkeit der Eingriffsregelung und für die Verankerung der Erfassung und des Monitorings der Kompensationsflächen durch die Landkreise ein.

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der Nationalpark Harz, der auch Flächen in Sachsen-Anhalt umfasst, und das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue sind die Perlen des Naturschutzes in Niedersachsen. Wir GRÜNEN stehen dafür, diese Highlights des Natur- und Artenschutzes auch weiterhin wirksam zu schützen und zu entwickeln. Wir bekennen uns zum Ziel, zwei Prozent der Landesfläche Niedersachsens als Naturentwicklungsflächen ohne jegliche Nutzung oder Eingriffe auszuweisen. Darüber hinaus werden wir mit Sachsen-Anhalt die geplante Ausweisung des länderübergreifenden Biosphärenreservats Drömling vorantreiben. Gemeinsam mit Thüringen als Drittem im Bunde streben wir die Ausweisung der weltweit einzigartigen Südharzer Gipskarstlandschaft als länderübergreifendes Biosphärenreservat an. Denn der Südharzer Zechsteingürtel ist ein Hotspot der biologischen Vielfalt, mit dem wir um eine Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat werben. Dazu starten wir einen Beteiligungsprozess mit den Kommunen und Akteur*innen der Region, um die vielfältigen Nutzungsansprüche wie Tourismus, Rohstoffgewinnung und Naturschutz für eine nachhaltige Entwicklungsperspektive in Einklang zu bringen. Wir bekennen uns zum „Gipsfrieden“ und lehnen eine Ausweitung der Vorranggebiete für den Gipsabbau ab.

Bei Gebietsbetreuung und Management unserer Naturschutzgebiete spielen die von Naturschutzverbänden getragenen Ökologischen Stationen eine wichtige Rolle. Wir werden weitere Ökologische Stationen gründen, die bestehenden dauerhaft absichern und auch die Naturparks weiter fördern. Unsere Natur- und Geoparke haben eine wichtige Aufgabe insbesondere für die Umweltbildung, zur Förderung des naturnahen Tourismus und als Naturerlebnisraum. Deshalb wollen wir sie so fördern, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Das von uns geschaffene Landesbüro der Naturschutzverbände (LabüN) werden wir stärken.

Den Biotopverbund sichern

Für die Artenvielfalt und den Erhalt wertvoller Naturräume werden wir GRÜNEN einen landesweiten Biotopverbund auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen. Nationalparks, Biosphärenreservate, Natur- und

zum Teil auch Landschaftsschutzgebiete bilden die Kernflächen des Biotopverbunds. Diese werden entlang von Landschaftselementen und ökologischen Trittsteinen verbunden, um ein Netzwerk natürlicher Lebensräume zu schaffen. Strukturierende Landschaftselemente wie Fließgewässer, Weg- und Feldraine oder auch Hecken und Feldgehölze, Alleen und Baumreihen haben eine besondere Bedeutung für die Biotopvernetzung. Alleen und Baumreihen wollen wir als wichtige Biotopverbundelemente erhalten und wo möglich neu anlegen. Lücken wollen wir schließen. Wir verbinden Bäche, Flüsse, Seen und Auen mit ihren Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren zu einem Blauen Band. Zudem beteiligen wir uns am Erhalt und der Sicherung des Grünen Bandes als Naturschutzgroßprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Wir GRÜNEN sichern die Verbindungselemente des Biotopverbundes und bauen zusätzliche Wald- und Grünbrücken zur Vernetzung von Lebensräumen bestimmter Arten aus, z. B. Wildkatzenkorridore. Darüber hinaus werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Wegeseitenränder als ungenutzte oder extensiv genutzte Strukturen in der Landschaft zurückzugewinnen und wiederzubeleben. Diese in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive in die Nutzung genommenen Flächen sind in der Regel Eigentum der Kommunen und können unsere oftmals ausgeräumte Landschaft als Trittsteinelemente beleben. Alleen werden wir schützen und auch als Kulturgut erhalten.

Das Artensterben bekämpfen

Die Bekämpfung des Artenschwunds duldet keinen weiteren Aufschub. Wir schützen den Reichtum unserer natürlichen Lebensgrundlagen, damit es auch morgen noch summt und brummt in Stadt und Land, auf Feldern, Wiesen und Wäldern. Grünflächen und Schutzgebiete im Landeseigentum werden wir insektenfreundlich bewirtschaften (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).* Die besonders stark gefährdeten Tierarten im agrarischen Offenland wie zum Beispiel der Feldhamster leben auch auf intensiv genutzten Hochertragsböden außerhalb von Schutzgebieten. Für den Erhalt dieser massiv bedrohten Arten hat Niedersachsen eine hohe Verantwortung, die es zukünftig durch Artenhilfsprogramme zu erfüllen gilt. Auch die Landesstraßenbaubehörde nehmen wir in die Pflicht für eine insektenschonende Pflege des Straßenbegleitgrüns. Wir etablieren ein landesweites Insekten-Monitoring als belastbare Datengrundlage für den Insektenschutz. Die ökologische Flurbereinigung

führen wir wieder ein und fördern mit EU-Mitteln gezielt eine Neuordnung von Flächen, die auch den Zielen des Natur-, Wasser- und Klimaschutzes zugutekommt.

Unsere Wiesenvögel wirksam schützen

Niedersachsen hat bundes- und europaweit eine große Verantwortung für den Schutz der Wiesenvögel, wie des Großen Brachvogels, der Uferschnepfe oder der Bekassine. Deren Bestände sind seit den 1980er Jahren um zum Teil mehr als 80 Prozent eingebrochen, weil Grünland in Ackerflächen umgewandelt und das verbleibende Grünland intensiv genutzt wurde. Die bisherigen Wiesenvogelschutzprogramme haben sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen, um den Niedergang der Bestände entscheidend aufzuhalten, geschweige denn eine Trendumkehr einzuleiten. Auf Druck des Volksbegehrens Artenvielfalt.Jetzt! sind von der Landesregierung zwar notwendige Maßnahmen zum Schutz der Wiesenvögel zugesagt worden – leider ist in der Umsetzung seither zu wenig passiert. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, die Zusagen in konkrete Programme zu überführen. Grünland ist auf eine Nutzung angewiesen. Deshalb werden wir für die beteiligten Landwirt*innen nicht nur Ertragseinbußen ausgleichen, sondern darüber hinaus wirksame Anreize für eine den Wiesenvögeln zuträgliche Bewirtschaftung setzen. Dazu gehört auch extensive Beweidung (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).* Den Erfolg dieser Maßnahmen werden wir stetig prüfen, im Bedarfsfall Anpassungen vornehmen und wo nötig gezielt mit ordnungsrechtlichen Bewirtschaftungsauflagen zum Schutz des Wasserhaushaltes kombinieren.

Das Wolfsmanagement versachlichen

Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen ist ein Erfolg des Artenschutzes, führt aber zu Konflikten. Der Wolf stellt ein Regulativ der Natur dar: Aufgrund seiner Sinne und seiner ständigen Präsenz ist er der herkömmlichen Jagd überlegen und kann so einen effektiven Beitrag zur Regulation der Wildtierbestände leisten. Werden die Reh- und Rotwildbestände reguliert, bedeutet das im Ergebnis weniger Verbiss in Waldgebieten. Damit leistet der Wolf einen Beitrag zum Schutz der Wälder. Zwar geht die Zahl der Nutztierrisse dank verstärktem Schutz und Prävention mittlerweile zurück, doch für die einzelnen Weidetierhalter*innen sind die Verluste durch Wolfsübergriffe belastend. Sie sind konsequent zu entschädigen und den Weidetierhalter*innen sind Hilfen anzubieten. Forderungen nach einer willkürlichen Bejagung oder wolfsfreien Zonen erteilen wir eine Absage. Wir wollen

den Umgang mit dem Wolf wieder versachlichen. Unser Ziel ist ein Wolfsmanagement, das sowohl den Naturschutz als auch die berechtigten Interessen der Weidetierhalter*innen berücksichtigt.

Wir setzen auf Herdenschutz, verbesserte Förderung von Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von weidetierhaltenden Betrieben, u. a. über eine Weidetierprämie, um die schwierige wirtschaftliche Lage zu verbessern (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).* Die Haltung von Herdenschutztieren unterstützen wir mit besonderem Fokus auf den Herdenschutz am Deich. Wir richten ein Herdenschutzteam ein, das für von Wolfsrissen betroffene Tierhalter*innen und benachbarte Betriebe schnelle Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes leistet, um weitere Angriffe zu verhindern.

Dessen ungeachtet wird es in Ausnahmefällen erforderlich sein, einzelne Wölfe, die regelmäßig wolfsabweisende Umzäunungen überwinden oder eine Gefahr für den Menschen darstellen, zu töten. Die niedersächsische Wolfsverordnung werden wir zusammen mit allen Beteiligten im Einklang mit dem europäischen und dem Bundesrecht überarbeiten und willkürliche Abschüsse ausschließen. Bestrebungen der SPD und CDU, rechtlich wirkungslose Obergrenzen für den Wolfsbestand festzusetzen oder den Wolf zu bejagen, erteilen wir GRÜNEN eine eindeutige Absage – denn das ist weder zielführend noch erforderlich.

Wälder schneller klimaresistent machen

Wälder sind für Niedersachsen auf den meisten Flächen die ursprüngliche Vegetationsform. Sie sind zum einen wichtiger Naturraum, Wasserspeicher und Klimaschützer, andererseits von der Klimakrise Trockenheit, Wassermangel, Schadstoffen und nicht nachhaltiger Nutzung stark bedroht. Der Wald in Niedersachsen ist derzeit laut niedersächsischem Waldzustandsbericht 2021 in schlechtem Zustand. In den trockenen Sommern 2018 bis 2020 sind insbesondere Fichtenforste großflächig zerstört worden. Gleichzeitig sind unsere Wälder wertvolle CO_2- und Wasserspeicher, die es als natürliche Puffer gegen die Klimakrise zu erhalten und zu stärken gilt.

Unsere Wälder und Forsten sind für uns GRÜNE auch natürliche Lern- und Erholungsorte, die für alle zugänglich sein müssen und deren vielfältige Funktionen es zu bewahren gilt.

Wir GRÜNEN bringen den ökologischen, boden- und wasserschonenden Wald-

umbau und die ökologische Waldbewirtschaftung hin zu klimarobusteren Laub- und Mischwäldern mit standortheimischen Bäumen voran. Die ökologischen Leistungen von Wäldern fördern wir in allen Besitzarten insbesondere in Bezug auf Klimarobustheit, Naturnähe und Biodiversität: z. B. durch den Verbleib von Tot- und Schadholz im Wald und Maßnahmen zu Humusaufbau, Wasserrückhalt, Naturverjüngung, Erhalt alter Wälder und alter Bauminseln sowie zur Bekämpfung von Waldbodenverdichtung.

Waldtypen, die in trockenen Regionen besonders positiv zur Grundwasserneubildung beitragen, werden wir in der Förderung honorieren, während Förderungen wie die der nichtheimischen Douglasie der Vergangenheit angehören.

Die Wälder sind künftig so zu bewirtschaften, dass sie ihre biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität erhalten. In der Waldbauplanung sind Waldentwicklungstypen zu berücksichtigen, die besonders positiv zur Grundwasserbildung beitragen.

Die nach wie vor viel zu hohen Stickstoffeinträge durch hohe Ammoniakemissionen aus der Massentierhaltung setzen unserem Wald massiv zu und verstärken den klimabedingten Stress unserer Bäume weiter – diese werden wir reduzieren (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).*

Mit dem von uns GRÜNEN wesentlich vorangetriebenen Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt! haben wir bereits eine ganze Reihe positiver Entwicklungen in den niedersächsischen Wäldern erreicht: Im Solling wurde zusätzlich zu den zehn Prozent Naturwald in den Landesforsten ein weiteres rund 1.000 Hektar großes Naturwaldgebiet ausgewiesen, in dem sich der Wald künftig natürlich entwickeln kann. Die Biodiversitätsstrategie des Bundes, die vorsieht, zehn Prozent des Landeswaldes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, damit sich der Wald dort natürlich entwickeln kann, haben wir GRÜNEN in der Regierung von 2013 bis 2017 umgesetzt. Unser Ziel bleibt aber, fünf Prozent des Gesamtwaldes, vorrangig in öffentlichen Wäldern, in Niedersachsen zu Naturwäldern ohne Nutzung zu machen. Dies erfordert weitere Flächenausweisungen. Dafür soll es für private Waldbesitzer*innen auch finanzielle Anreize geben.

Der Landeswald ist besonders am Allgemeinwohl zu orientieren. Deshalb wollen wir die Beteiligung und Mitsprache der Bürger*innen an der

Entwicklung des öffentlichen Waldes stärken. Im Landeswald, der rund ein Drittel der Waldfläche in Niedersachsen ausmacht, haben der Klima- und Artenschutz künftig Vorrang vor der Nutzung. Wir machen ihn noch ökologischer, bewirtschaften ihn schonend und zertifizieren ihn nach den Standards des Forest Stewardship Council (FSC) oder den Naturlandkriterien. Wir werden auch die privaten Waldbesitzer*innen bei der Zertifizierung und dem Waldumbau unterstützen. Den Einsatz von Bioziden im Wald werden wir einschränken und deutlich reduzieren. Zudem werden wir die Waldfläche in öffentlicher Hand erhöhen. Zusammen mit den Landesforsten setzen wir auf geeigneten Flächen eine Naturverjüngungs- und Aufforstungsoffensive für mehr standortheimische, klimaresistente Laub- und Mischwälder um – damit erzielen wir positive Aspekte für den Klima- und Wasserschutz. Das Programm zur Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung mit einer klimaangepassten Baumartenwahl (LÖWE+) führen wir fort und entwickeln es weiter – auch als Vorbild für die Entwicklung von attraktiven Förderprogrammen für den Privatwald. Die Entwicklung naturnaher Dauerwirtschaftswälder mit einem hohen Holzvorrat soll besonders gefördert werden.

Die Wiederbewaldung der großen Schadflächen und der ökologische Umbau der Wälder erfordern zusätzliche fachliche Beratungskapazitäten.

Mit dem Klimawandel steigt die Gefahr von verheerenden Waldbränden. Wir müssen praxistaugliche Waldbrandschutzkonzepte entwickeln und die Feuerwehren für Waldbrand und andere Vegetationsbrände besser ausstatten.

Eine nachhaltige ökologische Waldwirtschaft hat neben der Sicherung aller Waldfunktionen auch die Aufgabe, den von der Gesellschaft benötigten Rohstoff Holz zu erzeugen und bereitzustellen. Heimisches Holz ist einer der umwelt- und klimafreundlichsten Baustoffe. Seine Verfügbarkeit als nachwachsender Rohstoff ist jedoch begrenzt. Gerades deshalb wollen wir GRÜNEN den wertvollen Rohstoff möglichst effizient nutzen und insbesondere die Kaskadennutzung stärken.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Holz überwiegend für langlebige Produkte z. B. in der Möbel- oder Bauwirtschaft verwendet wird (sog. Kaskadennutzung). Wir fordern eine wesentliche Reduzierung des Holzverbrauchs für Papier und Brennstoff, keine Verbrennung mehr von Holz zur Stromproduktion bzw. Kraftwärmekopplung im industriellen Maßstab.

Gesetze allein reichen nicht – Umwelt- und Naturschutzverwaltung stärken

Gute Gesetze und Verordnungen sind das Eine, ihre tatsächliche Umsetzung das Andere. Nirgendwo gilt diese Binsenweisheit so sehr wie im Umwelt- und Naturschutz. Ursache der Misere sind nicht sachgerecht ausgestattete Umwelt- und Naturschutzbehörden im Land sowie in den Städten und Landkreisen. Durch Personalmangel finden Kontrollen nur unzureichend statt. Wir stärken die Umwelt- und Naturschutzverwaltung als Treiber für den Schutz unserer Lebensgrundlagen – insbesondere für Pflichtaufgaben wie die Eingriffsregelung (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) sowie die Umsetzung der FFH-Richtlinie und der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Strafverfolgung von Umweltvergehen intensivieren wir und führen Umweltbeschwerdestellen ein, denn Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt und Umweltverbrechen dürfen nicht weiter im Verborgenen bleiben.

Für eine zeitgemäße Jagd

Wir GRÜNEN treten für eine Anpassung des Niedersächsischen Jagdgesetzes nach ökologischen, zeitgemäßen wildbiologischen und ethischen Kriterien ein. Dabei werden wir vor allem die Liste der jagdbaren Arten überarbeiten – anhand von Kriterien wie Bestandssituation einer Art und Nutzung der Tierbestandteile. Arten, die aufgrund ihrer Bestandssituation nicht mehr bejagt werden dürfen, wollen wir aus dem Jagdrecht streichen. Eine Jagd auf Beutegreifer und auf alle gefährdeten Arten sowie die Jagd in Jagdgattern lehnen wir ab. In Schutzgebieten ordnen wir die Jagd dem jeweiligen Schutzzweck unter. Das gilt auch für die Jagd auf rastende und überwinternde Gänse.

Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen und Bautenjagd ein. Den Einsatz von Lebendfallen im Jagdbetrieb werden wir unter behördliche Genehmigungspflicht stellen. Der Besitz von und Handel mit verbotenen Fanggeräten ist komplett zu untersagen, um Tierschutzvergehen zu verhindern. Die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir den Abschuss von Haustieren grundsätzlich ab. Schießübungen mit Schießleistungsnachweisen müssen für aktive Jäger*innen verpflichtend werden, unter anderem auch für die Ansitzjagd. Der jeweilige Jagdbezirk soll vorrangig Pächter*innen des Jagdausübungsrechts vorbehalten sein, die im Einzugsgebiet des jeweiligen Jagdbezirkes ihren Hauptwohnsitz haben. Für den Fall der Abwesenheit muss zusätzlich von dem*der Jagdpächter*in ersatzweise ein*e zur Jagd Befugte*r vor Ort benannt werden.

2.3 Atomkraft – teuer und gefährlich

Die Atomkraft lehnen wir GRÜNEN weiterhin klar und entschieden ab. Sie ist keine Lösung für die Klimakrise, denn sie ist teuer, risikobehaftet und produziert große Mengen von gefährlichem Müll. Zudem hat sich gerade in der Ukraine gezeigt, dass Atomkraftwerke ein unkalkulierbares Eskalationspotenzial besitzen und eine große Gefahr darstellen. Wir haben mit der Wind- und Sonnenenergie bereits die nötigen Technologien gegen die Klimakrise, doch mit dem bisher produzierten Atommüll müssen wir einen Umgang finden. Insbesondere wir GRÜNEN aus Niedersachsen haben uns über Jahrzehnte für einen transparenten, lernenden Suchprozess nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll eingesetzt. Das Standortauswahlverfahren muss mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz fortgesetzt werden. Dabei gilt Sicherheit vor Eile. Wir GRÜNEN werden dies kritisch begleiten und uns für echte Mitspracherechte für die betroffenen Regionen einsetzen. Die niedersächsischen Teilgebiete vernetzen wir miteinander und verbessern die fachlichen Beratungsangebote. Mit einer Forschungsoffensive für Standortauswahl und Endlagerung sichern wir den Forschungsbedarf und kritischen Sachverstand für die Endlagersuche ab.

Ein Erfolg ist, dass nach jahrzehntelangem Kampf der völlig ungeeignete Salzstock Gorleben wegen geologischer Mängel aus der Endlagersuche ausgeschieden ist. Nun muss die nukleare Infrastruktur am Standort Gorleben zurückgebaut werden. Das Bergwerk muss verfüllt und die Pilotkonditionierungsanlage zur endlagergerechten Umverpackung des Mülls schnellstmöglich abgebaut werden. Einen regionalen Stakeholder-Dialog für eine zukunftsfähige Nutzung der Flächen und Gebäude unterstützen wir.

Neues Sicherheitskonzept für die Zwischenlagerung

Wann ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll zur Verfügung stehen wird, ist bislang nicht absehbar. Selbst wenn der aktuelle Zeitplan Bestand hat, gibt es eine zeitliche Lücke zwischen dem Auslaufen der Zwischenlagergenehmigungen und der Inbetriebnahme des Endlagers. Folglich muss eine Debatte über die notwendigen verlängerten Zwischenlagerzeiträume sowie über die Sicherheitskonzepte der Lagerstandorte geführt werden. Wir niedersächsischen GRÜNEN werden uns bei der Bundesregierung für eine Zwischenlagerkommission und eine damit verbundene Beteiligung der Zivilgesellschaft an den betroffenen Zwischenlagerstandorten einsetzen.

Atomausstieg vollenden

Mit dem AKW Emsland geht Ende 2022 zeitgleich mit Isar 2 und Neckarwestheim 2 das letzte Atomkraftwerk in Niedersachsen vom Netz. Das ist ein riesiger Erfolg der Antiatombewegung und grüner Politik. Nun gilt es, den Rückbau auf höchstem Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Um den Atomausstieg zu vollenden, muss endlich auch die Brennelementefabrik in Lingen geschlossen werden und der Export von Brennelementen an Risikoreaktoren in Nachbarländer verboten werden. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung ein.

Transparenter Endlagersuchprozess für schwach- und mittelradioaktive Abfälle

Wir setzen uns für einen transparenten und lernenden Endlagersuchprozess auch für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ein – mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlagerung und Einlagerung entsprechend dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Wir begrüßen den Antrag auf Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad, denn die Sicherheitskriterien aus den 1980er Jahren sind veraltet und können nicht mehr angesetzt werden. Wir prüfen, ob ein Atommüll-Logistikzentrum bzw. Zwischenlager – wie aktuell in Würgassen geplant – notwendig ist oder stattdessen auch eine Direktanlieferung an ein Endlager möglich ist. Gegenüber der Bundesregierung setzen wir uns für einen transparenten Neustart des bislang intransparenten Verfahrens ein.

Die Einlagerungsbedingungen der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle im Zwischenlager Leese entsprechen nicht den heutigen Anforderungen und der Pachtvertrag für das Gelände läuft 2030 aus. Nicht nur mit Blick auf das Zwischenlager Leese, sondern generell muss in einem transparenten Verfahren endlich ein Sicherheitskonzept für den zukünftigen Umgang mit den Abfällen in den Zwischenlagern erarbeitet werden. Der Standort des Braunschweiger Unternehmens Eckert & Ziegler, das Medizinprodukte herstellt und radioaktive Abfälle bearbeitet, ist aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Wohnbebauung ungeeignet. Eine Umsiedlung der Anlage ist daher sinnvoll.

Atommüll aus der Asse holen

Für die Asse gilt: Die schnellstmögliche Rückholung ist das Ziel. Alle Teilprojekte der Rückholung müssen weiter konsequent in einem transparenten Verfahren unter Bürger*innenbeteiligung vorangetrieben werden. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Begleitprozess

wieder in Gang kommt und die Belange der Betroffenen und der Wissenschaft, u. a. über die Asse-II-Begleitgruppe und die Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung (AGO), gehört werden. Wir unterstützen Bürger*inneninitiativen dabei, ihren Sachverstand in die Stilllegungs- und Rückbauverfahren einzubringen und fordern gegenüber der Bundesregierung ein, dass alle kritischen Punkte sorgfältig abgearbeitet werden. Die Auswahl eines Zwischenlagerstandorts war laut einem unabhängigen Expert*innengremium nicht sachgerecht. Die Alternativenprüfung für einen Zwischenlagerstandort muss daher nachvollziehbarer gestaltet werden als bisher: transparent, ergebnisoffen und unter Einbeziehung Asse-ferner Standorte. Dieses Verfahren muss parallel zu den Vorbereitungen für die Rückholung des Atommülls zügig erfolgen. Wir führen ein Gesundheits- und Umgebungsmonitoring mit jährlicher Berichterstattung ein.

Wir wollen strengere Kriterien für die Beseitigung von sogenannten „freigemessenen Abfällen“ auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen, um zusätzliche Strahlendosen zu minimieren.

3. Wir gestalten Niedersachsen – chancengerecht und solidarisch

3.1 Gute Kinderbetreuung im ganzen Land

Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung.

Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern- und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen Kindern gerecht zu werden.

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für eine schritt-

weise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende, im Schichtdienst oder am Wochenende Arbeitende.

Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es daher, die Anzahl von Pädagog*innen im Verhältnis zur Kinderzahl kontinuierlich zu verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten, damit sie sowohl den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag als auch den Kindern und Eltern gerecht werden können. Weitergehend müssen bereits in der Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals im Kitaalltag gesellschaftliche Vielfalt, Antirassismus und das Überwinden von Geschlechtsstereotypen verankert werden.

Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an

Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen, was auch bei größeren Umbauten das Ziel sein soll. Auch der Spracherwerb und die inklusive Bewegungsförderung ist in Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden.

Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind: in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren fördern sowie (Grund-)Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. In den Familienzentren wollen wir auch externe Angebote einbinden. Das kann der Sportverein um die Ecke sein, die Musikschule oder auch soziale Vereine mit Unterstützungsangeboten für Kinder und Familien. Wir nutzen Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende Zentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert. Das Modell eines Familienzentrums im Sinne eines „Early Excellence Centre“ hat sich in der Praxis bewährt.

Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen

Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu unterstützen. Hierzu ist eine frühe Förderung von Medienkompetenz unerlässlich. Deshalb wollen wir Angebote unterstützen, mit deren Hilfe Kinder sich in einer vielfältigen und komplexen Medienwelt orientieren können. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten und integrativen Waldkindergärten wollen wir erleichtern, indem wir uns bei der Betriebserlaubnis an anderen Bundesländer orientieren.

Fachkräftemangel begegnen, pädagogisches Fachpersonal besser bezahlen

Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken.

Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Damit vereinfachen wir für Menschen mit Migrationsgeschichte, die über entsprechenden Berufskenntnisse verfügen, den Weg in die Krippen und Kindergärten. Wir sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light" ab. Auch die Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte aufzeigen, um sie im Beruf zu halten.

3.2 Grüne Politik macht Schule

Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei weder von finanziellen Verhältnissen noch der individuellen Herkunft oder erlernten Erstsprache abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat

im internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

Insbesondere zu Beginn der Coronapandemie waren es die Schüler*innen, die besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik.
Grüne Politik in Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagsschule Freiräume für individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der integrierten Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden. Wir wollen die Mindestgröße für Gesamtschulen senken, um insbesondere im ländlichen Raum das Angebot zu verbessern.

Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen ausreichend mit gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir die Kommunen mit dem Niedersachsenfonds dabei unterstützen, Schulen zu sanieren und aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen.

Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule

Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen eröffnen, die eigenen Interessen, Fähigkeiten und Potenziale zu erkennen und weiterzuentwickeln. Und sie muss auf gezielte individuelle

Förderung setzen. Für uns ist das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu befördern. Hausaufgaben sollen in Zukunft im Rahmen hochwertiger Ganztagskonzeptionen in der Schule gemacht werden, begleitet durch qualifiziertes pädagogisches Personal. Hierzu werden wir insbesondere die Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

Damit der Übergang klappt

Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse eins bis dreizehn zu führen. Unser langfristiges Ziel bleibt die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Ressourcen gerecht verteilen

Gerade die Schulen mit besonders vielen Schüler*innen, die intensiv begleitet werden müssen, sind in Niedersachsen schlecht ausgestattet. Die Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um dem Auftrag dieser Einrichtungen gerecht zu werden. Diesem Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien. Digitale Endgeräte wie Tablets und Laptops werden wir als Lernmittel anerkennen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Unterstützung durch schulische Fördervereine für zusätz-

liche Angebote verwendet und nicht für die Finanzierung von Kernaufgaben herangezogen wird.

Lernen im eigenen Takt

Die Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik, Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut ausgebildete multiprofessionelle Teams sein. Damit Schüler*innen bildungserfolgreich teilhaben können, soll ihnen Raum für ein selbstbestimmtes Lernen gegeben werden. Für uns steht das Lernen im eigenen Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen. Dieser Ansatz soll auch bei der Weiterentwicklung von Schule stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter grüner Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Auch die Flexibilisierung der Länge des Bildungsweges bis zum Schulabschluss ist Teil davon. Das setzt ein grundsätzlich anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen.

Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien und Realschulen stärker in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche Abschulungspraxis nach Klasse sechs zu brechen. Ebenso wollen wir den Anteil der Schulabgänger*innen ohne Abschluss in Niedersachsen weiter verringern.

Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die integrierten Gesamtschulen arbeiten jedes

Jahr aufs Neue mit Kindern, die ein Scheitern und einen Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen. Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt werden.

Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen

Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Diese Ansätze wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern, dass sie ein solches Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben. Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahnempfehlungen benötigen Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 8 auf Noten verzichten zu können. Wir wollen den Schulen Freiräume eröffnen, auch außerschulische Leistungen wie längerfristige Praktika anzuerkennen.

Inklusive Schulen weiterentwickeln

Teilhabe ist für uns GRÜNE ein zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik. Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde Ausgrenzung von Menschen

mit Behinderung. Beim Auslaufen der Förderschule stehen wir zu dem verlässlichen Zeitplan. Den laufend aktualisierten Aktionsplan des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus. Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein. Es muss die Expertise von Menschen mit vielfältigen Behinderungen nutzen und dafür ausgestattet sein, zum barrierefreien Schulbau zu beraten. Bei Ausschreibungen für den Neubau und größere Umbauten von Schulen wollen wir barrierefreie Infrastruktur verpflichtend vorschreiben. Wir werden veranlassen, dass die Inklusion in den niedersächsischen Schulen wissenschaftlich begleitet und ausgewertet wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung des Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen ein, das behinderungsbedingte Nachteile ausgleichen soll. Solange das nicht verbindlich geregelt ist, bekennen wir uns zum Landesblindengesetz und streben dessen Weiterentwicklung an. Dieses notwendige Instrument des Nachteilsausgleichs ist wichtig, um verbesserte Lebensbedingungen und mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und um Lücken im Anwendungsbereich des Gesetzes zu schließen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein – egal, ob diese Behinderungen haben, sozioökonomisch benachteiligt sind, diskriminiert werden, aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrieren abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik, die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt und tritt damit langfristig an die Stelle von Förderschulen. Immer wieder kommt es an Schulen zu Schulverweigerung. Unter der Corona-Pandemie hat die Schulverweigerung und auch die Schulabbrecherquote zugenommen. Diesen Trend wollen wir umkehren und Schulabsentismus deutlich reduzieren. Hierfür wollen wir die Schulsozialarbeit und aufsuchende soziale Arbeit in Quartieren stärken. Einrichtungen, die Erfahrung im Umgang mit Schulabsentismus haben, werden wir stärken und mit Schulen

vernetzen. Ziel ist es, die Jugendlichen wieder zu motivieren, zur Schule zu gehen. Insbesondere die Verhängung von Beugearrest halten wir in diesem Zusammenhang für kontraproduktiv. Deshalb wollen wir zukünftig die Verletzung der Schulpflicht bei Jugendlichen nicht länger als Ordnungswidrigkeit zu ihren Lasten ahnden.

Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können. Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung – ebenso wie die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven Arbeitens abbauen.

Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen gebraucht: etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte. Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich ausweiten. Für die unterschiedlichen Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten streben wir eine einheitliche Beantragung und Finanzierung an. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt. Das wollen wir beenden.

Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, denen die Schule derzeit nicht gerecht werden kann. Um dem entgegenzuwirken,

wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern. Wir wollen sie in ein regionales, niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen, das beispielsweise auch die wichtige Arbeit der Sprachbildungszentren stärkt und näher an die Schulen heranbringt. Bis diese Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für die Familien funktionierende Lösungen zu finden, deren Bedarfe derzeit an Schulen nicht berücksichtigt werden können.

Diversität fördern

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihrer Ausgestaltung und ihren Angeboten noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in der Schulkultur und in jedem Unterrichtsangebot ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit, dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir die Kompetenzen in den Erst- bzw. Familiensprachen fördern und anerkennen. Mehrsprachigkeit für alle Kinder soll auch im Unterricht im Sinne einer Didaktik der Mehrsprachigkeit einbezogen werden und die Vielfalt unter den Lehrkräften gefördert werden. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den Sprachenreichtum an unseren Schulen zu bekommen und darauf basierend ein Gesamtkonzept institutioneller Mehrsprachigkeit für alle Schulformen zu entwickeln und sukzessive umzusetzen. Um mehr Fachkräfte für Angebote des erst- und familiensprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Ebenso wollen wir den mehrsprachigen Unterricht breiter aufstellen. Auch die Angebote zur Sprachförderung müssen weiterentwickelt, ausgeweitet und breiter aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schulen gelebt wird und Vielfalt im Miteinander selbstverständlich in der Schulkultur, in schulischen Gremien sowie im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine Rolle spielt. Wir streben eine Überarbeitung der Lehrpläne unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit an. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden. Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir

durchbrechen. Geschlechterstereotype bei der Berufsorientierung wollen wir überwinden, zum Beispiel indem wir Konzepte zur Berufsorientierung überarbeiten und das Interesse von Frauen an MINT-Fächern schon früh gezielter fördern.

Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten. Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen. Ebenso sollen queere Themen Teil des Curriculums werden. Schulen sollen in Zukunft eine Ansprechperson für Vielfalt und Antidiskriminierung benennen. Das Land unterstützt ihre Arbeit durch Einrichtung einer Beratungsstelle auf Landesebene mit Fachleuten zu unterschiedlichen Vielfaltsmerkmalen. Hierbei orientieren wir uns konzeptionell am von uns geforderten Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz.

Ganztagsschulen ausbauen

Die Ganztagsschule ist zentraler Bestandteil eines inklusiven Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztag light", der als Verwahrstation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagsschulkonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu Ganztagsschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen.

Guter Ganztag durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung mit Vereinen

Wir wollen die Qualität der Ganztagsschulen weiter erhöhen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner

und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen Ganztagsschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des Ganztagsschulausbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule.

Durch den Ausbau der Ganztagsschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil erhalten kann. Eine Kooperation zwischen berufsbildenden Schulen in den Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und Synergien.

Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben

Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind häufig marode Gebäude – nicht barrierefrei und mit Schultoiletten, die niemand betreten möchte. Kurz gesagt: Sie werden den Ansprüchen an gutes Lernen und Lehren nicht gerecht. Die Kommunen haben begonnen, diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es

sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken. Wir werden neue Schulbaurichtlinien erarbeiten, die die Kommunen in die Lage versetzen, Schulgebäude zu schaffen, die den Erfordernissen der Inklusion und der Pädagogik entsprechen.

Die Digitalisierung an Schulen geht ebenso schleppend voran. Die Schulen werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau anzuwenden. Niedersachsen benötigt mehr Institute und Professuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das wollen wir vorantreiben. Notwendig ist zudem eine sichere und effektive IT-Infrastruktur in den Schulen. Sie kann nur über professionell ausgebildete IT-Administrator*innen sichergestellt werden. Lösungen hierfür, beispielsweise eine Ausbildung „IT-Administration in der Schule“ und die Einrichtung entsprechender Administrator*innen-Pools für mehrere Schulen, wollen wir in Zusammenarbeit mit den hierfür als Schulträger zuständigen Kommunen entwickeln. Die Themen Medienkompetenz, Datenschutz und Netzsicherheit müssen sowohl in der Ausbildung der Lehrkräfte als auch der Schüler*innen eine wichtige Rolle spielen. Desinformationen und Filterblasen müssen als solche erkannt und Informationen korrekt eingeordnet werden können. Insbesondere auch im Bereich Cybermobbing/Cybergrooming müssen Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern sensibilisiert werden.

Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel

Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommen hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thema-

tisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in allen Schulformen in den Lehrplänen fest zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern. Dazu gehört auch der Tierschutz. Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. *4.7 Niedersachsen in Europa und der Welt)*. Zur Erreichung dieses Bildungsziels ist eine Entschlackung der Lehrpläne erforderlich.

*Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern*

Die Zeit der Coronapandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt. Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert eine größere Anzahl sowie bestens ausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung.

Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese Bezahlung zudem rechtlich geboten. Wir wollen die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitszeitkommission vorantreiben. Darüber hinaus brauchen auch diese Schulformen Funktionsstellen – eine stell-

vertretende Schulleitung von Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching.

Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal – insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von Schulverwaltungskräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen können Schulen den Anforderungen besser gerecht werden.

Den Fachkräftemangel gezielt angehen

Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und besonders von Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Besonders die fachliche Versorgung von Kindern mit den Unterstützungsbedarfen Sehen und Hören gelingt in Niedersachsen an vielen Stellen nur sehr unzureichend, weil die erforderlichen Fachkräfte fehlen. Wir schaffen daher in Niedersachsen für den Studiengang Sonderpädagogik die Möglichkeit, die Fachrichtungen „Sehen“ und „Hören“

zu studieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein. Wir wollen die Praxisanteile im Lehramtsstudium stärken und Studierenden die Möglichkeit geben, studienbegleitend regelmäßige Praktika an Schulen zu absolvieren, die ggf. auch bezahlt sein können.

Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren, um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik im digitalen Zeitalter gut vorzubereiten. Die Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorienierte Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt.

Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert. Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen. Ebenso wollen wir durch Fort- und Weiterbildungsangebote dazu bei-

tragen, die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams in der Schule zu verbessern. Um eine gemeinschaftliche Verantwortung für Inklusion in der Schule zu stärken, ist es wichtig, eine professionelle Haltung zu entwickeln und auszubauen: Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die von allen getragen werden muss.

Schule als demokratisches System

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden.

3.3 Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden

Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es, Betriebe und berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende

zukünftig mit einem landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. *1.3 Mobil in Niedersachsen)*. An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der berufsbildenden Schulen aus. Wir GRÜNEN sehen zudem nicht ein, warum das Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie Meisterausbildung ein.

Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl. *3.4 Wissenschaft gestaltet Zukunft)*. Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer Ausbildung entwickelt werden.

Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus. Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen

auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der tariflichen Ausbildungsplatzumlage wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden, zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds.

Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind oder waren, ab.

Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen. Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie Prozessmanagement und IT-Kenntnisse sind ebenfalls notwendig. Die Auszubildenden benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart Factories als Lernwerkstätten an berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories landesweit umsetzen.

Berufsbildende Schulen

Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten. Vor allem in den berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht sich weiter zu verschlechtern. Um dem Lehrer*innenmangel zu begegnen,

starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk, kaufmännischen, gewerblichen Fachrichtungen und Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ausweiten, um perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert. Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den Sozialpartnern zügig und konsequent angehen.

Die Ressourcen der Berufsschulen wollen wir breiter als bisher nutzen: Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiterentwickeln, um deren Kapazitäten unterschiedlichen Gruppen für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Die Halbwertszeiten der in der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten verkürzen sich deutlich und in manchen Berufen ändern sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung erheblich. Daher müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können. Damit die berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken. Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können.

Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute Rahmenbedingungen zu definieren. Unser Ziel ist, die perso-

nellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen zu schaffen. Dafür ist eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

3.4 Wissenschaft gestaltet Zukunft

Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale international zu entfalten. Um Freiheit und Unabhängigkeit in Wissenschaft, Forschung und Lehre von autoritären Staaten sicherzustellen, baut das Land Niedersachsen Regionalkompetenzen an Hochschulen und Forschungsinstituten auf und aus – insbesondere zu China.

Verlässliche Hochschulfinanzierung

Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschulentwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Wir streben an, die Finanzierung der Hochschulen weniger auf Drittmitteln aufzubauen, sondern mehr auf der staatlichen Grundfinanzierung. Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische

Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können.

Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen

Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Langzeitstudiengebühren abzuschaffen. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen, insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie stammen, ermutigt und unterstützt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen.

Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter grüner Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden. Zudem sorgen wir dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

Der *Zukunftsvertrag Studium und Lehre* stärken leistet als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag zu besseren Studienbedingungen und bedarfsgerechten Studienkapazitäten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen, damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels und gute Lehre erreicht werden können. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals.

Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in stark nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen dafür sorgen, dass ein Studium möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann – z. B. auch für Berufstätige sowie zur Vereinbarkeit von Studium und Familie oder zur Pflege von Angehörigen.

Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur ohne Zusatzkosten für Studierende. Diese wollen wir fördern – ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme.

Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus. Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten.

Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung stärker bei der Zulassung gewichtet werden.

Vielfältige Hochschullandschaft

Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt an Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.

Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen, um eine ganzheitliche Exzellenz zu erreichen. Das heißt neben einer exzellenten Forschung insbesondere auch, dass exzellente Lehre und Studienbedingungen notwendige Kriterien für den Exzellenzstatus sein müssen. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite auch unter Einbeziehung der sog. kleinen Fächer möglich – sie bedingen sich gegenseitig und geben einander neue Impulse.

Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen

Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung von Studierenden und damit für entsprechende Angebote der Studierendenwerke gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel für die Studierendenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der Studierendenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studierendenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende

ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden.

Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Deshalb begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten möchte. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können und der Freibetrag aufs eigene Konto auch für dual Studierende gilt.

Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen

An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung nachhaltiger Studieninhalte und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften (vgl. *5.1 Nachhaltig haushalten)*. Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen und die graue Energie durch nachhaltige Baumaterialien reduzieren. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt.

Forschung nachhaltig gestalten

Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch

kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen)*. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtersensible Medizin und Diversity in die medizinischen Rahmencurricula der Universitäten und in die Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer aufgenommen wird.

Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten Projekten. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die Sicherung des Friedens erfordern zukünftig einen noch kritischeren Umgang mit Forschung im Bereich Dual Use. Wir fördern Alternativen zu Tierversuchen, um diese perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. S. 72 *Für konsequenten Tierschutz)*. Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den Hochschulen zu fördern.

Mehr Beteiligung wagen

Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von Studierenden

einschließlich der Promotionsstudierenden. Wir streben in allen Bereichen der Hochschulpolitik mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte an. Die Rolle der Gremien, insbesondere des Fakultätsrates und des Senates, wollen wir stärken. Darüber hinaus wollen wir Studium und Lehre besser in den Hochschulpräsidien verankern.

Internationalisierung und Digitalisierung

Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein, Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken und die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren – ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können.

Gute Arbeit und Gleichstellung

Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Es gilt, auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Deshalb wollen wir die Hochschulfinanzierung dahingehend reformieren, dass verbunden mit konkreten Entfristungszielen stärker dauerhafte Stellen finanziert werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Im Bundesrat wollen wir uns für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) einsetzen, um Befristungsmissbrauch zu verhindern. Die Hälfte der Studierenden und

Promovierenden sind Frauen – trotzdem spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Gerade die fehlende Vereinbarkeit von Familiengründungen und einer Karriere in der Wissenschaft hält momentan noch immer viele Frauen davon ab, in der Wissenschaft zu bleiben. Hier wollen wir vor allem mit sicheren Arbeitsverhältnissen, einer ausreichenden Finanzierung von betrieblicher Kinderbetreuung und festen Bleibeperspektiven für Beschäftigte gegensteuern. Wir unterstützen die Forderungen studentischer Hilfskräfte nach betrieblicher Mitbestimmung und einem Tarifvertrag. Hierzu streben wir auch landesweite Lösungen an, wenn eine bundesweite Einbeziehung in den Tarifvertrag scheitert.

3.5 Erwachsenenbildung stärken

Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Der Zugang geflüchteter Frauen zu Bildungs-, Sprach- und Qualifizierungsangeboten muss dabei gewährleistet werden. Das bedeutet z. B., dass eine Kinderbetreuung bereitgestellt wird oder Frauensprachkurse angeboten werden. Die Erwachsenenbildung und die Landeszentrale für politische Bildung leisten hier wichtige Beiträge für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. *4.3 Für eine vielfältige Gesellschaft).* BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in Niedersachsen auszubauen. Die freie

Erwachsenenbildung stellt Angebote für verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken. Auch soll die Qualität der Angebote und eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern gewährleistet werden.

Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung

Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen)*.

Grundbildung und Alphabetisierung

Angebote im Bereich von Grundbildung, Alphabetisierung und dem Nachholen von Schulabschlüssen vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

Neue Formate und Digitalisierung

Nicht erst seit der Covid-19-Pandemie hat die Digitalisierung sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der Erwachsenenbildung eine hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden

benötigt, z. B. durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern benötigen Kompetenzen, um Lerninhalte digital zu vermitteln. Es muss auch eine passende digitale Ausstattung mit adäquaten Medien, Hardware und Software der Dozent*innen erfolgen. Nicht zuletzt wollen wir die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und weiterzuentwickeln.

3.6 Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter

Grüne Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in hohem Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geübt und unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden. Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern.

Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Damit Familienpolitik gelingt, bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt werden, z. B. im Familien-, Abstammungs- und Adoptionsrecht. Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen anerkannt werden.

Kinderrechte stärken

Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend ändern. Kinder

und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Diese müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern.

Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Unser Ziel ist, dass zukünftig bei allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche damit verbunden sind. Wir erfüllen die Kinderrechtskonvention, indem wir Kinder und Jugendliche bei der Debatte um Gesetzesvorhaben aktiv und entwicklungsangemessen beteiligen und die erforderlichen Strukturen dafür schaffen.

Kinderarmut beenden

Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür, dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Den Schwung dieser Initiativen wollen wir für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder, investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische Ganztagsangebote aus. Wir

wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen, Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungsförderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters ermöglichen.

Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen so für mehr Freiheiten (vgl. *3.2 Grüne Politik macht Schule)*. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Jugendarbeit. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern: die Zuwendungen bedarfsgerecht erhöhen, Projektmittel verstetigen und bürokratische Hürden abbauen. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. *4.3 Für eine vielfältige Gesellschaft)*.

Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz" – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. *1.3 Mobil in Niedersachsen)*.

Kinderschutz ernst nehmen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen, auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquetekommission Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen niedersächsischen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von sexualisierter Gewalt und Misshandlung bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen,

Religionsgemeinschaften und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und Beratungsstellen vor Ort fördern. Wir wollen Fach- und Führungskräfte, die mit dem Kinderschutz betraut sind, stärken. Sie müssen fortlaufend geschult werden, um Missbrauch früher entdecken zu können und mit betroffenen Kindern adäquat umgehen zu können. Die Jugendämter wollen wir bei der Führungskräfteentwicklung, bei Coaching und Supervision sowie Fort- und Weiterbildung unterstützen. Das Fortbildungsprogramm des Landes wird entsprechend angepasst. Für die unterschiedlichen Facetten sexualisierter Gewalt gegen Kinder braucht es in der Strafverfolgung verschiedene Ressourcen. Wir fordern Zentralstellen, bei denen diverse Kompetenzen gebündelt werden. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die körperliche und sexualisierte Gewalt erlebt haben, sichern wir mit passgenauen Förderrichtlinien finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus – dies sichert die Erreichbarkeit für Kinder. Digitale Angebote müssen als Ergänzung aufgebaut werden. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen. Wir wollen die Landesfachberatungsstelle Jugendschutz stärken und weiterentwickeln. Während der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes stellen wir die Personalausstattung des Landesjugendamtes auf den Prüfstand.

Jugendhilfe ist unverzichtbar

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit (auch der freien Träger) ein. Insbesondere die erzieherische Jugendhilfe, die im Rahmen von Hilfeplanung täglich aufsuchend in den Familien sozialpädagogische Unterstützung leistet, wollen wir stärken. Dazu überprüfen wir die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern. Wir unterstützen die Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern.

Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden. Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert werden. Gleichzeitig ist zu prüfen, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast" und schaffen hierfür weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen. Wir finden außerdem: 14-jährige sind ein Fall für die Jugendhilfe und nicht für den Verfassungsschutz. Deshalb wollen wir das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz ändern. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen. Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen in der Jugendhilfe hat traumatische Erlebnisse erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass ambulante und stationäre Mitarbeiter*innen bei Jugendhilfeeinrichtungen im Umgang mit Traumata besser geschult werden. Das gilt auch für medizinisches und pflegerisches Personal, Lehrkräfte sowie Polizei und Justiz.

Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen – sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken.

Zeit für Familien

Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben es gezeigt: Familien sind großen Herausforderungen aus-

gesetzt, um die alltägliche Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen)*.

Familien unterstützen

Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit interprofessionellen Teams zu besetzen. Auf diese Weise stärken wir auch die Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen vollziehen.

Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen

Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen sind enthalten. Außerdem sollen alle Menschen mit Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen.

Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen.

Selbstbestimmt altern

Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen alte Menschen vor Armut schützen. Sie sollen sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in Alltag und Pflege erhalten können.

Um Menschen so lange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben, müssen Bedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit – z. B. durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende Wohn- und Begegnungsprojekte, die Förderung von niederschwelligen Versorgungsangeboten sowie die Stärkung der Angebote haushaltswirtschaftlicher Dienstleistungen.

Selbstbestimmt sterben

Ein großer Teil der Menschen hat den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden selbstbestimmt mit Freund*innen und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende für alle, insbesondere schwerstkranke Menschen sicherstellen. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch speziell für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize).

3.7 Gesundheit und Pflege

Grüne Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge, gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und Erkrankungen vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen, dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet, Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist deshalb ein zentrales Anliegen grüner Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Schlechte Arbeitsbedingungen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen leben. Das betrifft unter anderem den Verkehrsbereich, besonders natürlich extreme Belastungen wie z. B. den Nachtfluglärm. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen, anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen.

Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns zuletzt die Coronapandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses (Gemeindeschwester Plus) oder in der Schul-

gesundheitspflege. Gesundheitsbildung muss in der schulischen Bildung stärker verankert werden. Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gelder aus dem Präventionsgesetz deutlich zielgerichteter in der kommunalen Gesundheitsförderung und -bildung eingesetzt werden. Dabei wollen wir gemeinsam mit den gesetzlichen Krankenkassen insbesondere vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche sowie Senior*innen mit passgenauen präventiven Angeboten unterstützen. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten, Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich werden wir unterstützen.

Gut gerüstet für zukünftige Pandemien

Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft, Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger Pandemien schaffen: Dazu wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen, Pandemieschutzübungen verankern und Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von medizinischer Intensivversorgung absichern.

Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt, flächendeckend Belüftungsanlagen in

Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das Risiko neuer Pandemien zu reduzieren.

Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den viehdichten Regionen Niedersachsens als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener Tierhaltung voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen (vgl. *1.6 Für eine andere Agrarpolitik).*

Long Covid und ME/CFS zielgerichtet bekämpfen

Die Corona-Pandemie und Long Covid verstärken die Problematik der völlig unzureichenden Versorgung von ME/CFS-Patient*innen. Die oft schwere neuroimmunologische Erkrankung wird meist durch akute Infektionskrankheiten ausgelöst und zieht oftmals einen hohen Grad körperlicher Behinderung nach sich.

Niedersachsen soll schnell ein Kompetenznetzwerk und interdisziplinäre Ambulanzen sowie spezialisierte Reha-Einrichtungen aufbauen. Außerdem muss die Forschung intensiviert werden, um die Diagnostik und den Zugang zu medizinischen, therapeutischen und sozialen Leistungen zu erleichtern.

Gut versorgt in Stadt und Land

Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung. Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend

bei der hausärztlichen Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 4.800 Hausarztsitze nicht besetzt. Bis zum Jahr 2035 werden voraussichtlich über 1.000 der gegenwärtig praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation hat die Enquetekommission *Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen* erarbeitet. Wir wollen Tempo in die Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung, die Über- und Unterversorgung erfasst und Kapazitäten sinnvoll verteilt. Im Sinne einer stärkeren Patient*innenorientierung steht die Stärkung der hausärztlichen Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen im Vordergrund. Diese muss wohnortnah für alle Patient*innen erreichbar sind. Eine stärkere Einbindung nichtärztlicher Heilberufe in die Primärversorgung sorgt hier zusätzlich für eine verlässliche Versorgung. Dies bietet auch die Chance auf mehr Hausbesuche. Die Festlegung von Mindesterreichbarkeitsstandards ist dabei ein geeignetes Mittel, die erforderliche Wohnortnähe in der hausärztlichen Versorgung sicherzustellen. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenkurse unter einem Dach mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, in einem Anstellungsverhältnis zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis führen zu müssen. Wir wollen eine neue Trägerschaft für Medizinische Versorgungszentren wie z. B. ärztliche kommunale Genossenschaften etablieren. Dabei wollen wir weg von rein renditeorientierten Investor*innenmodellen. Über die Bundesebene wollen wir Kommunen die Option eröffnen, nach spätestens sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze zuzugreifen. Das bedarfsgerechte Versorgungsangebot sollte im Vordergrund stehen.

Digitalisierung verbessert die Gesundheitsversorgung

Wir werden dafür sorgen, dass die Digitalisierung nicht am Gesundheitswesen vorbeigeht. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens im Rückstand ist. Prozesse im öffentlichen Gesundheitsdienst müssen überarbeitet und – wo sinnvoll – weiter digitalisiert werden, auch im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

Niedersachsen bietet durch leistungsfähige hochschulinterne und -externe Institute eine gute Basis für die medizinische Forschung – und gleichzeitig schöpfen wir noch nicht unser gesamtes Potenzial aus. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir gezielt nutzen, um das Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen – ob Robotik, Telemedizin, die elektronische Patientenakte oder Altersgerechte Assistenzsysteme (AAL).

Wir wollen eine zukunftsfähige Infrastruktur fördern, die Patient*innendaten sicher, zuverlässig, datenschutzkonform und bedarfsgerecht verfügbar macht und so zur Verbesserung der Versorgung beiträgt. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient*innengeheimnis müssen dabei auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewährt bleiben.

Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen

Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der Behandlungsqualität orientierten Krankenhausplanung zukunftsfähig gestalten. In mindestens acht Versorgungsregionen planen wir ein Angebot mit differenzierten Versorgungsstufen. In jeder Versorgungsregion soll es neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende Gesamtversorgungsplanung über alle Versorgungsbereiche auf den Weg zu bringen sowie regionale integrierte Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern. Darüber hinaus wollen wir gerade in unseren zahlreichen Bäderregionen die Strukturen und Kompetenzen der Rehabilitationskliniken berücksichtigen und weiterentwickeln.

Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite

Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten bieten, die der Verantwortung und Belastung gerecht werden. Renditeerwartungen der Krankenhausträger und die massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen mit katastrophalen Folgen in unseren Krankenhäusern geführt. Immer mehr Kliniken versuchen, auf dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten oder gar Gewinne zu erwirtschaften: durch Personalabbau und Outsourcing patient*innenferner Dienstleistungen sowie durch die Konzentration auf lukrativere Behandlungen. Wir begrüßen, dass die durch Grüne getragene Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihre Arbeit zeitnah beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtige Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die Koalition aus SPD und CDU in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf mittlerweile mehr als zwei Milliarden Euro angewachsen. Solange dieser Investitionsstau nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patienten*innen vorgesehen sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesen Zustand wollen wir beenden: Durch einen Investitionsschub über den Niedersachsenfonds, ergänzt um eine Verdoppelung der Pauschalförderung, beenden wir mittelfristig und nachhaltig die chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Hinzu kommt eine Erhöhung der jährlichen Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und eine regelmäßige Anpassung an Baupreissteigerungen. Alle Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von der Ampelkoalition

im Bund in Aussicht gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde schnell dort ankommt, wo sie benötigt wird.

Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand

Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten sollten. Den Trend zur Krankenhausprivatisierung wollen wir stoppen: Wir unterstützen Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand holen möchten.

Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität

Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausemissionen noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO2-Reduktion spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK – Klimamanager für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen.

Im Notfall gut versorgt

Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir standardmäßig mit telemedizinischer

Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen.

Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsoffensive in der Gesundheitsversorgung

Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der Gesundheitsversorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die geplante Landärzt*innenquote alleine wird nicht ausreichen, um junge Ärzt*innen aufs Land zu bekommen. Vielmehr wollen wir mit attraktiven Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern. Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen Berufen des Gesundheitswesens. Nach angloamerikanischem Vorbild wollen wir sogenannte Physician Assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen – und damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen wir staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab. Für alle Gesundheitsberufe fordern wir eine Ausbildungsvergütung. Mit einer Bundesratsinitiative setzen wir uns für eine bundesweite Erhebung von Branchendaten, eine einheitliche Regelung zur Finanzierung sowie die Erweiterung der Kompetenzen der nichtärztlichen Gesundheitsberufe im Sinne der Heilkunde ein. Gemeinsam mit der Bundesebene soll eine zügige Umsetzung der Akademisierung der Therapiefachberufe geprüft und unterstützt werden.

Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen)*.

Wir wollen Berufsaussteiger*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein dauerhaftes Bleiberecht.

Pflegeberufe stärken

Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft, die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals und die Erhaltung des vorhandenen Fachpersonals ist eine der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss. Neben Initiativen zur Rückgewinnung ausgeschiedener Pflegefachkräfte und einer erleichterten Integration von Fachkräften aus dem Ausland, wollen wir Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen. Pflegefachkräfte wollen wir durch gemeinsam entwickelte digitale Lösungen und sinnvolle Einbindung anderer Berufsgruppen entlasten. Wir wollen die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, geeignete Rehabilitationseinrichtungen sowie private Pflege-

schulen gemeinsam zur Ausbildung von Pflegepersonal beitragen. Zudem soll es leichter werden, eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit zu absolvieren. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im Pflegeberuf ermöglichen – etwa zum*zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Heilberufeverordnung einsetzen und Community Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen. Durch die Übertragung ärztlicher Leistungen auf qualifizierte Pflegefachpersonen kann nicht nur die Berufszufriedenheit erhöht, sondern insbesondere in Pflegeheimen die Versorgungsqualität der Bewohner*innen verbessert und die Einweisungsquote in Krankenhäuser minimiert werden. Wir setzen uns für eine stärkere Einbindung der Profession Pflege in Entscheidungsgremien im Gesundheitswesen ein.

Krankenversicherung

Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen sorgt nicht nur für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert, einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht länger sowohl Arbeiternehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann insbesondere für Beamt*innen in

unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein.

Selbstbestimmte Geburt

Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die Große Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen akademisch ausbilden, die Richtlinie *Eins-zu-eins-Betreuung unter der Geburt* umsetzen, durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir setzen uns für eine deutlich bessere und wertschätzende Bezahlung sowie eine Lösung für die Haftpflichtversicherung von Hebammen in allen Tätigkeitsbereichen ein. Wir verankern die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben, entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe sorgen will.

My body, my choice

Die Entscheidung, ob eine schwangere Person eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche

vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden. Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen, sodass betroffene Frauen Beratungsangebote wohnortnah in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die Streichung des § 219a StGB, der Informationen über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte, und setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird.

Psychische Gesundheit verbessern

Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Stationäre Behandlungen wollen wir durch stationsäquivalente Behandlungen ergänzen, um Wartezeiten zu reduzieren und für einige Patient*innen eine bessergeeignete Behandlung im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken. Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention, Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote psychisch kranker Menschen fördern wir

strukturell. Menschen mit Psychiatrieerfahrung beziehen wir in die Prozesse zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfeleistungen ab.

Gesundheitsversorgung für alle

Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, die fürchten müssen, durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger gefunden werden können. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt, das mittels eines anonymen Krankenscheins für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus die Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten, wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom Aufenthaltsstatus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen. Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen wenn möglich, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die Ausländerbehörde weiterleiten müssen.

Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik

Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung. Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und als Medikamente anzuerkennen. Ihr Einsatz soll, in Verbindung mit sozialer Unterstützung, flächendeckend ermöglicht werden. Hierfür ist von höchster Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten.

Für gute Pflege

Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa verdoppeln – während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen, Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt

und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in Niedersachsen. Wir unterstützen die Entwicklung von Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften in einem bedarfsgerechten Pflegeangebot und neuen Versorgungsformen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus. Menschen jeder Altersgruppe, die auf Pflege angewiesen sind, sollen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier Wänden führen können. Dazu müssen anwenderfreundliche digitale Lösungen und Assistenzsysteme eingesetzt und nachbarschaftliches Engagement und niedrigschwellige Unterstützungsleistungen gefördert werden.

4. Lebenswertes Niedersachsen: Vielfalt schafft Zusammenhalt

Für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene Gesellschaft sowie einen starken Rechtsstaat einzutreten, ist eine gesellschaftliche und politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als selbstverständlich hingenommen und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände der Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns ist das universelle Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat, ein Niedersachsen der Teilhabe, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

4.1 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen

Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, das aktuell wie auch schon 2015/2016 eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Das bedeutet für uns: Die Menschenwürde gilt für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, und wir begegnen Menschen dementsprechend. Beispielsweise ermöglichen wir ihnen so schnell wie möglich die Teilhabe an der Gesellschaft. Das erfordert ein Sofortprogramm zur Teilhabe. Wir setzen uns ein für einen echten Paradigmenwechsel bei der Asylpolitik. Was für Geflüchtete aus der Ukraine bei Aufenthaltsrecht und Teilhabe möglich gemacht wurde, soll auch für Geflüchtete aus allen anderen

Teilen der Welt gelten. Das heißt auch, dass in einer Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältiger wird, öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen die gleichen Teilhabechancen erhalten.

Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement erreicht werden. Viele wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe, die vor allem auf grünes Betreiben hin geschaffen worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den letzten Jahren auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber auch denen, die aus anderen Regionen zu uns flüchten, eine echte Perspektive bieten.

Niedersachsen als sicherer Hafen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu uns fliehen. Wir wollen das Landesaufnahmeprogramm reaktivieren. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Niedersachsen sicherer Hafen für Menschen wird, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu uns fliehen. Das unter Rot-Grün geschaffene Landesaufnahmeprogramm wollen wir neu aufleben lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das Bundesinnenministerium beschließen können.

Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und Teilhabeangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z. B. Wegweiserkurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll so kurz wie möglich sein und die Dauer von drei Monaten nicht überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Ein schnellstmöglicher Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen muss

sichergestellt werden und steht für uns an oberster Stelle.

Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern und queeren Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen. Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher zum Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen „Altersfestsetzung" lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für das Kindeswohl" handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre werden wir deutlich verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen. Bildungsabschlüsse von Menschen, die zu uns kommen, müssen schneller und unbürokratischer anerkannt werden.

Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden wir deutlich verbessern. Alle Migrant*innen sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte für alle. Für illegalisierte Migrant*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem bereits gut erprobten Modell *Anonyme Krankenscheine*. Wenn Geflüchtete medizinische Hilfe in Anspruch nehmen wollen, werden bei Bedarf die Kosten für eine notwendige Sprachmittlung übernommen. Die gesundheitliche Aufklärung werden wir verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung. In der Abwägung kommt den Folgen für Familienangehörige besonderes Gewicht zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns für einen generellen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein. Abschiebehaft ist grundsätzlich kein verhältnismäßiges Mittel zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Abschiebehaft braucht einen klaren Rechtsrahmen in Form eines Abschiebehaft-Vollzugsgesetzes.
Ein solches regelt die Rechte der inhaftierten Menschen umfassend, garantiert einen kostenfreien Zugang zu Rechtsberatung und dient der Einrichtung einer unabhängigen Abschiebebeobachtung. Die Beratung zur freiwilligen Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände freier Trägerorganisationen geben.

Mitbestimmung und Teilhabe als Daueraufgabe

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen, bereichern Niedersachsen auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen Reichtum des Landes bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben – sie haben kaum etwas dafür getan, diese zu nutzen. Die angenommene zeitlich begrenzte Aufenthaltsdauer verhindert eine Entwicklungsperspektive und Inklusion. Hürden für Teilhabe und Mitbestimmung wollen wir abbauen. Dabei gilt es auch, überkommene Wissenshierarchien einer Mehrheitsgesellschaft abzubauen und die verschiedenen Lebensläufe der Menschen aufzuwerten. Die Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Sie sind ein wichtiges Element der Selbstbestimmung. Die Vertreter*innen der Selbstorganisationen werden wir im politischen Prozess gebührend als gleichwertige Diskussionspartner*innen anerkennen und beteiligen. Mit einem neuen Gesetz für Inklusion und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft. Darüber hinaus legen wir ein neues Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle Zielgruppen einen besseren

Zugang zu Teilhabeangeboten zu schaffen – insbesondere zu Sprachkursen. Wir werden die bestehenden niedersächsischen Teilhabe- und Inklusionsprogramme weiter ausbauen und stärken. Migration und Teilhabe sind dauerhafte dynamische Prozesse. Zur Unterstützung und Begleitung dieser Prozesse wurde die landesgeförderte Migrationsberatung eingerichtet. Als Grundstruktur leistet sie im landesweiten Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN) einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen von Inklusion und Teilhabe. Deshalb werden wir die Finanzierung der Migrationsberatung als gesetzliche Leistung des Landes verstetigen und dauerhaft absichern.

Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen wir uns dafür ein, Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die allen Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie seit mindesten drei Jahren in Deutschland leben.

Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen. Hierfür schöpfen wir die Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Aufenthaltsgesetzes ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht und unterstützen die zügige Umsetzung. Projekte wie *Wege ins Bleiberecht* wollen wir weiterentwickeln, um Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu unterstützen.

In Vielfalt zusammenleben

Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die Polizei fit machen für die vielfältige Gesellschaft. Wir bauen Hürden ab für eine angemessene Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir brauchen eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch ein Teilhabegesetz. Bei Polizei und Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung auch, dass manche Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst werden muss (vgl. 4.2 *Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen).* In der Personalgewinnung

gilt es, für noch mehr Personen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen und andere bisher nicht angemessen repräsentierte Gruppen zum attraktiven Arbeitgeber zu werden. Für unsere Bildungseinrichtungen wollen wir gezielt Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen, dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen Unterricht schaffen – zum Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Hierfür wird auch die Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen im Bildungswesen deutlich verbessert und beschleunigt. Für Lehrer*innen und Erzieher*innen brauchen wir mehr Aus- und Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity-Kompetenz. Die Behandlung der Kolonialgeschichte und Rassismuskritik wie auch Inhalte zur Geschichte der Herkunftsländer von Menschen mit Migrationsgeschichte wollen wir fest in den Lehrplänen verankern sowie Lehrbücher und Materialien entsprechend überarbeiten lassen (vgl. *3.2 Grüne Politik macht Schule).* Wir fördern gezielt eine Kultur der gesellschaftlichen Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen Rahmen beispielsweise Diversity-Schulungen für alle Akteur*innen im Landesdienst und in Bildungseinrichtungen stattfinden (vgl. *5.3 Niedersachsen zeitgemäß, effektiv und bürgernah).* Ebenso braucht es Fachkräfte und Pädagog*innen, die Safe Spaces und Empowerment-Angebote für Menschen ermöglichen und anbieten können, die von Diskriminierung betroffen sind.

Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag mit den islamischen Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise Religionsunterricht, Imamausbildung und Seelsorge auf eine neue Grundlage zu stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern: Wir werden auch mit anderen Glaubensgemeinschaften kooperieren wie z. B. den Alevitischen und Jesidischen Gemeinden, um unser Land in all seiner religiösen und kulturellen Vielfalt abzubilden. Mit den Dachverbänden der Sinti*zze und Rom*nja streben wir eine dauerhafte Anerkennung und Förderung auf vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine wie die der Sinti*zze und Rom*nja werden wir wieder zurücknehmen.

Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant*innen, die heute zum Teil unter unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen,

der Pflege, der Logistik, der Baubranche und der Landwirtschaft beschäftigt werden. In all diesen Branchen gelten die Arbeitsmigrant*innen als systemrelevant. Hierzu werden wir Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und Strukturen des organisierten Menschenhandels mit den Mitteln des Rechtsstaates systematisch bekämpfen. Wir stehen für den flächendeckenden Ausbau und die dauerhafte Finanzierung von Beratungsstandorten, wo mobile Beschäftigte in den Herkunftssprachen arbeitsrechtlich informiert, beraten und unterstützt werden. Den für die Arbeitsmigration typischen „temporären Charakter" sehen wir als ein strukturelles Problem, das wir angehen werden. Denn der prekäre Zustand wird in der Praxis oft zum zyklischen Dauerzustand und fördert Isolation, fehlende Teilhabe und die Entrechtung der Beschäftigten (vgl. *1.5 Gute Arbeit in Niedersachsen und 1.8 Sozial und ökologisch bauen und wohnen).* In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die Menschen vor, die sich in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte dort einsetzen. In solchen Fällen kann es notwendig sein, dass diese Menschenrechtsaktivist*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer Landes gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu sammeln. Wir wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-Westfalen ein entsprechendes Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte einrichtet. Mit einem Stipendium für einzelne MRV soll es möglich werden, deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern. Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte weltweit leisten.

4.2 Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen

Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke Justiz, die für alle Bürger*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor großen Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2017 wichtige Reformen auf den Weg gebracht, um Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese werden wir anknüpfen und verlorene Zeit aufholen.

Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat

Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller Niedersächs*innen. Wir GRÜNEN wollen, dass die Personalausstattung, die Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit Einsatzmitteln und (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Kriminalität hat sich grundlegend gewandelt. Einerseits gibt es immer mehr digitale Straftaten – andererseits nimmt die Bedeutung der digitalen Kommunikation in allen Kriminalitätsbereichen zu. Viel zu oft wurden Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Um Ausstattung und Ausbildung der Polizei an die gegenwärtige Entwicklung anzupassen, rufen wir eine *Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit* ins Leben, die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN die Ermöglichung eines Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes von Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden überprüfen, ob sich die ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben, ihre Verhältnismäßigkeit neu bewerten und die Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder einschränken bzw. am Maß des tatsächlich Erforderlichen ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen Wirksamkeits-Check an, um die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei Bedarf nachsteuern zu können. Eine zunehmende Militarisierung der Polizei durch eine unnötige Aufrüstung lehnen wir ab. Reformen und Ausweitungen polizeilicher Kompetenzen sind für uns GRÜNE stets unter Abwägung der individuellen Freiheit und der Gewaltenteilung zu beurteilen.

Wir wollen die Stelle einer*eines unabhängigen, parlamentarisch bestimmten Polizeibeauftragten schaffen, die*der die Belange der Polizist*innen gegenüber Regierung und Parlament vertritt und im Konfliktfall für Bürger*innen ansprechbar ist. Polizist*innen sollen die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die*den Polizeibeauftragten zu wenden. Die

Stelle muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben unabhängig – insbesondere gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können. Für Betroffene soll sie*er niedrigschwellig, mehrsprachig und barrierearm erreichbar sein. Dies gilt auch für Betroffene von Racial Profiling, die sich ebenfalls an die*den Antidiskriminierungsbeauftragten wenden können. Mindestens einmal im Jahr soll die*der Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen und darin auch mögliche Fehlentwicklungen wie zum Beispiel Vorfälle von Racial Profiling klar benennen.

Neben einer besseren Unterstützung, Supervision und Schulung gehört für uns zu einer modernen Fehlerkultur innerhalb der Polizei auch eine unabhängige Aufarbeitung einzelner schwerer Versäumnisse. Im Umgang mit möglichen Dienstvergehen von Polizist*innen wollen wir deshalb eine Innenrevision der Polizei einrichten, die beim Verdacht auf Straftaten von Polizist*innen die Ermittlungen führt – organisatorisch getrennt von anderen Dienststellen. Auf diese Weise beenden wir die derzeitige Praxis, dass solche Ermittlungen von den Kolleg*innen anderer Polizeidienststellen geführt werden müssen. Dies stärkt nicht zuletzt das Vertrauen in die rechtsstaatliche Kontrolle der Polizeiarbeit. Es gehört zu einem zukunftsfähigen Sicherheitsbegriff, mehr Professionen in eben diesen Sicherheitskomplex zu integrieren. Sanitäter*innen, Streetworker*innen und psychologische Krisenhilfe können dabei helfen, potenziell bedrohliche Situationen konfliktarm zu lösen. Durch massiven Ausbau von finanziellen und personellen Ressourcen ziviler Träger schützen wir nicht nur die Betroffenen, sondern entlasten auch die Polizei.

Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den Rechtsschutz insbesondere für Teilnehmer*innen von Demonstrationen und stärken das Vertrauen in die rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine anonymisierte Kennzeichnung für Polizist*innen in geschlossenen Einheiten, z. B. bei Demonstrationen oder Fußballspielen ein. So lassen sich Beamt*innen nachträglich leichter identifizieren – zugleich wird ihrem legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung getragen. Wir setzen uns darüber hinaus für alternative Einsatzstrategien der Polizei auf Demonstrationen ein, die die Bürger*innenrechte schützen, deeskalierend wirken und sowohl die Demonstrant*innen als auch die Polizeibeamt*innen vor Gewalt schützen. Die Rechte von Demonst-

rant*innen gegenüber den Sicherheitsbehörden müssen stets gewährleistet bleiben. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Einsatzkonzepte und die Struktur der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) kritisch überarbeitet werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, die Strafbewehrung des Vermummungsverbots auf Versammlungen wieder aufzuheben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN strebt zudem ein Verbot von Pferde- und Hundestaffeln auf versammlungsrechtlich geregelten Veranstaltungen in Niedersachsen an, um zur Deeskalation beizutragen.

Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir klare und transparente Regeln, um die Rechte jeder*s Einzelnen zu schützen. Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden. Eine anlasslose und massenhafte Videoüberwachung lehnen wir ab, da sie kaum zur Gefahrenabwehr beiträgt.

Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage aufbauen und die kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir die Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die Perspektive auszuweiten und Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders verletzliche Personen richten und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige gebracht werden. Um die Polizei noch stärker in der Gesellschaft zu verankern, wollen wir prüfen, die Ausbildung in Zukunft nicht ausschließlich an Polizeiakademien, sondern auch an regulären Hochschulen und Universitäten zu ermöglichen.

Polizei in einer bunten Gesellschaft

Unsere Polizist*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dabei ist die Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie sind jedoch auch selbst ein Teil der Gesellschaft: Gruppenbezogene Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier wie in den allermeisten Organisationen und Institutionen. Die Gesellschaft wird bunter und mit ihr die Anforderungen, die die Bürger*innen an die Polizei stellen. Die Polizei muss für gruppenbezogene Zuschreibungen und rassistische Stereotype besonders sensibilisiert sein. Kein anderes Organ

übt so direkt das staatliche Gewaltmonopol aus.

Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die Wissenschaft begleitet und kritisch untersucht wird. Die Politik braucht frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche Fehlentwicklungen, zum Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung von Polizist*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir durch weitere Präventions- und Supervisionsmaßnahmen einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-Kompetenz legen. Die Einstellungsvoraussetzungen im Laufbahnrecht wollen wir flexibler gestalten, damit sich gesellschaftliche Vielfalt besser innerhalb der Polizei abbildet. Racial Profiling ist verboten. Damit Betroffene von Racial Profiling übermäßige Kontrollen nachweisen können, soll ein Ticket-System eingeführt werden: Jede Person, die von der Polizei kontrolliert wird, erhält nach der Kontrolle ein Ticket, bei dem Ort, Zeit, Datum, Grund und Umfang der Kontrolle festgehalten werden.

Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den Projekten *Polizeischutz für die Demokratie* und den S*trategiepat*innen für Demokratie* verfügt die Polizei Niedersachsen über ein Netzwerk und Strukturen, die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten kann. Polizeiführung und -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade deshalb sind die Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden Präventionskonzept die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

Werden niedersächsische Beamt*innen zu Frontex-Einsätzen entsendet, so ist sicherzustellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligen. Die Weiterbildung von niedersächsischen Beamt*innen in den Bereichen Völkerrecht und Menschenrechte ist zu gewährleisten und erheblich zu verbessern. Gleichzeitig müssen anlasslose Supervisionen der niedersächsischen Beamt*innen, die an Frontex-Einsätzen teilnehmen, strukturell verankert und als Standard eingefordert werden.

Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen

Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem demokratischen Rechtsstaat

stets eine Herausforderung dar, da sie sich öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben, lehnen wir ab – etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen angewiesen ist.

Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und der Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen durch verdeckte Methoden wollen wir GRÜNEN den Reformprozess des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß.
Die durch die rot-schwarze Koalition eingeschränkte Möglichkeit von Auskunftsersuchen beim Verfassungsschutz werden wir wieder erleichtern. Den Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien des Bundes und der Länder.

Katastrophenschutz krisenfest machen

Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den Katastrophenschutz. Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in den kommenden Jahren zunehmen. Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit Notfallmaterialien und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade der Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird und bei der Suche nach Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN halten darum zusätzliche massive Investitionen in den Katastrophenschutz für erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten Katastrophenschutzstrategie bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir schließen und

neben Investitionen in Ausstattung und Material auch Strategien für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt- und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr Frauen und Migrant*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine Taskforce Moor- und Waldbrand einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Feuerwehren ein niedersächsisches Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu Mischwäldern und die Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen und die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Katastrophenschutzverfahren werden wir verstärkt auf EU-Ebene betrachten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz forcieren und institutionalisieren.

Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken

Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice an unseren Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Wir setzen uns daher auch für den Erhalt aller aktuell bestehenden Gerichtsstandorte ein. Die Coronapandemie hat die Defizite der Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal als auch im Büro zu einer Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigen gelten. Auch der Zugang der Bürger*innen zu Justiz und Gerichten muss digitaler werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung, Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online durchzuführen und Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter*innen aus, statten die Gerichte mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den Einsatz von modernen Instrumenten wie Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und Algorithmenbasierten Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in zukünftigen Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Dieselabgasskandal – können diese zu einer spürbaren Entlastung der Gerichte beitragen. Klar ist für uns: Technische Systeme können und dürfen richterliche Entscheidungen nur vorbereiten oder unterstützen –

die Entscheidung bei Gericht muss immer durch einen Menschen getroffen werden.

Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln

Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und praxistauglicher, ohne die Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa Cannabisnutzung zum Eigengebrauch, Beförderungserschleichung und Containern müssen nicht mit dem Strafrecht bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu modernisieren. Bis zu einer Bundesregelung werden wir das Landesrecht nutzen, um die Strafverfolgung von Cannabiskonsum zu vermeiden. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig, kontraproduktiv, teuer und sozial ungerecht. Wir wollen sie soweit möglich vermeiden und dazu Programme wie Schwitzen statt Sitzen, Geldverwaltung statt Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe sowie die aufsuchende Tätigkeit des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) und andere Träger stärken. Das entlastet die Polizei ebenso wie Vollstreckungs- und Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen wie Vermögensabschöpfung und Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien konsequent an und statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur Stärkung des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr erreichbaren richterlichen Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen, Hausdurchsuchungen oder anderen behördlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, die einer unverzüglichen richterlichen Entscheidung bedürfen.

Wir werden durch technische und organisatorische Maßnahmen die Zusammenarbeit und den Austausch von Amtsgerichten sowie Landgerichten untereinander stärken, damit diese auch in Zukunft Verfahren aus Spezialmaterien oder Großverfahren kompetent und zeitgerecht bewältigen können.

Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll sein. Diese Spezialisierung darf zudem nicht zu Lasten der Verfolgung der allgemeinen Kriminalität gehen. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften

evaluieren und ein Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken

Kernpunkt unserer grünen Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Gelungene Resozialisierung ist der beste Opferschutz. Wir setzen einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Lebens nach dem Vollzug zu unterstützen. Neben medizinischer Behandlung, insbesondere von Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter Vollzug vielfältige therapeutische Behandlungsangebote zur Verbesserung der sozialen Kompetenzen und zur Reduzierung der straftatursächlichen individuellen Probleme. Daneben braucht es auch Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur schulischen und beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler Angebote und Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte wollen wir stärken. Er erfüllt wichtige Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer und familiärer Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu sichern, bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir Justizvollzug und Bewährungshilfe wieder stärker verzahnen. Dies schützt die Gesellschaft und die Täter*innen davor, rückfällig zu werden.

Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken

Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen Ebenen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss diverser werden. Jurist*innen mit Migrationshintergrund werden noch zu selten Richter*innen und Staatsanwält*innen. Mit Hilfe von gezielten Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in der Justiz für breitere Bevölkerungsgruppen attraktiv – von der Wachtmeister*in bis zur Gerichtspräsident*in. Die Besoldung und die beruflichen Rahmenbedingungen von Justizwachtmeister*innen und Bediensteten im Justizvollzug allgemein wollen wir verbessern: Die Stellenausstattung soll am tatsächlichen Stellenbedarf, der an den gewachsenen Aufgaben zu bemessen ist, ausgerichtet werden. Therapeutische Angebote und sozialpsychologische Betreuung wollen wir auf die Justizwachmeister*innen und andere Bedienstete im Justizvollzug ausweiten.

Wir wollen das Schöffenamt besser mit der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen sowie mit beruflicher Selbstständigkeit vereinbar machen. Die Kommunen unterstützen wir dabei zu verhindern, dass Verfassungsfeind*innen Zugang zum Schöffenamt erlangen.

Der Zugang zum Richter*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen. Außerfachliche Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher gewichten. Wir öffnen neue Karrierewege für Quereinsteiger*innen und bauen Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das Referendariat in Teilzeit gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend umgesetzt wird. Die Reform und Modernisierung des Jurastudiums treiben wir umfassend voran. Neben der Einführung des digitalen Examens legen wir einen Schwerpunkt auf die Reduzierung des hohen psychischen Drucks. Der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig daran und stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden. Um das Referendariat attraktiver zu gestalten, soll die Ausbildungsbeihilfe überprüft werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für uns Priorität. Dazu zählen auch umfassende fachliche und außerfachliche Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in den Bereichen interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir GRÜNEN starten eine groß angelegte Ausbildungsinitiative und machen die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug bekannter – denn guter Vollzug braucht gutes Personal.

Prävention und Opferschutz stärken

Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rücken Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und Rechtspolitik, stärken die wichtige Arbeit des Landespräventionsrats und erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft eine Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter*innen – Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN

werden Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen, da eine schnelle Aburteilung gerade auch im Interesse der Opfer von Straftaten liegt. Wir stellen Möglichkeiten zur audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug*innen flächendeckend sicher und bauen Fortbildungsangebote für Richter*innen und Staatsanwält*innen aus – z. B. im Bereich kindgerechte Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten unterstützen, fördern wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale Angebote können eine gute Ergänzung sein. Zur Stärkung des Opferschutzes und für eine höhere Sensibilisierung in der Justiz wollen wir das Amt der*des Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften einführen.

Hasskriminalität bekämpfen

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität – beispielsweise auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religionszugehörigkeit oder rassistischer Zuschreibungen (vgl. S. 163 *In Vielfalt zusammenleben)*. In den letzten Jahren haben diese Delikte stark zugenommen. Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme und Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet heute online statt oder wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität oder auch unter Klarnamen geäußert werden, ebenso wie um die Radikalisierung von Einzelpersonen und Netzwerken in Onlineforen und Chatgruppen. Wir wollen, dass Verfassungsfeind*innen keinen Zugang zu Waffen bekommen. Deshalb wollen wir u. a. Verfassungsfeind*innen bereits bestehende Waffenbesitzerlaubnisse konsequent entziehen.

Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über Hasskriminalität hinausgeht, wollen wir daher die Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern. Dabei behalten wir die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

4.3 Für eine vielfältige Gesellschaft

Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass

Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie stets gelernt, gelebt und verteidigt werden muss und demokratiefeindliche Haltungen und Handlungen sich nicht allein durch Bildung und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die Verachtung gegenüber Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmythen besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene waren sie auch vor der Pandemie tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein entschiedenes staatliches Vorgehen gegen Hasskriminalität und für klare gesetzliche Regelungen gegen alltägliche Formen der Ausgrenzung.

Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den letzten Jahren merklich zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser Minderheiten, People of Color, migrantisch gelesene Personen, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung – und zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz eintreten, wie Bürgermeister*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen. Wir sagen Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Dazu stärken wir die Aufklärung und Ahndung von Hass im Netz und schaffen für die Meldung, Anzeige und statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche Möglichkeiten, die über die bisherigen Formen hinausgehen (vgl. *4.2 Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen).* Programme der politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Wir setzen uns für ein gesichertes Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt ein. Synagogen und andere von rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Gewalt bedrohte Einrichtungen müssen wirksam geschützt werden. Hierfür werden wir schnell und unbürokratisch Hilfe sicherstellen. Außerdem wollen wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in unseren Institutionen bekämpfen. Wir werden darauf hinwirken, dass Reichsbürger*innen und andere Verfassungsfeind*innen im öffentlichen Dienst mit allen rechtlichen Mitteln begegnet wird.

Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen des Landes und der Kommunen bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken zwischen dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Für Betroffene machen wir es leichter, gegen Diskriminierung vorzugehen und schaffen erstmals Möglichkeiten, Entschädigungs- und Ersatzansprüche geltend zu machen. Zur Durchsetzung der Ansprüche schaffen wir ein Netz aus dezentralen Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die niedrigschwellig, mehrsprachig und barrierearm erreichbar sind. Vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten können sie die Betroffenen beraten und die Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten.

Queeres Leben gehört zu Niedersachsen

Niedersachsen ist so queer wie die Menschen, die darin leben. Sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum gibt es lesbische, schwule, bi-, a- und pansexuelle, trans*, inter* und nichtbinäre Menschen in allen Generationen. Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als solche sichtbarer werden. Hierzu werden wir GRÜNEN aktiv beitragen.

Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Unterstützungs- und Vernetzungs-strukturen für queere Menschen schaffen. Insbesondere werden wir eine flächendeckende Beratung für trans*, inter* und nichtbinäre Personen sowie für Familien mit genderqueeren Kindern ermöglichen. Der Zugang soll niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen. Hasskriminalität gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Aufklärung, Prävention, eine zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für die Opfer queerspezifischer Gewalt sowie eine gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendarbeit und fördern den Aufbau queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendverbandsarbeit. Sportvereine und -verbände sollen für den Umgang mit queeren Themen sensibilisiert und queere Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. *Niedersachsen in Bewegung).* Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit von Körpern und sexuelle bzw. romantische Orientierung, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Rechte in der Schule

angemessen und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts. Geschlechterdifferenzierte Angebote im Sportunterricht reduzieren wir zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten. Wir setzen uns für einen sensiblen Umgang mit sowie eine angemessene räumliche Berücksichtigung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen ein. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung von All-Gender-Toiletten in Form von abschließbaren Einzelkabinen mit Waschbecken sowie einen sensiblen Umgang mit Umkleidesituationen gelingen.

An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein – ohne die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für queere Vielfalt wollen wir als Teil der Lehrkräfteaus- und Weiterbildung verankern. Schulen sollen Mitarbeitende des multiprofessionellen Teams als Ansprechpartner*innen für diese Belange benennen und das Land klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere mit trans*, inter* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern und die Förderung verstetigen.

Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen Lebensphasen und wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von inter*, trans* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hin. Die Situation queerer Menschen im Alter verbessern wir, indem wir für ihre besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für ein Altern in Würde fördern.

Eine queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter Sprache machen wir in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum Standard. Wappengesetz und Fahnenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken darauf hin, dass auch für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen angst- und diskriminierungsfrei nutzbare Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen. Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz queerer Menschen vor Diskriminierung.

Neben dem unschätzbaren ehrenamtlichen Engagement im queeren Bereich braucht es eine professionelle Angebotsstruktur, um dem steigenden Bedarf an fachlicher Beratung und

Information gerecht zu werden. Wir treten daher für eine stärkere und nachhaltige Förderung queerer Struktur in der Selbsthilfe und Interessenvertretung ein.

Weltanschauliche Neutralität des Staates

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion oder Weltanschauung benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie der Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach „Religionen und Weltanschauungen" an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche Sichtweisen vermitteln und Vertreter*innen verschiedener Religionsgemeinschaften die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer Glaubensüberzeugungen geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen offenstehen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung von Kirche und Staat sowie die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die Kirchen an. Bei der Versorgung mit medizinischen und sozialen Einrichtungen wie Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die Wahlfreiheit zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet auch, dass an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden muss. Hierfür braucht es eine Bedarfsanalyse. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen wollen wir ebenso abschaffen wie den Friedhofszwang für Urnenbestattungen. Zudem wollen wir alle Voraussetzungen dafür schaffen, umweltfreundliche Bestattungsformen auf Friedhöfen zu ermöglichen. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen Religionslehrer*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

Demokratieförderung und politische Bildung

Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die beispielsweise während der

Coronapandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich: Eine lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus, Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung und (Bildungs-)Arbeit.

Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir eine enge Zusammenarbeit an. Eine weitreichende Förderung von Projekten zum Ausstieg aus rechtsextremistischen und verschwörungsmythischen Szenen wird sichergestellt. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie ist Vorreiterin bei der digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der – zum Teil gezielte – Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen Funktion nicht gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Trägern nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz wollen wir politische Bildung finanziell besser vergüten und die Demokratiebildung an Schulen durch entsprechende Lehrer*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl. *GRÜNE machen Schule).* Gleiches gilt auch für die Strukturen im organisierten Sport in Niedersachsen.

Demokratie lebt von Beteiligung

Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen ernsthaften Klimaschutz mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele politische Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen

wir das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine Änderung der Landesverfassung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich. Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14 Jahren bei Kommunalwahlen wählen können. Bei Kommunalwahlen führen wir außerdem das aktive und passive Wahlrecht für Drittstaatsangehörige ein. Auch die Mitarbeit in den Räten und Kreistagen soll offener und familienfreundlicher werden. Deshalb streben wir unter anderem eine Regelung für die Elternzeit an.

Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen besser nutzen. Oftmals sind es Volks- und Bürger*innenentscheide, die wichtige Veränderungen anstoßen, wo die Politik noch zu zögerlich ist. So war es das – auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden vorangetriebene – Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich konkrete Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für zukünftige Volks- und Bürger*innenentscheide senken und die möglichen Themenfelder für Bürger*innenentscheide ausweiten. Nach Vorbild von Baden-Württemberg schaffen wir mit Bürger*innenräten eine Möglichkeit, bei ausgewählten Themen Bürger*innen mit in die Gesetzgebung einzubeziehen. Für eine basisdemokratische Unterstützung des Klimaschutzes vor Ort können Bürger*innen-Klimaräte in wissenschaftlicher Begleitung einen wichtigen Beitrag leisten.

Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für eine effektive öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade von SPD und CDU ist Niedersachsen eines der letzten Bundesländer ohne ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir wollen hier noch weiter gehen und werden ein Transparenzgesetz einführen. So geben wir allen Bürger*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen Informationen. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante Entwicklungen verpflichtet werden.

4.4 Gleichstellung und Feminismus

Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem Leben erhält. Noch immer erhalten viele Frauen für die gleiche oder gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere Rente und oft weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen Lebensbereichen vor allem die Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall" betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, inter* und trans* Personen ist ein Grundstein grüner Politik und durchzieht unsere Programmatik als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies betrifft die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen in der Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden Generationen ein größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein Schlüssel hierzu ist die Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit Geschlechterrollen und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas verankern, Lehrmaterialien überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend aus- und fortbilden (vgl. *3.2 Grüne Politik macht Schule)*. Gendersensible Erziehung etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung einer Konsenskultur und gute Sexualaufklärung. „Nein heißt Nein" und vor allem „Nur Ja heißt Ja" sind Grundsätze, die von Beginn am im Zentrum der pädagogischen Arbeit stehen müssen.

Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten Schritt lassen wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert*innen auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des Gender Budgeting vorzubereiten.

Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, mit der Wirtschaft und den

Gewerkschaften setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen, inter*, nichtbinären und trans* Personen ein, die heute immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit sowie die Ersetzung des Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

Unser Ziel ist es, auch die digitale Welt gleichberechtigt zu gestalten. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne starten, um mehr Gleichberechtigung in der IT-Branche zu schaffen und mehr Frauen, inter*, nichtbinäre und trans* Personen für Jobs in diesem Bereich zu gewinnen. Die digitale Welt ist bisher vorrangig in (cis-)männlicher Hand.

Frei leben ohne Gewalt

Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist das Produkt einer von sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen abwertet und zum Objekt macht und Männer zu Tätern werden lässt. Sie ist das Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur der Gewalt sagen wir den Kampf an.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt. Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende Aufgabe verankern und eine Gesamtstrategie *Frei leben ohne* Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei braucht es durchgängig eine intersektionale Perspektive – also einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen mit Behinderung, queeren Menschen, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und wohnungs- und obdachlosen Frauen. Wir begrüßen die Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich verstärkt an der Finanzierung zu beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die Schaffung neuer Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch Mindeststandards bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen ge-

holfen werden kann, sowie der Ausbau der Beratungsstellen. Für geflüchtete Frauen wollen wir zusätzliche Safe Houses einrichten, sodass Frauen in Einrichtungen mit einem umfassenden Gewaltschutzkonzept ankommen können, ohne Angst vor weiteren Übergriffen haben zu müssen. Zusammen mit den landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das Zentrum des Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen berücksichtigt werden. Nötig ist eine Förderung, die nicht an die Belegung gebunden ist und die Plätze müssen für die Frauen kostenlos sein. Wir wollen eine verlässliche, staatliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern sowie eine verlässliche Finanzierung und Rahmenbedingungen für präventive Maßnahmen in Kitas und Schulen. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter*innen und Wohnungsgenossenschaften unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum Beispiel anonyme, Aufnahme ermöglichen.

Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern, damit von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu Hilfsangeboten erhalten. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wollen wir auch für konkrete Anliegen von geflüchteten gewaltbetroffenen Frauen bereit- und sicherstellen. Auch die so wichtige Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell abgesichert sein. Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich wenden kann, und dort sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene Koordinierungsstelle der niedersächsischen *Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt* wieder und dauerhaft finanzieren. Gewalt an Frauen ist strukturell. Daher wollen wir für Niedersachsen eine Koordinierungsstelle aufbauen und finanzieren, die die Umsetzung der Istanbul-Konvention ressortübergreifend und interdisziplinär, unter Beteiligung von Fachkräften aus der Zivilgesellschaft, koordiniert und diese begleitet. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl. *Gesundheit und Pflege)*.

Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von Gewaltdelikten und Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter* und trans* Personen stärken. Hierzu gehört für uns neben der Sensibilisierung von Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um Wiederholungstaten zu verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so sichtbarer gemacht werden. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Femizide strafrechtlich als Morde verurteilt werden können. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und Schwerpunktbildung bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen, um organisierten Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und Betroffene besser zu schützen (vgl. *Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen).* Unterstützungs- und Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir langfristig finanziell absichern – dies insbesondere auch im ländlichen Raum. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen uns für eine Verbesserung der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter*innen ein. Generell wollen wir Armut bekämpfen und Menschen gezielt helfen, damit ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Sexarbeit als Erwerbsmöglichkeit möglich ist. Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes, etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-) Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen mit Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

Die Hälfte der Macht

Frauen, inter*, trans* und nichtbinäre Menschen sind in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen stark unterrepräsentiert. Zentrale politische Entscheidungen werden immer noch überwiegend von Männern getroffen. Nach der letzten Landtagswahl lag der Anteil der Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir eine verfassungsfeste, paritätische

Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im Landtag und in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit Frauen besetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu ändern – etwa durch Festlegung eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung, vakante Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende Gleichstellungsbeauftragte erhalten – einschließlich der Samtgemeinde selbst. Zugleich wollen wir Mindeststandards für die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen gesichert ist. Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir für eine Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler Wahlbeamt*innen festlegen.

Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark unterrepräsentiert. Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

4.5 Niedersachsens Kultur und Medien: Vielfalt erhalten

Kunst und Kultur sind elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. In einer Zeit der Erschütterung, in der sich die Welt und unser Weltvertrauen radikal ändern, ist das ein hohes Gut, denn Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen Debatte und lebendiger Demokratie. Sie haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Und sie können Orte sein, um zu zweifeln und zu ringen und um notwendige Veränderungsprozesse auszuhandeln. Damit geben sie uns als Gesellschaft Sicherheit in unsicheren Zeiten. Eine lebendige und breite Kulturlandschaft braucht große und kleine Theater und Museen genauso wie die freie Kulturszene, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien, Soziokulturelle Zentren, Clubs und sich stetig neu entwickelnde Formate. Doch auch die Kulturorte bekommen ihren Geist erst durch die zahlreichen kreativen

und qualifizierten Künstler*innen und Kulturschaffenden. Sie sind das Herz der vielfältigen und diversen Kulturszene im Land. Sie müssen gestärkt werden, damit sie den Mut behalten, weiterhin in diesem Feld zu arbeiten.

Die Coronapandemie, deren Auswirkungen in der Kunst- und Kulturszene nach wie vor starke Erschütterungen hervorruft, hat ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kunst und Kultur oftmals unter prekären Bedingungen entstehen. Sie brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen: faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten, bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb wollen wir Honoraruntergrenzen, angemessene Ausstellungshonorare und faire Ankaufspreise bei Kunstwerken für den öffentlichen Raum.

Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit

Um die Vielfalt von Kunst und Kultur zu sichern, muss das Land zur Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen bei institutionellen Förderungen und die Verstetigung der Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Wir wollen Förderungen weiterentwickeln, sodass sie eine strukturellere und damit nachhaltigere Wirkung erzielen. Dies tun wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden, damit die Förderungen so effektiv und passgenau wie möglich wirken. Zusätzlich müssen die Förderverfahren vereinfacht und entbürokratisiert sowie mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen ergänzt werden. Darüber hinaus sichern wir den Kulturfachverbänden Verlässlichkeit und Kontinuität zu, damit sie als aktive Partner*innen am Kulturentwicklungsprozess beteiligt sind. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kunst und Kultur auch in Zeiten knapper Kassen nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand stehen. Wir treten ein für eine verbindliche Kulturentwicklungsplanung, an der alle Kulturakteur*innen beteiligt sind und die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst wird.

Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen und Innovationen in einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem bürgerschaftlichen Engagement getragen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle Grundversorgung, sondern sind Diskurs- und Versammlungsorte, Projekt- und Ausstellungsräume, Impulsgeber*innen

für zukunftsweisende Projekte, Vernetzungsplattform lokaler Akteur*innen und Anlaufpunkte für internationale Künstler*innen. Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer Grünen Kulturförderstrategie einen Schwerpunkt auf ländliche Räume. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen, beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen, unterstützen. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die klassische Kultureinrichtungen auf dem Weg der Diversifizierung begleiten. Clubs sind kulturelle Orte und müssen vor der Verdrängung aus den Innenstädten geschützt werden. Deshalb unterstützen wir sie bei der energetischen sowie akustischen Sanierung.

Freiräume schaffen: Digital und analog

Kunst und Kultur brauchen Freiraum, denn Kunst und Kultur sind immer in Bewegung und verändern sich. Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren. Gerade in der Pandemie haben Kunst- und Kulturschaffende ihre Flexibilität und Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler*innen während der Lockdowns entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kunst und Kultur finden aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt. Neue Genres, die ihren Ursprung in der digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung.
Die Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der Kommunikation zwischen Kulturakteur*innen und Kulturkonsument*innen. Die kulturelle Partizipation, z. B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von Nutzer*innen geschaffen wurden (user generated content) gehört dazu – ebenso wie der Auf- und Ausbau generationsübergreifender digitaler und hybrider Angebote. Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten effizient und kreativ nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch für Solokünstler*innen – auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst sind.

Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum einen, indem sie mit großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum anderen indem sie

immer wieder Impulse für eine nachhaltig agierende Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung einer *Green Culture Desk*-Beratungsstelle und eines *Green Culture Fonds* unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der Kulturstiftungen mit eigenen Förder- und Beratungsangeboten flankieren und sie damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Kulturpolitik machen.

Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken

Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb brauchen sie einen barrierearmen Zugang zu Kunst und Kultur – unabhängig von Elternhaus und Wohnort. Wir stellen uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden Ganztagsschulbetrieb zu integrieren. Die *Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung* in Niedersachsen ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin unterstützen werden.

Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller Akteur*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kunst und Kultur zu erleichtern, wollen wir daher Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu öffnen. Mit Programmen zur Entwicklung von Kulturorten (Dritten Orten) wollen wir Menschen die Möglichkeit des Treffens, Kennenlernens und Austausches untereinander und der Begegnung mit Kunst und Kultur ermöglichen. Kulturelle Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang zu Kunst und Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation in Leichter Sprache.

Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln

Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser politisches Selbstverständnis. Rechte Kräfte haben unserer demokratischen Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf angesagt. Es sind Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso wichtiger, die Erinnerungskultur zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln. Wir unterstützen

die vielfältigen Formen des Erinnerns in Schulen, Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeug*innen leben, steigt die Bedeutung von Gedenkstätten und Lernorten an Original(schau-)plätzen. Diese wollen wir besonders stärken.

Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer Bundesministerien voran. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für uns auch, die zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu berücksichtigen. Ein Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer Menschengruppen stehen – unabhängig von der eigenen Familiengeschichte. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit in Afrika, Ostasien, Südeuropa, Osteuropa und Ozeanien. Das von uns GRÜNEN initiierte *Netzwerk Provenienzforschung* wollen wir weiterentwickeln. Die Klärung der Herkunft von Kunstgegenständen und die im Netzwerk begonnene Aufarbeitung systematischen Kunstraubs wollen wir gemeinsam mit den Menschen aus den Herkunftsgesellschaften und den Museen weiter verstärken und uns gleichzeitig mit der Frage von Restitution auseinandersetzen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste* weiter vertiefen.

Vielfältige Medienlandschaft

Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig – vom überregionalen Rundfunkhaus über die Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio. Sie alle versorgen die Niedersächs*innen mit wertvollen Informationen. Grundlage hochwertiger Medienangebote sind gut ausgebildete Journalist*innen. Wir GRÜNEN honorieren in der Landesmedienförderung besonders diejenigen Medienhäuser, die einen Fokus auf die Ausbildung des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionaler und kommunaler Themen in der redaktionellen Arbeit. Dies stellt gerade vor Ort eine vielfältige Berichterstattung sicher und wirkt der Medienkonzentration entgegen. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue journalistische Verbreitungsformen und eine übergreifende Zusammenarbeit, wie z. B. Netzwerkplattformen und Rechercheverbünde, auf den Weg bringen. Das

Bestreben der Ampelregierung im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus Niedersachsen heraus und setzen uns für die Aufnahme von gewinnzweckfreiem Journalismus in den Zweckkatalog der Abgabenordnung ein.

Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine kulturelle Filmförderung. Zudem verbessern wir die Förderung für journalistische Reportagen und Dokumentationen sowie die Games-Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut Medien zu erhalten: u. a. durch die verstärkte Digitalisierung und öffentlich zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und Printprodukte.

4.6 Niedersachsen engagiert sich

Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken

Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen engagieren sich rund 3,7 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in klassischen Ehrenämtern im Verein oder in Parteien, in Freiwilligendiensten, bei der Feuerwehr oder in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement oder spontan bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig wie die Niedersächs*innen.

Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement – dazu bringen wir eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, um Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren sowie um den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der Digitalisierung gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte werden wir fördern und stärker sichtbar machen. Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie profes-

sionelle Vereinsgeschäftsstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich finanzieren. Neue Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen Engagierten, in der Vielfalt der Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen Zielgruppen aus. Engagement braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen: Ehrenamtskarten, Fortbildungsmöglichkeiten und vergünstigte Nutzungsangebote für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren ein Bündel an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze

Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen. Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen. Wir unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und möglichst barrierefrei auszubauen. Bewegung und Sport fördern die kindliche Gesundheit und ermöglichen den Aufbau sozialer Beziehungen – unabhängig von Herkunft und Elternhaus. Barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen für uns GRÜNE zur soziokulturellen Teilhabe, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die Kommunen klimapositiv saniert oder erneuert werden können. In der Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine bessere Verankerung im Ganztag unabdingbar (vgl. *3.2 Grüne Politik macht Schule)*. Teilhabemodelle, die das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung beim Sport stärken, werden wir im Schul- und Breitensport ausbauen. Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Die Pandemie hat aber auch

verdeutlicht, dass Breitensport zu sehr auf ehrenamtlichem Engagement fußt. Nach den finanziellen Nothilfen in der Pandemie braucht es nun zukunftsfähige Konzepte, um Mitglieder in den Sportvereinen zu halten und dazuzugewinnen. Das wird langfristig nur mit einer Stärkung des Ehrenamts und des Hauptamts funktionieren. Wir wollen gemeinsam mit dem organisierten Sport und der Wissenschaft Strukturen entwickeln, die das Ehren- und Hauptamt im Breitensport ressourcenschonend und attraktiv miteinander verbinden. Ehrenamtliche Strukturen benötigen bei steigenden Verwaltungsaufgaben Unterstützung, um sich auf die Durchführung ihrer Sportangebote konzentrieren zu können. Hierzu wollen wir in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene und dem Landessportbund die örtlichen Sportvereinsstrukturen weiter stärken und in Kooperationen Mittel für eine hauptamtliche Unterstützung bereitstellen. Mit durchgehenden digitalen Prozessen von der Antragstellung bis zur Abrechnung wollen wir die Sportförderung für die Vereine und Verbände attraktiver machen. Sport findet aber nicht nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des gemeinsames Sports und neue Sportarten werden zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren. Wir unterstützen eine stärkere Anbindung des E-Sports an das Vereinswesen. Daher begrüßen wir die Bundesinitiative zur Gemeinnützigkeit des E-Sport. Wir möchten die niedersächsische Vereinslandschaft darin bestärken, den E-Sport in die eigene Bandbreite, besonders im Kinder- und Jugendbereich, aufzunehmen. Wir wollen Diversität, Nachhaltigkeit, Kinder- und Jugendschutz sowie Medienkompetenz im E-Sport fördern und zusammen mit den Aktiven und der Wissenschaft gestalten.

Neben dem Breitensport wollen wir den Leistungssport in Niedersachsen und damit Spitzensportler*innen mit und ohne Behinderung stärken. Wir wollen ein Konzept zur Förderung der Dualen Karriere von Spitzensportler*innen entwickeln und insbesondere Ausbildungsplätze parallel zum Spitzensport ermöglichen – auch in der Privatwirtschaft.

Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander. Wir stellen uns in aller Deutlichkeit gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt im Sport. Daher begrüßen wir den bundesweiten Aufbau eines unabhängigen Zentrums für Safe Sport und die jüngst eingerichtete Beratungs-

stelle *Anlauf gegen Gewalt*. Auch auf Landesebene wollen wir diese neu geschaffenen Strukturen nutzen und ausbauen. Darüber hinaus wollen wir gegen jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus und Antisemitismus im Sport vorgeben. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren Sportarbeit (vgl. *Queeres Leben gehört zu Niedersachsen)*. Außerdem unterstützen wir die gewerkschaftliche Organisation auch im Profisport.

Jeden Spieltag machen sich Hunderttausende friedliche Fans auf den Weg in die Fußballstadien. Ihre Sicherheit ist uns ein wichtiges Anliegen, bindet aber auch viele Kapazitäten bei der Polizei und führt zu mit den Einsätzen verbundenen Kostenbelastungen. Wir wollen die Sicherheit hochhalten, die Kosten des Polizeieinsatzes an Spieltagen aber senken. Dafür setzen wir uns für flächendeckende Dialog- und Sicherheitskonzepte nach dem Vorbild der *Stadionallianzen* in Baden-Württemberg ein, die gemeinsam von Behörden, Clubs und Fans erarbeitet werden. Bei Hochrisikospielen im Profifußball wollen wir die Einführung einer Gebühr für die kommerziellen Veranstalter in Höhe der Mehrkosten des Polizeieinsatzes nach Bremer Vorbild ergebnisoffen prüfen. Für die Einordnung als Hochrisikospiele wollen wir im Dialog mit allen Akteur*innen transparente und feste Standards setzen. Darüber hinaus wollen wir sozialpädagogische Fanprojekte und weitere Präventionsprogramme zugunsten von Demokratieförderung und Gewaltprävention stärken.

Die Ausrichtung kommender Sportgroßveranstaltungen in Deutschland knüpfen wir in Niedersachsen an klare Bedingungen. Wir wollen klimaneutrale, nachhaltige und menschenrechtskonforme Sportgroßveranstaltungen. Eine frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen und ein bleibender Infrastrukturgewinn für die Menschen vor Ort sind dabei unausweichliche Voraussetzungen.

4.7 Niedersachsen in Europa und der Welt

Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft werden auf europäischer Ebene gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns als starke Stimme aus Niedersachsen für Europa in Brüssel und Berlin ein. Für uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns auf allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das europäische Recht setzt hier wichtige Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent umsetzen. Wir fordern einen fairen Welthandel mit Handelsabkommen, die hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, transparente Klagerechte ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Auch deshalb setzen wir uns für einen ständigen, internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können. Er könnte z. B. bei einer reformierten WTO angesiedelt sein. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in allen Politikfeldern handlungsleitend. Wir sehen die Anforderungen des Green Deal als Mindestmaß an.

Europa erfahrbar machen

Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Wir sind engagierte Europäer*innen – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt des Europaengagements sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir Europäische Informationszentren (EIZ), die Europaschulen und europapolitische Initiativen. Wir bauen das Besuchsprogramm für interessierte Bürger*innen der Landesvertretung in Brüssel aus und stärken den europäischen Austausch für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende. Gezielt wollen wir Besuchsprogramme für benachteiligte soziale Gruppen entwickeln und fördern. Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen insbesondere im Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran. Doch darf sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur auf die räumliche Nähe zu Grenzübergängen beschränken. Deshalb werden wir aktiv dafür werben, dass sich niedersächsische Gemeinden um eine Mitgliedschaft oder um eine Partnerschaft im Eurocities-Netzwerk bewerben. Wir

streben eine Partnerschaft Niedersachsens mit einer Region in der Ukraine an und werden hierbei auch Verantwortung beim Wiederaufbau übernehmen. Dabei stärken und unterstützen wir auch kommunales Engagement.

Niedersachsens Verantwortung in der Welt

Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global vernetzt. Globales Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen Dimensionen zu denken: Ökologisch, ökonomisch nachhaltig, menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch Kooperationen mit weiteren Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem afrikanischen Kontinent. Wir schaffen transparente Kriterien für die Auswahl der Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und Deutschlands. Wir bringen die kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung, Fortbildung und Universitäten voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes richten wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren und aktualisieren die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-Promotor*innen und Globales-Lernen-Programme stellen wir langfristig besser auf, bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und unterstützen interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.

5. Solides Fundament für Niedersachsen

5.1 Nachhaltig haushalten

Grüne Finanzpolitik ist sich der Verantwortung unserer Gesellschaft gegenüber kommenden Generationen angesichts von Klimakrise und Sparzwang in den öffentlichen Haushalten in den letzten Jahrzehnten bewusst. Unser Ziel ist ein Landeshaushalt, der die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit durch Investitionen in soziale Infrastruktur und Klimaneutralität angeht. Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand und ermöglichen den ökologisch-sozialen Umbau. Nachhaltigkeit ist für uns untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden: Unser Ziel ist es, nachfolgende Generationen weder dadurch zu belasten, dass wir die dringend erforderlichen Investitionen in den Klimaschutz, in eine intakte öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in die Zukunft verschieben, noch Ihnen zu hohe Schulden zurückzulassen. Das Land muss in der Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig das öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine gerechte Steuerpolitik ein. Wir wollen Spitzenverdiener*innen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Auf Bundesebene werden wir uns für die Besteuerung großer Vermögen einsetzen. Daher fordern wir eine Reform der Erbschaftssteuer, die aktuell zu viele Schlupflöcher enthält.

Mit dem Niedersachsenfonds in die Zukunft investieren

Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem ungehemmten Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige Weg. Wir sehen jedoch die Finanzpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte mit ihrem Fokus auf die Schwarze Null und die Schuldenbremse als gescheitert an. Unsere wahren Schulden sind nicht nur rote Zahlen im Landeshaushalt, sondern fehlende Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit, marode Schulen und mangelnder sozialer Wohnraum. Finanzpolitische Entscheidungen müssen zum einen danach ausgerichtet werden, was sozialen Zusammenhalt und eine gute, funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge fördert – und sich zum anderen an der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeit messen lassen. Die aktuelle Ausgestaltung der Schuldenbremse verhindert jedoch Zukunftsinvestitionen und führt zum Verfall der Infrastruktur, wenn nicht zugleich die bedarfsgerechte Finanzausstattung der Länder gesichert ist. Eine nachhaltige und generationengerechte Schuldenregel ermöglicht Investitionen in die Infrastruktur sowie notwendige Zukunftsausgaben – ohne höhere Folgekosten in der Zukunft. Wir GRÜNEN stehen für eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht und das Land nicht kaputtspart. Da die Aufgaben nicht weniger werden, ist eine gerechte Finanzierung dieser ein wichtiger Baustein grüner Finanzpolitik. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen und zugleich die gesamtwirtschaftliche Lage im Blick behalten. Wir wollen daher die Schuldenregel im Grundgesetz und in der niedersächsischen Verfassung so reformieren, dass sie Investitionen in Klimaschutz und Daseinsvorsorge besser gewährleistet. Auf Landesebene wollen wir als ersten Schritt die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse künftig flexibler ausgestalten. Auch soll sie für Notlagen wie den Angriffskrieg auf die Ukraine und die Folgekosten insbesondere für die Kommunen praxisgerechter gestaltet sein. Wir werden zudem prüfen, ob die Klimakrise mit ihren bereits erkennbaren Auswirkungen eine „außergewöhnliche Notsituation“ im Sinne der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse darstellt. Sollte dies juristisch begründbar sein, werden wir die Inanspruchnahme von Notfallkrediten zur Bekämpfung der Klimakrise befürworten. Um jetzt schon handlungsfähig zu sein, haben wir gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) einen Niedersachsenfonds entwickelt. Dieser Fonds wird mit einer Milliarde Stammkapital ausge-

stattet und soll mit Mitteln des Kapitalmarktes auf zehn Milliarden Euro anwachsen. Ein solcher Niedersachsenfonds ist mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse vereinbar und soll zusammen mit Landesgesellschaften dazu eingesetzt werden, in den klimaneutralen Umbau der öffentlichen Gebäude des Landes und der Kommunen, den Aufbau einer klimaneutralen Versorgungsinfrastruktur sowie die öffentliche und soziale Daseinsvorsorge zu investieren. Für uns hat die „grüne Null" – und damit die Vermeidung ökologischer Folgeschäden durch rechtzeitige Realisierung notwendiger Investitionen in den Klimaschutz – Vorrang vor der Schwarzen Null des lediglich buchhalterischen Verzichts auf neue Kredite.

Mehr Transparenz im Landeshaushalt

In einer liberalen Demokratie müssen Bürger*innen in der Lage sein nachzuvollziehen, wofür das Land ihre Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen, Vermögen und zukünftige Belastungen entwickeln. Bisher ist das nur sehr eingeschränkt der Fall, weil der Landeshaushalt weder das Vermögen abbildet noch die sogenannte implizite Verschuldung des Landes, wozu u. a. die Pensionsverpflichtungen für Beamt*innen gehören. Mit einer Landesvermögensrechnung wollen wir das ändern und sowohl Vermögen als auch die implizite Verschuldung des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen ermitteln und im Zusammenhang darstellen. Auf diese Weise wird deutlich, über welche Vermögenswerte das Land tatsächlich verfügt, wie sich dieses Vermögen entwickelt und in welcher Höhe wir künftige Generationen einerseits durch implizite und explizite Schulden belasten – andererseits aber auch durch unterlassene Investitionen. Ein sorgsamer Umgang mit dem Vermögen des Landes bedeutet schließlich auch, Gebäude, Straßen und Brücken, aber auch den Wald des Landes zu erhalten und so das Anlagevermögen zu stärken. Der Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

Nachhaltiges Investment – Klima- und geschlechtergerecht haushalten

Bevor der Haushalt aufgestellt wird, wollen wir künftig regelmäßig alle Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel überprüfen. Das betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und Finanzhilfen. Die Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Investitionen des Landes etwa in Anlagen mit fossilen Energieunternehmen werden wir beenden (vgl. *1.1 Nieder-*

sachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen). Wir wollen nach dem Vorbild Baden-Württembergs einen *Green Bond Niedersachsen* ausgeben und mit den Erlösen ökologisch nachhaltige Projekte und Vorhaben des Landes finanzieren.

Die strategischen Beteiligungen des Landes insbesondere bei Volkswagen oder Salzgitter wollen wir dafür nutzen, den ökologischen Umbau dieser Unternehmen weiter voranzutreiben. Wir führen das Instrument des strategisches Budgeting ein, das sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen orientiert und zu dem auch das Gender Budgeting gehört. Denn eine Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges Ziel grüner Haushaltspolitik. Mit Gender Budgeting können Unterschiede reflektiert und die Mittelvergabe gerechter gestaltet werden (vgl. *4.4 Gleichstellung und Feminismus).*

Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verstärken

Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben des Landes steht und fällt mit den Steuereinnahmen. Dabei ist eine gerechte Steuererhebung die Grundlage jedes öffentlichen Haushalts. Nicht erst Luxemburg Leaks und Panama Papers haben gezeigt, dass Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ein massives Problem darstellen. Von 2013 bis 2017 hat die damalige Landesregierung mit grüner Beteiligung durch den Ankauf von Steuer-CDs und der personellen Verstärkung der Steuerfahndung wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Da wollen wir anknüpfen und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung dauerhaft um 200 aufstocken. Zudem wollen wir die Steuerverwaltung technisch besser ausstatten und flächendeckend mobiles Arbeiten ermöglichen sowie nach und nach die Stellen in der Steuerfahndung und Betriebsprüfung erhöhen. Nach dem Vorbild der Steuerverwaltung Baden-Württemberg werden wir auch in Niedersachsen ein digitales Meldeportal für Steuerdelikte einrichten. So soll ermöglicht werden, den Behörden anonym und diskret Hinweise auf Verstöße gegen Straf- und Steuergesetze zu geben. Auf Bundesebene werden wir den Missbrauch sogenannter Share Deals beenden, mit denen Investor*innen durch den Erwerb von Geschäftsanteilen die dem Land zufließende Grunderwerbssteuer umgehen. Dafür unterstützen wir unsere Bundestagsfraktion in dem Ziel einer anteiligen Besteuerung des Immobilienbesitzes

bei Unternehmensverkäufen. Share Deals bei landwirtschaftlichen Flächen wollen wir darüber hinaus der Genehmigungspflicht durch die Landwirtschaftsbehörden unterwerfen. Bei der Gewährung von Fördermitteln an Unternehmen wollen wir deren bisherigen Umgang mit steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Unternehmenssteuern zu einem wesentlichen Entscheidungskriterium machen. Wir wollen zudem, dass sich Niedersachsen im Bundesrat für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzt.

Öffentlich-private Partnerschaften

Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen. Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Dies und das Streichen von überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und Einnahmeerhöhungen. Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen. Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich durch sie, langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir nach dem Mautdesaster im Bund ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

Nord/LB risikoärmer und zukunftsorientiert aufstellen

Die Nord/LB, an der neben dem Mehrheitseigentümer Land Niedersachsen das Land Sachsen-Anhalt und die Sparkassen beteiligt sind, kommt nur sehr langsam aus der Krise. Im Jahr 2019 mussten die Eigentümer*innen aufgrund von Verlusten aus der Schiffsfinanzierung und der Übernahme der Bremer Landesbank noch einmal mit 3,6 Mrd. Euro einspringen. Um die Schuldenbremse zu umgehen, haben SPD und CDU die daraus resultierenden Belastungen für das Land trickreich in landeseigene Beteiligungsgesellschaften ausgelagert und auf diesem Weg eine große Hypothek hinterlassen. Der Abbau des ausfallgefährdeten „Garantieportfolios“ der Nord/LB muss konsequent abgeschlossen werden, wenn die Bank über den Berg kommen will. Als dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell wollen wir die Bank konsequent zu einem Nachhaltigkeitsfinanzierer umbauen, der als Kerngeschäft u .a. die Energiewende oder die Transformation der Wirtschaft unterstützt. Wir werden zudem prüfen, ob Risikoabbau und Neuausrichtung der Bank im Zuge

einer Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors leichter erreicht werden können. Mit den Landkreisen und kreisfreien Städten im Braunschweiger Raum wollen wir ergebnisoffen diskutieren, ob bzw. wie eine Herauslösung der Braunschweigischen Landessparkasse aus der Nord/LB ermöglicht werden kann.

Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen

Wir wollen für mehr Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen sorgen. Insbesondere soll die Vergütung von Vorständen und Mitgliedern der Aufsichtsgremien künftig offengelegt werden. Denn auch in diesen Unternehmen wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Wir fordern, dass die Träger der öffentlichen Unternehmen und Sparkassen, also Land und Kommunen, verpflichtend in den jeweiligen Gremien auf mehr Transparenz bei den Vergütungen hinwirken. Eine entsprechende Hinwirkungsverpflichtung kann im Sparkassengesetz oder dem Kommunalverfassungsgesetz verankert werden. Wir werden darauf hinwirken, dass das Landessparkassengesetz in Bezug auf die Gemeinwohlorientierung spezifiziert wird. Neben den Klimazielen der Bundesregierung sollte es sich am Pariser Klimaabkommen sowie den UN SDGs orientieren. Auch die Nord/LB muss sichtbar an ihrer Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne des Pariser Klimaabkommens und der UN SDGs arbeiten. Dazu gehört unter anderem eine Entwicklung klarer Anlage- und Kreditvergabekriterien, die eine ökologisch und sozial verantwortungsvolle Verwendung der Eigen- und Kundengelder sicherstellen.

5.2 Wo die Zukunft zu Hause ist: Für starke Kommunen in Niedersachsen

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns die Herausforderungen ganz handfest – hier werden Probleme gelöst. Gerade jetzt sind es die Kommunen, die für die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine sorgen sowie Angebote zu Teilhabe und Integration organisieren. In der Coronakrise sind es die Kommunen, die Kontakte nachverfolgen, soziale Spannungen abfedern und Impfzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der Zukunft kommt es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der knappe öffentliche Raum in unseren Städten zugunsten von Rad- und Fußverkehr und Aufenthaltsqualität neu aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere

klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum? Gelingt es, durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium endlich für Chancengerechtigkeit zu sorgen? Bleiben bzw. werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von Digitalisierung und Onlinehandel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität? Das alles sind Aufgaben, die nur gemeinsam mit starken und gut ausgestatteten Kommunen erfolgreich wahrgenommen werden können. Die Kommunen sind Partner*innen für die Umsetzung unserer Politik. An den kommunalen Realitäten vorbei zu regieren führt dazu, dass Politik nicht umgesetzt wird. Als Land haben wir die Aufgabe, kommunale Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten und dafür zu sorgen, dass auch im Bund die kommunalen Realitäten beachtet werden. Wir werden die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) und andere Landesagenturen dazu ertüchtigen, die Kommunen auf ihrem Weg der sozial-ökologischen Transformation zur Klimaneutralität noch zielgerichteter zu beraten.

Die Kommunen bedarfsgerecht ausstatten

Nicht zuletzt in der Coronakrise hat sich gezeigt, dass der jahrelang postulierte schlanke Staat längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der an zu vielen Stellen kaum mehr in der Lage ist, seine zentralen Aufgaben zum Wohle der Bürger*innen zu erfüllen: Die kaputtgesparten Gesundheitsämter waren trotz des herausragenden Engagements der Mitarbeiter*innen nicht annähernd in der Lage, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen kommunalen Verwaltungen bisher weitgehend spurlos vorbeigegangen. Das digitale Lernen war und ist nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlt. Um ihre Aufgaben zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht überall der Fall: Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in vielen Gemeindestraßen in nichts nach. So ist die Investitionsquote – also der Anteil, der für Investitionen vorgesehen ist – auch in den letzten Jahren weiter gesunken. Grund dieser Misere ist zum einen, dass immer neue Aufgaben an die Kommunen übertragen werden, ohne gleichzeitig für einen voll-

ständigen finanziellen Ausgleich zu sorgen. In den 1990er Jahren konnten die Sozialausgaben der Kommunen noch vollständig von den Landeszuweisungen gedeckt werden – aktuell müssen unsere Städte und Gemeinden rund 850 Mio. Euro soziale Kosten selbst tragen.

Auch ist die Kommunalfinanzierung so ausgerichtet, dass sie strukturschwache Kommunen benachteiligt und keine Gegenfinanzierung ihrer besonderen Belastungen vorsieht. Der kommunale Finanzausgleich liegt in Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir wollen den Kommunalen Finanzausgleich erhöhen und reformieren, außerdem wollen wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips überprüfen lassen: Dazu werden wir eine Enquetekommission einsetzen (vgl. *5.1 Nachhaltig haushalten).* Diese Enquetekommission sollte sich mit den Schlüsseln des Finanzausgleichs befassen. Für uns GRÜNE ist klar, dass Sozialausgaben und verminderte Steuereinnahmen stärker berücksichtigt werden sollten. Wir prüfen einen Sonderschlüssel für Kommunen, die besonders hohe Ausgaben für den Klimaschutz haben. Besonders verschuldete Kommunen muss das Land weiterhin mit Entschuldungsprogrammen unterstützen. Auf Bundesebene unterstützen wir eine solidarische Lösung, bei der Kommunen mit Kassenkrediten entlastet werden. Eine wichtige Stütze in der kommunalen Finanzierung sind Fördermittel. Wir werden Möglichkeiten prüfen, die Auszahlung von Fördermitteln an Kommunen zu erleichtern und zu entbürokratisieren.

Darüber hinaus wollen wir die Kommunen bei der Gründung kommunaler Bodenfonds unterstützen. Durch dieses Instrument wollen wir mehr Grundstücke in kommunales Eigentum überführen bzw. wieder zurückführen. So können wir den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum und Lenkungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung an die Hand geben.

Vor Ort entscheiden

Wir GRÜNEN wollen den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einräumen. Wichtige und richtige Schritte sind die erleichterte wirtschaftliche Betätigung oder die Möglichkeit der Einführung einer Tourismusabgabe zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur. Weitere Kompetenzen, etwa bei der Einrichtung von Geschwindigkeitsbeschränkungen oder mehr Mitsprache bei Bauvorhaben, stärken das Selbstbestimmungsrecht der Menschen vor Ort. Wir wollen die Instrumente der unmittelbaren Demokratie weiterentwickeln und beispielsweise

Bürgerentscheide auch bei der Bauleitplanung ermöglichen (vgl. *4.3 Für eine vielfältige Gesellschaft).*

Das von SPD und CDU überwiegend zu ihren Gunsten veränderte Verfahren zur Besetzung von Ausschüssen in den kommunalen Räten und Kreistagen werden wir zurücknehmen. Statt des Zählverfahrens nach D´Hondt, das vor allem große Fraktionen und Gruppen begünstigt, werden wir ein Zählverfahren einführen, das die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen abbildet.

Für mehr Vielfalt in den kommunalen Räten

Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der aus gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen stammenden Rats- und Kreistagsmitglieder signifikant erhöhen. Wir unterstützen, dass Kommunen Aktionspläne für Vielfalt in kommunalen Räten aufstellen. Wo vorhanden, sollen Integrations- und Behindertenbeiräte und ähnliche Gremien zur Beratung hinzugezogen werden. Wir wollen Strukturen entwickeln, die Menschen mit Migrationsgeschichte ermächtigen, ihre vielfältigen Perspektiven initiativ und beratend in Politik einzubringen und so einen sichtbaren politischen Fußabdruck zu hinterlassen. Deshalb machen wir uns dafür stark, bestehende Hemmnisse abzubauen und setzen uns dafür ein, Kommunalpolitiker*innen sowie weitere politisch Engagierte besser vor Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen zu schützen. Hierfür schaffen wir zentrale Beratungsstrukturen für Selbstmanagement und psychosoziale Beratung. Wir begrüßen bundesweite Bestrebungen, die Wohnadressen und weitere personenbezogene Daten von Kommunalpolitiker*innen besser zu schützen. Beim LKA schaffen wir eine*n Beauftragten für Kommunalpolitiker*innen, die*der Ansprechperson bei Drohungen und ähnlichen Vorfällen ist.

Wir wollen zudem Vertretungsregelungen prüfen, die ermöglichen, dass im Falle von Abwesenheit, beispielsweise aufgrund von Krankheit, Auslandsaufenthalt oder Elternzeit, die nächste Person auf der Wahlliste als vorübergehende Stellvertreter*in mit Stimmrecht das Mandat übernimmt. Auch Modelle wie Mandats-Sharing sind für uns denkbar, um zu verhindern, dass etwa familiäre Verpflichtungen dazu führen, dass Menschen gar nicht erst für Ämter kandidieren.

Für mehr interkommunale Zusammenarbeit

Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an der Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um Chancen zu nutzen. Wir wollen deshalb Städte und Gemeinde, auch über Landes- und Bundesgrenzen hinweg, fördern, die durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit gemeinsam mehr erreichen wollen. Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen zusammen: etwa bei der Energieversorgung im ÖPNV, bei allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale Kooperation ermöglichen, entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir GRÜNEN wollen Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten wir Umwelt und Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale Wirtschaftsstrukturen. Die Bereitschaft zur Kooperation sollte aber lokal wachsen – kreative Initiativen und digitale Lösungen werden wir seitens des Landes unterstützen (vgl. *1.4 Innovatives Niedersachsen und 1.9 Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten).*

Bürgerfreundliche digitale Kommunen

Bis Ende 2022 müssen etwa 600 Verwaltungsdienstleistungen, etwas 90 Prozent davon bei den Kommunen, auch digital angeboten werden – so sieht es das Onlinezugangsgesetz des Bundes vor. Dann sollen die Beantragung eines Personalausweises, die Anmeldung eines Neugeborenen beim Standesamt oder der Widerspruch gegen einen Bebauungsplan auch online möglich sein. Zudem soll Schluss damit sein, dass Bürger*innen Papiere von einem Amt in das andere tragen: Bei Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen vorliegende Unterlagen und Informationen müssen dann von dem Amt, in dem sie benötigt werden, selbst beschafft werden. Die Umsetzung dieses Projekts ist von SPD und CDU jedoch sträflich vernachlässigt worden: Zentrale Portale, für die das Land zuständig ist, stehen nicht zur Verfügung. Auf die Kommunen kommen mit der Umsetzung der digitalen Verwaltung große Aufgaben zu, die insbesondere kleinere Städte und Gemeinden allein nicht bewältigen können: Die IT-Ausstattung muss beschafft und in Betrieb gehalten werden, Mitarbeiter*innen müssen geschult werden. Wir GRÜNEN unterstützen die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Wir beschleunigen die Bereitstellung der

zentralen Serviceportale und bieten Beratung sowie Unterstützung bei der Schulung der Mitarbeiter*innen an. Um eine effiziente und zukunftsfähige Infrastruktur sicherzustellen, wollen wir wartungsintensive Insellösungen zugunsten standardisierter und wo möglich Open-Source-Produkte ablösen. Wir unterstützen Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Digitalisierungsstrategien.

5.3 Niedersachsen zeitgemäß, effektiv und bürgernah

Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst – digital und leistungsfähig

Eine moderne, leistungsfähige, digitale Verwaltung in Land und Kommunen ist die Grundlage für einen funktionierenden Staat, für unzählige tägliche Dienstleistungen für die Bürger*innen und die Fähigkeit, zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. SPD und CDU haben unter dem Vorzeichen der Schwarzen Null wenig getan, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in Niedersachsen zu sichern, die überfällige Digitalisierung umzusetzen und dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb legen wir GRÜNEN einen Fokus auf die technische und personelle Ausstattung der Verwaltung sowie moderne Arbeitsweisen und Verfahren.

Digitalisierung konsequent umsetzen

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren. So genügt es nicht, in technische Infrastruktur zu investieren – es müssen auch neue Verfahrensweisen und Kommunikationsformen für die digitale Verwaltung der Zukunft gefunden werden. Nur so kann Digitalisierung dazu beitragen, nicht nur zu schnelleren, sondern auch transparenteren und besser begründeten Entscheidungen zu gelangen. Die Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung hat in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, ist aber noch nicht in allen Bereichen praxisnah umgesetzt und keineswegs abgeschlossen. Über die bloße Digitalisierung und (Teil-) Automatisierung von Abläufen hinaus müssen wir auch prüfen, inwiefern moderne Techniken der Datenaufbereitung und Datenanalyse (bis hin zu KI-Systemen) bessere Entscheidungsgrundlagen für Verantwortungsträger*innen in Politik und Verwaltung liefern können. Dabei sind wir uns möglicher Spannungen insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz bewusst und werden sehr sensibel mit ihnen umgehen (vgl. *4.2 Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen).* Für öffentliche Dienstleistungen streben wir in Übereinstimmung mit dem Onlinezugangsgesetz

eine einheitliche digitale Zugangsmöglichkeit inklusive funktionierender elektronischer Zahlungssysteme an, die wo möglich von Land und Kommunen im Gleichklang eingesetzt werden (vgl. *5.2 Wo die Zukunft zu Hause ist)*.

Die Digitalisierung eines komplexen Verwaltungssystems verlangt neben einer guten zentralen Steuerung und Strategie auch Digitalisierungskompetenzen und finanzielle, personelle und organisatorische Kompetenzen in den einzelnen Ressorts. Nur so können Mittel für Beschaffungen und externe Beratungsleistungen in den Ressorts wirksam werden und dauerhaft zu einer verbesserten, digitalen Arbeitsweise führen. Dies wurde in der Vergangenheit zu wenig beachtet – auch weil Digitalisierung als Einsparmöglichkeit im Sinne einer Digitalisierungsdividende missverstanden wurde. Viele Probleme, die wir auf diesem Feld in Niedersachsen erleben, sind darauf zurückzuführen, dass nicht ausreichend Mittel für den Ressourcenaufbau in den einzelnen Ressorts zur Verfügung stehen. Deshalb schaffen wir mittels einer integrierten Digitalstrategie gezielt die notwendigen personellen und organisatorischen Ressourcen für die Umsetzung in den einzelnen Ressorts. Auf diese Weise erhöhen wir das Digitalisierungstempo in der Landesverwaltung und nutzen ihr volles Potenzial. Wo mehrere Ressorts und Fachabteilungen mit der Digitalisierung vergleichbarer Prozesse befasst sind, wollen wir den Einsatz einheitlicher Verfahren voranbringen und die Abstimmung durch Einrichtung geeigneter Steuerungsgremien verbessern. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass die Digitalisierung des Landes klimaneutral wird (vgl. *1.1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen)*.

Die Digitalisierung der Verwaltung wollen wir zudem nutzen, um Arbeitsabläufe und Arbeitsweisen zu modernisieren. Viele aktuelle Herausforderungen verlangen ein schnelles, flexibles, pragmatisches und trotzdem rechtssicheres Handeln – Anforderungen, die oft sehr schwer gleichzeitig zu erfüllen sind. Wir begegnen ihnen durch moderne, agile Verwaltungsabläufe, die Wissen, Erfahrung, Innovation und Kreativität nutzen und in vernetzten, flexiblen Strukturen fußen. Gemeinsam mit den Bediensteten in der Landesverwaltung werden wir in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft agile Verwaltungsstrukturen und moderne Arbeitsweisen entwickeln und implementieren. Wir schaffen Modellprojekte innerhalb der Verwaltung, in denen wir agile Arbeitsmethoden erproben und für die Landesverwaltung insgesamt nutzbar

machen. Dabei darf die Einführung digitalisierter und agiler Verfahren nicht zu einer weiteren Verdichtung und Entgrenzung der Arbeit für die Bediensteten führen, sondern muss im Gegenteil als Möglichkeit genutzt werden, um Arbeitsplätze attraktiver und gesünder zu gestalten. Mobiles Arbeiten und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten können in diesem Sinne eine Chance für mehr Selbstbestimmung und die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben darstellen.

Open-Source-Software kann große Vorteile bei Sicherheit, Unabhängigkeit und Effizienz gegenüber den bisher üblichen proprietären Lösungen bieten. Wir wollen im Land stärker auf solche freien Softwarelösungen setzen. Im Auftrag des Landes entwickelte Software soll im Standardfall unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, um die Überprüfung und Weiterentwicklung durch unabhängige Stellen zu ermöglichen. Öffentliche Daten wollen wir grundsätzlich über geeignete digitale Schnittstellen für die Öffentlichkeit zugänglich machen (Open Data).

Die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin

Auch der öffentliche Dienst bekommt den verbreiteten Fachkräftemangel zu spüren: sowohl im allgemeinen Verwaltungsdienst als auch bei Fachpersonal, beispielsweise technischen Berufen. Dieser wird verstärkt durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Verwaltungsdienst und eine oftmals verfehlte Sparpolitik vergangener Jahre. Gerade deshalb müssen wir die Landesverwaltung als attraktiven Arbeitgeber stärken und auf vielfältigen Wegen um Nachwuchs werben. Auf Grundlage der Erfahrungen aus der Coronazeit werden wir in Abstimmung mit den Personalvertretungen die Möglichkeiten für Homeoffice im Bereich der Landesbehörden nutzen und fördern.

Wir wollen die Besoldungsstrukturen überprüfen und streben an, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern den Beamt*innen und Tarifbeschäftigten eine attraktive und angemessene Vergütung zu bieten. Gerade bei technischen Schlüsselberufen steht die Verwaltung in scharfer Konkurrenz zu Privatunternehmen und vor großen Herausforderungen, im Vergleich attraktive Bedingungen bieten zu können. Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir im Dialog mit den Gewerkschaften nach Lösungen

für die konkurrenzfähige Vergütung insbesondere technischer Berufe und prüfen Möglichkeiten für die Schaffung besserer Aufstiegsmöglichkeiten. Wir verstärken die Anstrengungen in der Nachwuchsgewinnung deutlich. Dazu wollen wir die Werbebudgets für die Nachwuchsgewinnung erhöhen und die Kooperation zwischen dem Innenministerium und den Fachressorts der allgemeinen Verwaltung ausbauen. Das Laufbahnrecht werden wir reformieren, um insbesondere den Quereinstieg in den Verwaltungsdienst zu erleichtern. Unser Ziel ist es, verstärkt Menschen mit Migrationsgeschichte für den Verwaltungsdienst zu gewinnen. Deshalb wollen wir die spezifischen Kompetenzen, die Menschen mit Migrationsgeschichte erwerben, im Einstellungsverfahren stärker berücksichtigen.

Das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge bedeutet auch, dass wir verstärkt junge und modern denkende Menschen für den Verwaltungsdienst gewinnen müssen. Wir wollen zur besseren Personalgewinnung wieder mehr im Beamt*innenverhältnis ausbilden und die Praxiszeiten während der Ausbildung stärken. Junge Führungskräfte werden wir mit geeigneten Programmen an ihre Aufgabe heranführen, die bestehenden Programme entwickeln wir dazu bedarfsgerecht weiter. Auf der Grundlage einer geschlechtersensiblen Personalentwicklungsstrategie fördern wir gezielt Frauen in Führungspositionen – insbesondere dort, wo sie weiterhin unterrepräsentiert sind. Moderne Instrumente der Arbeitszeitgestaltung von Arbeitszeitkonten über Jobsharing bis hin zu Sabbaticals wollen wir verstärkt ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Telearbeit und mobiles Arbeiten verbessern. Hierbei haben wir stets auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wesentliches Ziel im Blick. Wir machen einen wichtigen Schritt zur gleichen Behandlung von Angestellten und Beamt*innen in der öffentlichen Verwaltung, indem wir Beamt*innen den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung ebnen (so genanntes Hamburger Modell).

In der Qualifizierung und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen und vor allem Führungskräften stärken wir moderne Schlüsselkompetenzen wie Gender- und Diversity-Kompetenz. Die Entsendung niedersächsischer Expert*innen in die Institutionen der EU sowie internationale Organisationen werden wir stärken. Wir setzen auf eine Poolbildung nach dem Vorbildung anderer Bundesländer, um die Ressorts zu entlasten.

Öffentliche Beschaffung

Bei öffentlichen Vergaben zeigt die Erfahrung, dass eine ausschließliche Fokussierung auf das jeweils billigste Angebot die öffentliche Hand teuer zu stehen kommen kann. Obwohl bereits heute ein anderes Vorgehen möglich wäre, wird aus Gründen der leichteren Vergleichbarkeit – und damit Rechtssicherheit – oft in erster Linie auf den Preis geschaut. Wir wollen Vergabestellen bei Ausschreibungen und Vergabeverfahren durch Beratung, Qualifikation und Musterverfahren in der stärkeren Berücksichtigung von Qualität unterstützen. Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge, Umwelt- und Sozialstandards gelten und zwar entlang der gesamten Lieferketten. Dies stellen wir GRÜNEN für die Beschaffungen des Landes sicher. Um die Beschaffung klimagerechter aufzustellen, führen wir einen CO_2-Schattenpreis in Höhe der Empfehlungen des Umweltbundesamtes ein *(vgl. 1.1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen)*. Kommunale Vergabestellen werden wir stärker beraten, um sie bei der wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Gestaltung von Ausschreibungen zu unterstützen.

Das Wahlprogramm wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 19. Juni 2022 in Wolfenbüttel beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover

Telefon: 0511 - 126 085 0
Fax: 0511 - 126 085 85

landesverband@gruene-niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.: Heike Köhn
Lektorat: Lydia Krüger
Titelgestaltung: Jennifer Krupke
Satz & Layout: Simone Schmidt
Druck: unidruck GmbH & Co KG

Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit Biofarben
Nachhaltig produziert bei unidruck GmbH & Co KG in Hannover

klimaneutral
gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 22122914
bvdm.

Endlich machen.